



Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

Nr. 97 / 98

September

2023

DIE LINKE.

**EINE ZUKUNFT
OHNE HUNGERN.**

Editorial.

Essen ist etwas Privates, Intimes und zugleich Hochpolitisch. Zum einen kommen wir Essen täglich mit Essen in Berührung, zum anderen bestimmt, wie und was wir essen, aber vor allem auch wie es hergestellt und verteilt wird, ob es eine „Zukunft ohne Hungern“ geben kann. Als Linke in Deutschland vergessen wir schnell wie zentral das Thema Essen für das Überleben ist und das obwohl auch in einem reichen Land wie Deutschland Menschen hungrig zu Bett gehen. Jahrzehnte der vollen Supermarktregale und des relativen Überflusses liegen hinter uns und waren für viele Menschen Normalität. Angemessene Ernährung ist dementsprechend ein Menschenrecht, um dessen Sicherung wir uns lange nicht mehr intensiv gekümmert haben. Artensterben, Klimawandel, Bodenerosion sorgen weltweit für immer schwierigere Anbaubedingungen. Auch wenn einzelne Länder dabei vielleicht gut abschneiden, steht uns eine Zukunft mit sehr viel Hunger und Elend bevor, es sei denn wir schaffen es jetzt radikal umzusteuern.

Es ist höchste Zeit, die Agrar- und Ernährungswende anzugehen. Und das ist unsere Aufgabe, denn ein profitorientiertes Versorgungssystem kann nicht funktionieren. Der Kapitalismus ist nicht darauf ausgerichtet und kann nicht darauf ausgerichtet werden, eine gerechte Daseinsvorsorge und ein resilientes Ernährungssystem aufzubauen [1]. Im Gegenteil, die Ausbeutung von Mensch, Natur und Tier ist Kern der kapitalistischen Logik selbst und so sollten wir uns nicht wundern, dass in allen Bereichen unser Überleben leichtfertig für Profite auf Spiel gesetzt wird.

Verantwortungsvolle Politik kann nur auf einen Systemwechsel abzielen, denn Agrarsystem und Tierindustrie tragen einen erheblichen Anteil an der Erdzerstörung. Die industrielle Landwirtschaft ist nicht nur für das Artensterben und die Bodenerosion hauptverantwortlich, sondern auch Hauptverursacherin klimaschädlicher Treibhausgase (siehe zahlreiche Studien des Bundesumweltamts). Die genauen Zahlen variieren zwar je nach Berechnungsgrundlage. Was allerdings alle Berechnungen zeigen ist, dass die Agrarwende ein zentraler Teil auf dem Weg zur Klimaneutralität und damit zu einem gerechteren Umgang mit Ressourcen sein muss. Im Vergleich erhalten allerdings Baustellen wie „private Mobilität“ wesentlich mehr Aufmerksamkeit, auch wenn diese bei den Emissionen wesentlich kleinere Posten einnehmen.

Nicht zuletzt ist die Lebensmittelindustrie mit ihren Lieferketten und Freihandelsabkommen schon lange verantwortlich für viel Hunger in der Welt. So wird es kaum jemanden verwundern, dass es neben „Big Oil“, auch „Big Agriculture“ gibt. Verwundert sind jedoch viele, wenn sie erfahren, dass diese Lobby größer und mächtiger ist als zum Beispiel die deutsche Automobillobby. Auch deshalb ist es wenig verwunderlich, dass Fortschritte im Bereich Agrarpolitik nicht einmal unter Cem Özdemir, zu erwarten sind. Wenn Bauernverband und Geflügelindustrie, dem Bündnis 90 den Parteitag mitfinanzieren, lässt sich kaum eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Politik hoffen. Seriös-grüne Politik ist etwas anders. Bei all dem Lobbyismus geraten die Fakten zur Agrar- und Ernährungspolitik oft in den Hintergrund, auch wenn natürlich ohne diese, keine durchdachte Politik möglich ist. Da wir hier über Essen reden, erlaube ich mir einen Vergleich: Gute (Klima-) Politik ist wie eine Wassermelone, außen knackig grün, innen saftig rot und bitte mit schwarzen Kernen. Das sind nämlich die anarchistischen Elemente, die uns an unsere Ideale erinnern.

Diese Ausgabe soll mit einigen Vorurteilen aufräumen und vor allem zum Nach- und Weiterdenken anregen. Es geht ums Ganze! Die Agrarwende muss nachhaltig gerecht sein, ausgerichtet an dem Ideal einer „Zukunft ohne Hungern“, basierend auf wissenschaftlichen Fakten. In diesem Sinne ist diese Ausgabe nicht nur interdisziplinär, sondern versucht verschiedene Perspektiven auf ein unterbelichtetes Thema zu werfen. Natürlich deckt unsere Ausgabe nicht alle Themen ab, dafür ist das Thema einfach zu groß und das Einsammeln von Texten nicht immer leicht. Beispielsweise fehlen

hier eigene Texte zu Arbeitsbedingungen, insbesondere auf Spargelfeldern und bei Tönnies, Biodiversität, Enteignung von Supermarktriesen, Patentierung von Leben, Problematik der Bodenverteilung, Landvertreibung, Düngen, Kochen, Gemeinschaftskantinen, Verbraucherschutz, Wegwerfen, Wahre Preise und vieles mehr. Auch enthält diese Ausgabe keine Texte zu Äckern und Ernährungsbildung in der Schule. Ein dicker Sammelband könnte nicht alle Themen abdecken.

Ich selbst rede viel mit unterschiedlichen Menschen. Das heißt aber auch, dass wir manchmal vor Problemen stehen zu denen wir erstmal keine Lösungen haben. Mein Onkel, ein Landwirt, antwortete mir beispielsweise auf die Frage wie ich ihn bzw. die Politik ihn dazubringen könnte Obst und Gemüse anzupflanzen mit „gar nicht.“ Arbeitskraft sei zu teuer. Brauchen wir also wieder Kartoffelferien?

Die Autor*innen geben jeweils eigene Positionen bzw. die Positionen einer Organisation wieder. Es kommen dementsprechend verschiedene Sichtweisen zu Wort. Art und Weise der Referenzgebung und des Genderns richtet sich nach dem Geschmack der Autor*innen. Worte wie „artgerecht“, „tiergerecht“ und ähnliche entsprechen eher Marketinglogiken und werden als Werbesiegel für weniger Leiden verwendet, gehören also nicht in einen linken Sprachgebrauch. Gerecht oder angemessen wird mit den Begriffen vorgegaukelt, obwohl das Hauptkriterium Profitabilität bleibt [2]. Ich bin dankbar und ein wenig stolz über die Vielfalt und hohe Qualität der Beiträge und danke auch dem Sprecher*innenrat der Ökologischen Plattform für das Vertrauen mir diese gesamte Ausgabe zu „überlassen“.

Auch wenn das Thema wenig erfreulich ist:
Viel Spaß beim Lesen!

Mit ökosozialistischen Grüßen
Didem Aydurmus,
Mitglied des Sprecher*innenrats der Ökologischen Plattform

[1] 13 Jahre Schulbildung und mehr als ein Jahrzehnt Universität und ich habe immer noch keine Ahnung, was „Soziale Marktwirtschaft“ genau sein soll, wo diese anfängt und wo sie endet. Dementsprechend halte ich das für einen Euphemismus für Kapitalismus, eventuell ein Oxymoron.

[2] Artgerecht ist nur die Freiheit.

Inhaltsverzeichnis

Editorial	2
1. Essen und Agrarwende als zentrales linkes Thema	
1.1. Didem Aydurmus: Was muss linke Agrar- und Ernährungspolitik?	6
1.2. Tessa Maria Hillermann: Ein Recht auf Gegenwart und Zukunft ohne Hungern als Teil unserer Rechtsordnung	10
2. Nahrungsversorgung, Umweltzerstörung, Tierleid	
2.1. Marcel Sebastian: Landwirtschaftliche Tierhaltung in der Krise: Skizze einer sozial-ökologischen Problemkonstellation	14
2.2. Interview mit Marco Springmann zum Stand der Wissenschaft	20
2.3. Sebastian Szardien: Der Gesundheitsaspekt	24
2.4. Tobias Lechner: Nachhaltige Aquakultur als Säule der Blue Economy – eine tierethische Kritik	26
3. Agrarpolitik und das Europäische Parlament	
3.1. Aktuelle Beschlüsse	32
3.2. Andreas Manz: Von der Leyens Tierschutz-Versprechen	36
3.3. Frederike-Sophie Gronde-Brunner: Satt werden trotz Krisen – Lebensmittelversorgung für alle sichern!	40
4. Agrarwende JETZT!	
4.1. Friederike Schmitz: Gerechte Transformation	44
4.2. Alina Gieseke: Der biozyklisch-vegane Anbau – für die Transformation des Ernährungssystems	50
4.3. Kerstin Eisenreich: Bananen in Deutschland? Klimaanpassung in der Landwirtschaft	52
4.4. Kristin Kroneberger: Vegan gegen den Welthunger	56
4.5. Julia Schramm und Chat GPT: Von Wandlungen und Widerstand	60
4.6. Didem Aydurmus: #Kartoffeldeckel oder wie schaffen wir es, dass Menschen sich angemessen ernähren können?	62
4.7. Patrizia Stein: Gib mir Tomaten und ich bin glücklich	66
5. Sonstiges	
5.1. Die Autor*innen	68
5.2. In eigener Sache	70

1. Essen und Agrarwende als zentrales linkes Thema

1.1. Didem Aydurmus:

Was muss linke Agrar- und Ernährungspolitik?

Die Frage, was genau linke Agrarpolitik ist, soll und kann hier gar nicht abschließend festgelegt werden. Vielmehr geht es darum, dass Kriterien für linke Agrar- und Ernährungspolitik dringend benannt werden müssen.

Von Produktionsseite ist das zum einen gute Arbeit für alle. Das bedeutet zum Beispiel konkret Sozialversicherungspflicht für Saisonarbeiter*innen und ganz bestimmt auch die Beendigung des Imports von Gütern aus zweifelhaften Quellen. Weder aus sklavenartigen Bedingungen (wie in Südsanien) darf unser Gemüse kommen, noch dürfen für Futtermittelanbau indigene Menschen ihren Lebensraum verlieren [1]. Das hört sich trivial an, ist jedoch trauriger Alltag in der Lebensmittelproduktion. Nicht zu vergessen ist dabei das Problem der niedrigen Erzeugerpreise, also die Tatsache, dass Verkaufspreise zunehmend nicht die Kosten der Produktion abdecken. Das muss sich ändern. Allerdings sollten wir als Linke auch die Frage stellen, ob Landwirtschaft nicht ohnehin aus der Profitlogik befreit werden muss, da es ein zentraler Teil der Daseinsvorsorge ist. Sollten wir nicht Menschen in der Landwirtschaft vielmehr vollständig für Gemeinwohlleistungen entlohnen? Dann fiele auch die Entscheidung für Blühwiesen oder Moorwiederbenässung leichter und die Frage, ob Agri-PV sinnvoll auf einem Feld wäre, würde sich mehr an Bodenqualität des Ackers als an möglichen Profiten durch Ökostrom orientieren. Wie krass wäre eine Landwirtschaft, die danach ausgerichtet wäre, was gebraucht wird und nicht was viel Geld bringt? So oder so, ein Minimum wäre anständige Bezahlung für alle und das hängt im Übrigen nicht an der Betriebsgröße, sondern an der Organisationsform.

Zentral ist auch die Frage wie und was, wenn es um den Einsatz von Pestiziden etc. geht. Selbst Deutschlands Bäche sind bereits stark von Pflanzenschutzmittel verunreinigt. Von den Todeszonen in der Ostsee wird dabei auch selten gesprochen. Auch hier steht im Kapitalismus Profitabilität vor Gemeinwohl. Das schadet nicht nur Böden, Wasser, Umwelt und externalisiert Kosten, beispielsweise wenn wir alle höhere Wasserkosten zahlen, weil die Kläranlagen immer mehr Nitrat filtern müssen, sondern führt auch langfristig zu hohen Gesundheitskosten mit vielen versteckten Risiken, die wir bisher nicht abschätzen können. Zutiefst beunruhigend sind die Forschungen zu PFAS, also den sogenannten „Für immer Chemikalien“, die auch im Lebensmittelsektor zum Einsatz kommen, sowie diesen vergiften. Hier bleibt festzuhalten, dass Nachhaltigkeit nach Erfüllung der fundamentalen Menschenrechte, Priorität haben muss und zwar entlang der gesamten Produktionskette von der Saatgutherstellung bis zur Kühlung, Lagerung und zum Verkauf. Ohnehin braucht es nachhaltige Politik, um die Bewohnbarkeit der Erde zu erhalten. Das Pariser Abkommen ist kein Witz, auch wenn es von führenden Politiker*innen als solcher behandelt wird. Die Berichte zum Klimawandel und allgemein zur Zerstörung unserer Ökosysteme lassen wenig Platz für Optimismus. Es ist nicht schwer zu verstehen, warum Landwirt*innen weltweit verzweifelt sind und sich von der Politik alleine gelassen fühlen. Der Protest ist berechtigt, allerdings gibt es keine

Lösungen innerhalb des jetzigen Agrarsystems. Gleichzeitig sollt uns klar sein, dass das Feld momentan tendenziell eher von rechts oder den Grünen besetzt wird, es dementsprechend Überzeugungsarbeit und vor allem überzeugende Visionen braucht.

Obwohl gerade unter Linken Neokolonialismus verpönt ist, fällt oft nicht auf wie tief verankert dieser in der deutschen Lebensmittelproduktion ist. Menschen hungern an anderen Orten der Welt, auch aufgrund der Art und Weise wie wir in Deutschland konsumieren. Das kann sich nur ändern, wenn wir Freihandelsabkommen auflösen, Futtermittelimporte abbauen und vor allem lokale Märkte im globalen Süden nicht mit unseren eigenen Billigprodukten überschwemmen. „Mit Essen spielt man nicht“ muss natürlich bedeuten, dass Börsenspekulationen verboten werden. Der Hunger in der Welt ist momentan noch ein Verteilungsproblem, nicht ein Problem der Knappheit. Er hat System und ist Folge der relativen Planlosigkeit. Manche nennen es Marktorientierung, mit dem der Kapitalismus unsere Gesellschaft bestimmt. Konsequenz ist, was eine globale Konsumentenklasse will, wird angebaut. Unsere Politik muss im Gegensatz dazu, daran ausgerichtet sein, auch für Menschen in anderen Ländern eine politische Stimme zu sein. Unser Konsum darf nicht der Grund für Hunger in der Welt sein. Wozu Kriege um Ressourcen, aber natürlich auch die Unterstützung von Kriegen durch Rüstungsexporte gehört. Kriege sind nicht nur direkte Gewalt, sondern mitverantwortlich für enorme Ernteauffälle, Hungern und Tod [2]. Auch hier geht es in besonders perfider Weise um Profite und nicht um Menschenrechte. Krieg ist nicht nur direkt mörderisch, sondern auch indirekt als treibender Faktor von Hunger beispielsweise in Afrika, wo sich die Bedingungen in den letzten Jahren wesentlich verschlechtert haben.

Der nächste wichtige Aspekt klingt zwar profan an, ist jedoch folgenreich. Die Lebensmittel sollen auch gesundheitsförderlich sein, und zumindest keine Stoffe beinhalten, die weder Körper noch Natur vertragen. Dafür braucht es mehr Verbote hinsichtlich der Produktionsprozesse, aber vor allem auch mehr Kontrollen im Lebensmittelbereich. Allein die Tatsache, dass ein Stall in Deutschland im Schnitt alle 17 Jahre kontrolliert wird, sollte uns aufhorchen lassen [3]. Von den Transportbedingungen in der Tierindustrie brauchen wir gar nicht erst zu sprechen. Hier muss betont werden, dass Verstöße mit mehr als 20% nicht die Ausnahme sind, sondern die Regel, was selbstverständlich ist, solange die Produktion vor allem auf Profite ausgerichtet ist und nahezu keine Kontrollen vorhanden sind. Im Kapitalismus werden viele Unternehmen selbstverständlich Kosten sparen, wo es nur möglich ist. Eigentlich sollte also jedem Kind klar sein, dass Gemeinwohl und Kapitalismus im Widerspruch stehen. Ein zentrales Menschenrecht wie angemessene Ernährung wird bisher größtenteils der privaten Wirtschaft überlassen. Da sollte es niemanden wundern wie qualvoll Tiere millionenfach für den Konsum in Deutschland täglich getötet werden. Neben den fehlenden Kontrollen wird das Tierschutzgesetz und der vorhandene Tierschutz in Artikel 20a GG sehr flexibel ausgelegt

1. Essen und Agrarwende als zentrales linkes Thema

– im Zweifel für das Kapital – in dubio pro capite. Tiere haben schließlich kaum eine Lobby und ihr Leiden hinter Mauern und in Transporten kann leicht ausgeblendet werden.

Auch sollte es nicht verwundern, dass überall Fertiggerichte auf uns warten, passend abgepackt für Singlehaushalte, denn das gibt satte Profite und spart Zeit, damit die Menschen entweder mehr arbeiten oder mehr konsumieren können. Überall werden wir von der Werbung mit vermeintlichen Versprechen gelockt und da in der Schule weder Ernährungsbildung noch Kochen adäquat gelehrt wird, sind wir den Werbelügen relativ unbewaffnet ausgesetzt. Allgemein gilt: da, wo der Staat seinen Bildungsauftrag nicht erfüllt, springt die Industrie sehr gerne ein. Das tut sie nicht nur durch Werbeversprechen, sondern auch bei der Produktion von Lehrmaterialien, was leider ebenso regelmäßig für Weiterbildungen für Mediziner*innen gilt. Folge ist, wir können uns gar nicht von der Industrie emanzipieren. Es braucht Schulbücher, Kurse zum Kochen und zur Ernährung, sowie Erwachsenenbildung. Bald 35 Jahre Neoliberalismus heißen auch, dass wir vieles vergessen haben, was Omi noch wusste, oder was es beispielsweise in der DDR selbstverständlich gab.

Gute Politik muss Menschen die Möglichkeit der Planbarkeit geben und vor allem zentrale Lebensmittel bezahlbar machen. Wenn Preise extrem schwanken, können Menschen mit ihrem Einkommen schwer planen. Es muss aber so sein, dass es möglich ist zu wissen, wieviel Geld ich für Lebensmittel zu Seite legen muss, um mich mit ausreichend Nährstoffen zu versorgen. Die Versorgung mit allen lebensnotwendigen Nährstoffen muss für alle bezahlbar sein. Bezahlbarkeit bedeutet nicht, dass Genussmittel billig sein müssen.

Deutschland produziert nicht genug Nährstoffe. Ein Großteil an Obst und Gemüse wird importiert. Das liegt zum einen daran, dass unsere Lebensmittelindustrie auf die Produktion billiger Tierprodukte ausgerichtet und an Profiten orientiert ist, nicht an dem tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung. Zum anderen daran, und das ist mit dem ersten Punkt eng verknüpft, dass es für Landwirt*innen in Deutschland aufgrund des hohen Arbeitsaufwands kaum möglich ist mit der Produktion von Obst und Gemüse kostendeckend zu arbeiten. Dabei haben wir relativ gute, natürliche Bedingungen. Auch hier stellt sich die Frage, worauf unsere Landwirtschaft ausgerichtet sein soll. Auf Profite und die Erfüllung des Menschenrechts auf angemessene Ernährung ist gleichzeitig nicht möglich wie uns die Realität täglich beweist. Allein die Tatsache wie viele Lebensmittel entlang der gesamten Wertstoffkette einfach weggeschmissen, also vernichtet werden während sich der Hunger verbreitet, als „natürlicher Teil guten Unternehmertums“ zeigt, dass hier etwas grundlegend falsch läuft. Das Primat der Wirtschaft steht über jeglicher Vernunft, Menschlichkeit und Mitgefühl. Wenn in einem reichen Land Menschen hungern, können wir das Marktversagen nennen. Jedoch ist dies ein ganz normaler Teil der kapitalistischen Logik. Auf Englisch würde man sagen “It is not a bug, but the main feature“[4]. Hier finden trotzdem oder gerade deshalb

keine tieferen Diskussionen bezüglich der Organisation des Wirtschaftssystems statt, sondern lediglich oberflächliche Debatten. Das zeigt sich klar in der Frage des Containers. Da geht es immer wieder darum was mit weggeschmissenen Lebensmitteln passieren soll und vielleicht wird noch grundsätzlich etwas gesagt, dazu dass Lebensmittel nicht in den Müll gehören. Seltenst wird aber zum Thema gemacht, wieso es zum Wegschmeißen kommt, während gleichzeitig 2 Millionen Menschen von Tafel e.V. abhängig sind [5].

Zuletzt: was auf keinen Fall vergessen werden darf, ist dass auch der Zugang zu gesundheitsförderlichen Lebensmitteln gewährleistet werden können muss. In den Vereinigten Staaten spricht man von sogenannten „Essenswüsten“, wenn es um fehlenden Zugang geht. Dort gibt es Orte an denen Burgerketten, die einzige Option der Essensversorgung sind. Auch wenn es hier nicht soweit ist, muss linke Ernährungspolitik auch ein Augenmerk auf den Zugang zu ausreichend Nährstoffen haben. Gerade wenn auf den Dörfern kleinere Supermärkte schließen, braucht es Alternativen. Ob durch Alter oder Krankheit oder aus sonstigen Gründen bedingte eingeschränkte Mobilität darf nicht dazu führen, dass die Daseinsvorsorge unmöglich wird. Das heißt auch hier muss der Staat, bzw. müssen Gemeinden Lösungen finden und die entsprechende Infrastruktur unterstützen, so dass alle die Voraussetzung für Teilhabe am Leben haben. Dies gelingt nämlich nicht mit leeren Magen.

Die vorangegangene Aufzählung von Kriterien zeigt, wie groß das Problem ist und wie wichtig es ist, dass wir unser Ernährungssystem neu denken. Wieder und wieder führt die Profitorientierung vor Gemeinwohl zu Elend. Eine Agrarwende hinzu einer Orientierung an den Menschenrechten ist längst überfällig. Die Erfüllung der Mammutaufgabe Agrarwende wäre nichts weniger als eine Revolution. Ich würde mich freuen, wenn wir zumindest einige Punkte endlich verändern.

[1] Gleiches gilt natürlich für Klimazertifizierungen, aber das ist ein anderes Thema.

[2] Außerdem kaufen auch arme Länder bei uns Waffen ein, deren Geld wesentlich besser in der Klimaanpassung der Landwirtschaft und damit direkten Hungerbekämpfung aufgehoben wäre. Siehe zum Beispiel Ägypten.

[3] <https://dip.bundestag.de/vorgang/.../236639>

[4] Es ist kein Fehler, sondern die Hauptfunktion.

[5] Dort wo Vereine für die Erfüllung von Menschenrechten verantwortlich sind, herrscht klar Staatsversagen.

„Die Versorgung mit allen lebensnotwendigen Nährstoffen muss für alle bezahlbar sein.“

1. Essen und Agrarwende als zentrales linkes Thema

1.2. Tessa Maria Hillermann:

Ein Recht auf Gegenwart und Zukunft ohne Hungern als Teil unserer Rechtsordnung

Artikel 11 UN Sozial-Pakt lautet:

„(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhenden Zusammenarbeit an.“

(2) In Anerkennung des grundlegenden Rechts eines jeden, vor Hunger geschützt zu sein, werden die Vertragsstaaten einzeln und im Wege internationaler Zusammenarbeit die erforderlichen Maßnahmen, einschließlich besonderer Programme, durchführen.“

Völkerrecht – Alles ganz unverbindlich.

Die Allgemeine Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen (AMER) [1] verankert bereits seit Dezember 1948 einen Anspruch auf Nahrung für alle Menschen. Die Allgemeine Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen ist eine internationale politische Erklärung, die grundlegende und universale Menschenrechte fordert und mittlerweile teilweise als Völkergewohnheitsrecht verbindlich ist. Sie wurde auch von Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Rechtlicher Ausgangspunkt für ein Menschenrecht auf Ernährung ist aber vor allem Art. 11 des Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966 (sog. UN-Sozialpakt) [2]. Der UN-Sozialpakt ist Teil der internationalen Menschenrechtscharta (eine Sammelbezeichnung für mehrere selbstständige und in sich abgeschlossene Erklärungen und Abkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Menschenrechte). Der UN-Sozialpakt wurde 1973 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert (BGBl. II 1973 S. 1569) und damit zu einem verbindlichen Teil der Rechtsordnung auch hier in Deutschland.

Recht auf Nahrung als Teil unserer Rechtsordnung

Durch die Ratifikation, d.h. die Billigung und Verabschiedung durch den Bundestag, erlangt ein völkerrechtlicher Vertrag wie der UN-Sozialpakt den Rang eines einfachen Bundesgesetzes (Art. 59 Abs. 2 Grundgesetz) [3]. Das bedeutet, dass seine Regelungen Teil der innerstaatlichen Rechtsordnung Deutschlands werden und damit verpflichtend sind. Im November 2022 hat der Bundestag nach langem Abwarten zudem die Ratifikation des Fakultativprotokolls zum UN-Sozialpakt [4] verabschiedet [5], das ein Beschwerdeverfahren bei Menschenrechtsverletzungen im Kontext des UN-Sozialpaktes ermöglicht. Damit haben Betroffene grundsätzlich die Möglichkeit, auch Verletzungen des Rechts auf angemessene Nahrung durch den bei der UN eingerichteten Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte überprüfen und offiziell feststellen zu lassen. Dieser stellt die Rechtsverletzung offiziell und öffentlichkeitswirksam fest und gibt bei einer Rechtsverletzung dann (leider nur unverbindliche) Handlungsempfehlungen an die Mitgliedstaaten [6].

Zusammengefasst: Deutschland hat ein Recht auf ausreichende Ernährung eines jeden Menschen anerkannt (Art. 11 Abs. 1 UN-Sozialpakt) und ist – auf Basis des internationalen und des deutschen Rechts – dazu verpflichtet, dieses Recht durch konkrete Maßnahmen im eigenen Land, aber auch in Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu gewährleisten. Feststeht also: Ein Leben in Würde, das übrigens auch durch Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes rechtlich geschützt ist, fordert den staatlichen Schutz vor Hunger(n).

1. Essen und Agrarwende als zentrales linkes Thema

Menschenrechtliche Verpflichtungen Deutschlands?

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen hat bereits im Mai 1999 eine allgemeine Bemerkung zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung veröffentlicht, die die konkreten menschenrechtlichen Verpflichtungen unter anderem Deutschlands aufzeigt [7]. Darüber hinaus gibt es freiwillige Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) das Recht auf Nahrung umzusetzen zum Recht auf Nahrung, an denen sich die Staaten orientieren können [8]. Die FAO ist eine UN-Organisation, die die Regierungen dabei unterstützt, das Recht auf Nahrung umzusetzen.

Wie konkret die menschenrechtlichen Verpflichtungen gefasst sind, zeigen folgende Beispiele: In den bereits erwähnten Bemerkungen des UN-Ausschusses ist festgehalten, dass das Recht auf Nahrung jedem Menschen „physisch und wirtschaftlich Zugang zu angemessener Nahrung oder Mitteln zu ihrer Beschaffung“ (Punkt 6) [9] gewährt. Es muss zudem sichergestellt werden, dass „die heutigen als auch die zukünftigen Generationen Zugang zu Nahrungsmitteln (Punkt 7) [10] haben sollen. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, die eine abwechslungsreiche Ernährung ermöglichen (Punkt 9) [11]. Auch fordern die Bemerkungen des UN-Ausschusses die Verabschiedung einer nationalen Strategie, die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit für alle sichert und konkrete Ziele und Maßnahmen definiert. Alle ergriffenen Maßnahmen sollen unter anderem rechen-schaftspflichtig und transparent sein und mit der Mitwirkung der Bevölkerung zustande kommen (Punkt 21 ff.) [12].

Die juristische Sachlage ist klar

Die juristische Sachlage ist damit schon jetzt klar: es gibt ein (auch für Deutschland verbindliches) Menschenrecht auf Ernährung. Die sich daraus ergebenden menschenrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands sowohl in der internationalen Zusammenarbeit als auch in Deutschland selbst liegen schon seit Jahren auf dem Tisch. Natürlich könnte ein Recht auf angemessene und ausreichende Ernährung darüber hinaus auch ausdrücklich in der deutschen Verfassung verankert werden. Für die Umsetzung eines Rechts auf eine Gegenwart und Zukunft ohne Hungern bedarf es aber so oder so der politischen Aktion.

[1] Resolution der Generalversammlung 217 A (III). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948; Text abrufbar unter: <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2023)

[2] Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966; Text abrufbar unter: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/ICESCR/ICESCR_Pakt.pdf (zuletzt abgerufen am: 30. Juli 2023).

[3] Siehe dazu: Mayr, Annalena: Worth Waiting For: Deutschland und das Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt, VerfBlog, 2022/11/18, <https://verfassungsblog.de/worth-waiting-for/>, DOI: 10.17176/20221119-001758-0.

[4] Optional Protocol to the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, 10. Dezember 2008, abrufbar unter: <https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/optional-protocol-international-covenant-economic-social-and> (zuletzt abgerufen am: 30. Juli 2023).

[5] Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zu dem Fakultativprotokoll vom 10. Dezember 2008 zum Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 23. September 2022, BT-Drucks. 20/3624.

[6] Siehe zum Ganzen auch: Mayr, Annalena: Worth Waiting For: Deutschland und das Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt, VerfBlog, 2022/11/18, <https://verfassungsblog.de/worth-waiting-for/>, DOI: 10.17176/20221119-001758-0.

[7] Allgemeine Bemerkung 12 (Zwanzigste Tagung, 1999), Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Zwanzigste Tagung, Genf, 26. April - 14. Mai 1999, abrufbar unter: <https://www.un.org/depts/german/wiso/ec12-1999-5.pdf> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2023).

[8] Freiwillige Leitlinien zur Unterstützung der schrittweisen Verwirklichung des Rechtes auf angemessene Nahrung im Rahmen der nationalen Ernährungssicherheit, 23. September 2024, Rom, abrufbar unter: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ernaehrung/Nachhaltige-Konsum/Leitlinien-RechtaufNahrung.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2023).

[9] Punkt 6 der Allgemeine Bemerkung 12 (Zwanzigste Tagung, 1999), Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Zwanzigste Tagung, Genf, 26. April - 14. Mai 1999, abrufbar unter: <https://www.un.org/depts/german/wiso/ec12-1999-5.pdf> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2023).

[10] Punkt 7 der Allgemeine Bemerkung 12 (Zwanzigste Tagung, 1999), Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Zwanzigste Tagung, Genf, 26. April - 14. Mai 1999, abrufbar unter: <https://www.un.org/depts/german/wiso/ec12-1999-5.pdf> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2023).

[11] Punkt 9 der Allgemeine Bemerkung 12 (Zwanzigste Tagung, 1999), Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Zwanzigste Tagung, Genf, 26. April - 14. Mai 1999, abrufbar unter: <https://www.un.org/depts/german/wiso/ec12-1999-5.pdf> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2023).

[12] Punkt 9 der Allgemeine Bemerkung 12 (Zwanzigste Tagung, 1999), Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Zwanzigste Tagung, Genf, 26. April - 14. Mai 1999, abrufbar unter: <https://www.un.org/depts/german/wiso/ec12-1999-5.pdf> (zuletzt abgerufen am 30. Juli 2023).

„Deutschland hat ein Recht auf ausreichende Ernährung eines jeden Menschen anerkannt.“

2.1. Marcel Sebastian:

Landwirtschaftliche Tierhaltung in der Krise:

Skizze einer sozial-ökologischen Problemkonstellation

Einleitung

Landwirtschaftliche Tierhaltung ist zum Gegenstand einer multiplen Politisierung geworden, die in einem zunehmenden Änderungsdruck auf die Agrar- und Ernährungspolitik mündet. Damit ist gemeint, dass Aspekte landwirtschaftlicher Tierhaltung im Zuge unterschiedlicher Prozesse sozialen Wandels eine zunehmend öffentliche und politische Bedeutung gewinnen. Diese Politisierung beginnt häufig auf Basis zivilgesellschaftlicher Proteste oder wissenschaftlicher Forschung, die an die Politik herangetragen werden. Ob ein Thema tatsächlich auf der politischen Agenda regierender Parteien landet, hängt von den komplexen gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Aushandlungsprozessen ab. Im Mittelpunkt der Kritik stehen insbesondere die industrielle Intensivtierhaltung und hoher Fleischkonsum.

Diese Kritik wird nicht nur aus der Zivilgesellschaft, wie etwa durch soziale Bewegungen, formuliert. Zunehmend empfehlen auch internationale Organisationen wie die Welternährungsorganisation FAO oder die Weltgesundheitsorganisation WHO, wissenschaftliche Organisationen wie der Weltklimarat IPCC oder die EAT Lancet Commission als auch politische Akteure in Deutschland wie der Wissenschaftliche Beirat des Bundeslandwirtschaftsministeriums oder das Bundesumweltamt eine Agrar- und Ernährungswende, die eine deutliche Reduktion des Fleischkonsums beinhaltet. Offen bleibt, ob diese Empfehlungen ausreichen, um auf den Einfluss der landwirtschaftlichen Tierhaltung auf die gegenwärtigen globalen Krisen adäquat zu reagieren. Sie sind jedoch Indikatoren dafür, dass das gegenwärtig hegemoniale Modell globaler Tierproduktion in vielen Ländern zunehmend unter Rechtsfertigungsdruck gerät.

Im Folgenden soll dargestellt werden, in welchen Kontexten landwirtschaftliche Tierhaltung als sozial-ökologisches Problemfeld wahrgenommen werden kann. Danach sollen skizzenhaft einige Konsequenzen für ein sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm über die sozial-ökologische Transformation landwirtschaftlicher Tierhaltung abgeleitet werden. In diesem Beitrag werden das globale System der Agrartierhaltung und dessen Infrastrukturen in den Blick genommen, wodurch notwendigerweise regionale Unterschiede in Form und Umfang der Tierhaltung übergangen werden müssen. Ziel ist eine überblicksartige Würdigung der Relevanz landwirtschaftlicher Tierhaltung als sozial-ökologischer Forschungsgegenstand im Allgemeinen ohne Anspruch auf eine umfassende Darstellung der multiplen Problemkonstellationen. Ebenso wenig kann und soll an dieser Stelle eine (normative oder ökonomische) Diskussion des Für und Wider spezifischer landwirtschaftlicher Praxen innerhalb spezifischer geographischer, kultureller, politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen geführt werden.

2. Nahrungsversorgung, Umweltzerstörung, Tierleid

Die multiple Politisierung landwirtschaftlicher Tierhaltung

Klimaschutz:

Das Ernährungssystem ist für die Emission von rund einem Drittel der globalen Treibhausgase verantwortlich (FAO 2021). Allein die landwirtschaftliche Tierhaltung ist hier mit einem Anteil von 15-20% der globalen Treibhausgasemissionen beteiligt (Poore/Nemecek 2018; Xu et al. 2021) und somit eines der wichtigsten Handlungsfelder des Klimaschutzes. Die bedeutendsten der komplexen Wirkmechanismen, die die Klimafolgen landwirtschaftlicher Tierhaltung bedingen, sind erstens die Emissionen des besonders klimaschädlichen Treibhausgases Methan in der Haltung von Rindern und anderen Wiederkäuern, zweitens die Zerstörung natürlicher Kohlenstoffspeicher wie Wälder oder Moore im Rahmen der globalen Landnutzungsänderung zur Gewinnung von Weideland und Flächen für die Futtermittelproduktion und drittens in einem geringeren, aber ebenfalls signifikanten Anteil die Verwendung synthetischer Düngemittel im Futtermittelanbau sowie die Lagerung von Dung aus der Tierhaltung. Entsprechend haben Tierprodukte im Durchschnitt einen deutlich höheren Klimaimpact als pflanzliche Nahrungsmittel (Xu et al. 2022; Poore/Nemecek 2018; Scarborough et al. 2014), wodurch nachhaltigere, pflanzenbasierte Ernährung in der Diskussion über Klimaschutz nicht nur zu einem politischen, sondern auch zu einem individuellen Handlungsfeld für Konsument*innen geworden ist.

Biodiversität und Artenschutz:

Die landwirtschaftliche Tierhaltung ist zudem einer der Haupttreiber des weltweiten Verlusts der Artenvielfalt (IPBES 2019). Hauptgründe hierfür sind erstens die globalen Landnutzungsänderungen, also die Umwandlung artenreicher Habitate wie (Regen-)Wälder, Savannen oder Moore in Weideflächen oder Anbauflächen für Futtermittel, sowie zweitens die Effekte des Einsatzes von Pestiziden und synthetischen Düngemitteln im Rahmen des industriellen Futtermittelanbaus. Das Ausmaß der globalen Landnutzungsänderung für die Tierhaltung ist immens: Etwa die Hälfte der weltweit bewohnbaren Landfläche wird für die Landwirtschaft genutzt. Rund zwei Drittel dieser Agrarflächen wird allein für die Haltung von „Nutz“tieren gebraucht (FAO 2019) – zusammen mit der Fläche für Futtermittel werden rund 77% der weltweiten Agrarflächen für die landwirtschaftliche Tierhaltung genutzt (Ritchie 2019). Auch wenn die Artenvielfalt insbesondere in der Weidewirtschaft je nach konkreter Haltungsförmung schwanken kann, ist die Biodiversität auf konventionell (d.h. nicht extensiv) genutzten, landwirtschaftlichen Flächen geringer als in den Ökosystemen, die vor der jeweiligen Landnutzungsänderung vorherrschte. Entsprechend kommt einer pflanzenbasierten Agrar- und Ernährungswende eine zentrale Bedeutung bei der Abmilderung des Artensterbens bei (Machovina et al. 2015; Alkameda et al. 2013).

Umweltbelastung und Ressourcenübernutzung:

Landwirtschaftliche Tierhaltung ist zudem mit einer Vielzahl an umweltschädlichen Effekten sowie mit einem überdurchschnittlich hohen Ressourcenverbrauch assoziiert. Dies betrifft beispielsweise etwa die Stickstoffbelastung der Luft durch Emissionen aus der landwirtschaftlichen Tierhaltung. In Deutschland trägt die Landwirtschaft beispielsweise zu 95% der Ammoniak-Emissionen bei – 70% stammen aus der landwirtschaftlichen Tierhaltung (Bundesumweltamt 2021). Mit Blick auf die global schwindenden Frischwasserreserven wird auch die Wasserbilanz der landwirtschaftlichen Tierhaltung zunehmend politisch relevant. So gehen allein rund 40% des gesamten Frischwasserverbrauchs der Landwirtschaft auf das Konto der Futtermittelproduktion (Heinke et al. 2020). Viele Tierprodukte zählen entsprechend neben einigen Nüssen zu den wasserintensivsten Grundnahrungsmitteln [1].

Tierschutz und Tierrechte:

Darüber hinaus ist landwirtschaftliche Tierhaltung schon seit langem aus Tierschutzgründen umstritten. Dabei spielt insbesondere die Kritik an der Industrialisierung der „Nutz“tierhaltung (vgl. von Gall 2016; Settele 2020) eine zentrale Rolle. Obwohl Fleischkonsum weiterhin der dominante Ernährungsstil westlicher Gesellschaft ist, kritisiert ein Großteil der Bevölkerung westlicher Staaten die „Nutz“tierhaltung in ihrem Land als unzureichend (European Commission 2016). Zusammenfassend können diese Debatten als kulturelle Deutungskonflikte über die Grenzen des als legitimen definierten Umgangs mit Tieren interpretiert werden (vgl. Sebastian 2023). In der Kritik des Tierschutzes werden bestimmte Formen der landwirtschaftlichen Tierhaltung abgelehnt, von der industriellen Form der Tiermast im Allgemeinen bis zu bestimmten Praxen wie der Anbindehaltung von Rindern oder die Kastenstandhaltung von Sauen im Besonderen. Aus Perspektive fundamentaler Tierrechte wird die landwirtschaftliche Tierhaltung grundsätzlich als moralisch unverträglich kritisiert. Insgesamt hat der Fleischkonsum in bemerkenswerter kurzer Zeit einen Wandel vom „vom Wohlstandssymbol zur Gefahr für die Zukunft“ (Rückert-John und Kröger 2019) durchgemacht und neben dem Fleischverzicht etablieren sich vor allem die fleischreduzierenden Flexitarier*innen mit rund 50% der Gesamtbevölkerung als mittlerweile größte Ernährungsgruppe in Deutschland.

Arbeitsbedingungen und globale Gerechtigkeit:

Eng verbunden mit dem globalen Futtermittelanbau (und anderen Praxen industrieller Agrarproduktion) sind unterschiedliche Formen von Menschenrechtsverletzungen im globalen Süden, wie illegale Landnahme, illegale Rodung, Vertreibung insbesondere indigener Menschen oder die Exposition mit gesundheitsschädlichen Pestiziden (Ferrante und Feanside 2020; Sauer 2018). In einem weiteren Sinne können auch die Arbeitsbedingungen in der Schlachtung und Fleischverarbeitung als Erwerbsformen im Kontext landwirtschaftlicher Tierhaltung bezeichnet werden. Hier hat sich in vielen westlichen Industrienationen ein flächendeckendes System von Beschäftigung im Niedriglohnssektor etabliert, bei dem vor allem marginalisierte, meist migrantische und häufig prekär beschäftigte Arbeiter*innen wesentliche Teile des Kerngeschäfts übernehmen (Seeliger/Sebastian 2022; Pachirat 2011).

Öffentliche Gesundheit:

Schließlich resultieren aus dem hegemonialen Modell industrieller landwirtschaftlicher Tierhaltung zahlreiche Risiken für die öffentliche Gesundheit. Dies betrifft erstens die Gefahr durch Zoonosen, für deren Ausbreitung insbesondere industrielle Tierhaltungsanlagen ideale Nährböden sind (Rabozzi et al. 2012). Zweitens erhöht der Einsatz von Antibiotika in der industriellen Tierhaltung die Chance der Entwicklung multiresistenter Keime (Manyi-Loh 2018). Auf Grund der vielfachen gesundheitlichen Risiken, die mit dem übermäßigen Verzehr von Tierprodukten (insbesondere von verarbeitetem Rind- und Schweinefleisch) einhergehen, fordern zudem viele Gesundheitswissenschaftler*innen und Mediziner*innen eine Planetary Health Diet, die den Ansprüchen einer gesunden Ernährung gerecht wird und deren Herstellung die planetaren Grenzen nicht überschreitet (EAT Lancet Commission 2019). Ein wesentlicher Bestandteil dieser nachhaltigen Ernährung ist eine deutliche Reduktion des Fleischkonsums, insbesondere in den reichen Ländern.

2. Nahrungsversorgung, Umweltzerstörung, Tierleid

Skizze eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms über die sozial-ökologische Transformation landwirtschaftlicher Tierhaltung

Die soeben dargestellte, multiple und in Teilen in Wechselwirkungen stehende Politisierung landwirtschaftlicher Tierhaltung als sozial-ökologisches Problemfeld wirft zahlreiche sozialwissenschaftliche Forschungsfragen auf, von denen einige im Folgenden skizziert werden sollen. Ein möglicher Ausgangspunkt ergibt sich aus der Dynamik „nachhaltiger Nicht-Nachhaltigkeit“ (Brand 2019) der globalen Agrar- und Ernährungspolitik: Während sich beispielsweise der Klimawandel und das Artensterben weiter verschärfen und die sozial-ökologische Relevanz landwirtschaftlicher Tierhaltung wissenschaftlich außer Zweifel steht, erscheinen die bisherigen Bemühungen einer klimaneutralen und biodiversitätsfördernden Agrar- und Ernährungswende allenfalls als zaghaft.

Dieser gehemmten Transformationsdynamik liegen komplexe gesellschaftliche Ursachen zugrunde, die einer systematischen Analyse bedürfen. Dies betrifft etwa die Figuration relevanter gesellschaftlicher Akteur*innen im Kontext der Agrarpolitik: Welche Rolle spielen politische Parteien und internationale Organisationen, Unternehmen, Interessensverbände, soziale Bewegungen, Landwirt*innen, Konsument*innen und weitere kollektive Akteur*innen bei der Aushandlung möglicher Agrartransformationen? Auf Basis welcher kulturellen Ideen über Tierhaltung, ökonomischer Interessen und Machtressourcen gelingt es den unterschiedlichen Akteur*innen, Einfluss auf die Gestaltung landwirtschaftlicher Praxis und deren politische Regulierung zu nehmen? Nicht zuletzt wird hier auch die Frage aufgeworfen, wieso im öffentlichen Diskurs und in der Alltagswahrnehmung von Konsument*innen die landwirtschaftliche Tierhaltung weit weniger prominent zu sein scheint als andere Arenen der sozial-ökologischen Transformationen. Im Mittelpunkt stehen also auch die habituierten Deutungsmuster, Alltagspraxen und internalisierte Wertorientierungen bei der Frage der Persistenz fleischlastiger Ernährung. Derartige Forschungsbemühungen bieten die Grundlage dafür, Transformationskonflikte im Kontext der Agrarwende zu identifizieren sowie die weitgehende Persistenz der institutionellen Ermöglichung industrieller Tierhaltung trotz multipler Politisierung zu erklären.

Eine weitere Forschungsperspektive ergibt sich aus der Frage, welche sozialen Konsequenzen eine sozial-ökologische Transformation des Ernährungssystems hätte, die der Einhaltung ökologischer Zielvereinbarungen, wie den Pariser Klimazielen, gerecht wird. Als Grundlage könnten hier beispielsweise die Empfehlungen der Planetary Health Diet dienen. Aus den hieraus resultierenden Veränderungen im Ernährungsverhalten des Großteils der deutschen Bevölkerung sowie den produktionsseitigen strukturellen und praktischen Veränderungen folgen erneut zahlreiche sozialwissenschaft-

lich relevante Fragestellungen. So stellt sich etwa die Frage, inwiefern eine politisch gewünschte Transformation Einfluss auf die habituellen Muster, Mentalitäten und kulturellen Ideen im Kontext der Ernährung haben kann oder ob es zu Spannungen bis hin zu offenen Auseinandersetzungen über die Einschränkungen persönlicher Ernährungspräferenzen kommt. Ähnliche politische Polarisierungstendenzen samt rechter Inanspruchnahme einer Vertretungsbefugnis vermeintlich zu Unrecht politisch gegängelter Bürger*innen sind bereits aus den Transformationsdebatten um fossile Energieträger und motorisierten Individualverkehr bekannt und deuten sich auch im Kontext der Debatte über Fleischreduktion an.

Eine strukturelle Transformation des deutschen und internationalen Ernährungssystems wirft auch die sozialpolitische Frage auf, inwiefern ein möglicher Abbau von Tierbeständen und eine Reduktion der Fleischproduktion in Deutschland ökonomische Folgen für Regionen mit hoher Konzentration landwirtschaftlicher Tierhaltung und der Herstellung von Tierprodukten hat. Ähnlich wie in den ehemaligen Kohleabbaugebieten würden Regionen wie das Oldenburger Münsterland vor enorme Herausforderungen mit Blick auf den lokalen Arbeitsmarkt gestellt. Hier zeigt sich schlaglichtartig wie relevant die Frage der sozialen Gerechtigkeit bei der sozial-ökologischen Transformation des Ernährungssystems ist.

Aus kritisch-sozialtheoretischer Sicht steht schließlich zur Debatte, inwiefern ein auf Wachstum und Profitsteigerung ausgerichtetes (mit anderen Worten: kapitalistisches) Ernährungssystem in der Lage ist, eine nachhaltige Transformation überhaupt zu gewährleisten. Im Kontext dieser Debatten werden zunehmend auch Perspektiven alternativer Agrarwirtschaft von kleinbäuerlicher Landwirtschaft über genossenschaftliche Produktionsformen bis zu bio-veganer Landwirtschaft sowie Stimmen aus dem globalen Süden, die die soziale Ungerechtigkeit des gegenwärtigen globalen Agrarkapitalismus ankreiden, in der öffentlichen Debatte wahrgenommen. Auch wenn diese Positionen – ähnlich wie Postwachstumsideen im Allgemeinen – bisher wenig Einfluss auf die realen Produktionsbedingungen im Ernährungssystem haben, weisen Sie auf systematische und fundamentale Probleme des gegenwärtig dominanten Modells der Nahrungsmittelproduktion hin.

Bereits aus diesen wenigen, möglichen Forschungszugängen folgt eine Vielzahl weiterer Anschlussfragen. Angesichts der Dynamik multipler Politisierung der landwirtschaftlichen Tierhaltung und ihrer sozial-ökologischen Effekte ist es verwunderlich, dass sich die sozialwissenschaftlich ausgerichtete sozial-ökologische Transformationsforschung dieses relevanten Transformationsfeldes bisher nur zaghaft widmet. Hier ist dringend Abhilfe geboten.

Literatur:

Alkemade, Rob et al. (2013): Assessing the impacts of livestock production on biodiversity in rangeland ecosystems. In: PNAS, 110(52), S. 20900–20905.

Bundesumweltamt (2021): Ammoniak, Geruch und Staub. Online unter: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/umweltbelastungen-der-landwirtschaft/ammoniak-geruch-staub#emissionen-der-landwirtschaft> (zuletzt abgerufen 26.4.2023).

Boadle, Anthony (2017): Brazil's JBS accused of violating Amazon rainforest protection laws, online unter <https://www.reuters.com/article/us-brazil-environment-cattle/brazils-jbs-accused-of-violating-amazon-rainforest-protection-laws-idUSKBN172201> (zuletzt abgerufen 27.4.2023)

Brand, Karl-Werner (2021): »Große Transformation« oder »Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit«? Wider die Beliebtheit sozialwissenschaftlicher Nachhaltigkeitstheorien. Leviathan, 49: 189 – 221.

EAT Lancet Commission (2019): Summary Report of the EAT-Lancet Commission. Online unter https://eatforum.org/content/uploads/2019/01/EAT-Lancet_Commission_Summary_Report.pdf (zuletzt abgerufen 27.4.2023).

European Commission (2016): Special Eurobarometer 442. Attitudes of Europeans towards Animal Welfare. Zusammenfassung online unter http://publications.europa.eu/resource/cellar/e31d6cd2-ec16-11e5-8a81-01aa75ed71a1.0003.01/DOC_1 (Zuletzt abgerufen am 17.5.2023)

FAO 2019: FAOSTAT Analytical Brief 28. Land use statistics and indicators. Global, regional and country trends. 1990–2019. Online unter: <https://www.fao.org/3/cb6033en/cb6033en.pdf> (zuletzt abgerufen 17.5.2023).

FAO (2021): Food systems account for more than one third of global greenhouse gas emissions, online unter: <https://www.fao.org/news/story/en/item/1379373/icode/> (zuletzt abgerufen 17.5.2023).

Ferrante, Lucas; und Fearnside, Philip M. (2020): Brazil threatens Indigenous lands. Science, 368(6490): 481–482.

Heinke, Jens; Lannerstad, Mats; Gerten, Dieter; Havlík, Petr; Herrero, Mario; Notenbaert, An Maria Omer; Hoff, Holger; Müller, Christoph (2020): Water Use in Global Livestock Production—Opportunities and Constraints for Increasing Water Productivity. Water Resources Research, 56(12): 1–16.

IPBES (2019): Global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services. Bonn: IPBES Sekretariat.

Machovina, Brian et al. (2015): Biodiversity conservation: The key is reducing meat consumption. Science of The Total Environment, 536: 419–431.

Manyi-Loh, Christy; Mamphweli, Sampson; Meyer, Edson; und Okoh, Anthony (2018): Antibiotic Use in Agriculture and Its Consequential Resistance in Environmental Sources: Potential Public Health Implications. Molecules, 23(4): 795.

Pachirat, Timothy (2011): Every Twelve Seconds. Industrialized Slaughter and the Politics of Sight. New Haven/London: Yale University Press

Poore, Joseph und Nemecek, Thomas (2018): Reducing food's environmental impacts through producers and consumers. In: Science, 360: 987–992.

Rabozzi, Giulia; Bonizzi, Luigi; Crespi, Eleonora; Somaruga, Chiara; Sokooti, Maryam; Tabibi, Ramin; Vellere, Francesca; Brambilla, Gabri; und Colosio, Claudio (2012): Emerging Zoonoses: the “One Health Approach”. Safety and Health at Work, 3(1): 77–83.

Ritchie, Hannah (2019): Half of the world's habitable land is used for agriculture. Online: <https://ourworldindata.org/global-land-for-agriculture> (zuletzt abgerufen am 17.5.2023).

Rückert-John, Jana; und Kröger, Melanie (2019, Hg.): Fleisch. Vom Wohlstandssymbol zur Gefahr für die Zukunft. Baden-Baden: Nomos 2019.

Sauer, Sérgio (2018): Soy expansion into the agricultural frontiers of the Brazilian Amazon: The agribusiness economy and its social and environmental conflicts. Land Use Policy, 79: 326–338.

Scarborough, Peter; Appleby, Paul N.; Mizdrak, Anja; Briggs, Adam D. M.; Travis, Ruth C.; Bradbury, Kathryn E.; und Key, Timothy J. (2014): Dietary greenhouse gas emissions of meat-eaters, fish-eaters, vegetarians and vegans in the UK. Climatic Change, 125: 179–192.

Sebastian, Marcel (2023): Tiere und Gesellschaft. Umweltsoziologische Zugänge zum Mensch-Tier-Verhältnis. In: Alena Bleicher, Matthias Groß und Marco Sonnberger (Hrsg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden: Springer VS, online first: https://doi.org/10.1007/978-3-658-37222-4_24-1

Sebastian, Marcel; und Seeliger, Martin (2022): The influence of discursive power of unions in the swift Re-Regulation of Slaughterhouse Labor during the Covid-19-Crisis in Germany. Global Labour Journal, 13(3): 305–321.

Settele, Veronika (2020): Revolution im Stall. Landwirtschaftliche Tierhaltung in Deutschland 1945–1990. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht von Gall, Philipp (2016): Tierschutz als Agrarpolitik. Wie das deutsche Tierschutzgesetz der industriellen Tierhaltung den Weg bereitete. Bielefeld: Transcript Verlag.

Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags (2020): Zoonosen und Tierhaltung. Online unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/709482/19485c96e154b0413bab0b7b5ff7ad3a/WD-5-070-20-pdf-data.pdf>. (zuletzt abgerufen 27.4.2023).

Xu, Xiaoming; Sharma, Prateek; Shu, Shijie; Lin, Tzu-Shun; Ciais, Philippe; Tubiello, Francesco N.; Smith, Pete; Campbell, Nelson; und Jain, Atul K. (2021): Global greenhouse gas emissions from animal-based foods are twice those of plant-based foods. Nature Food, 2: 724–732.

[1] Nachzurechnen etwa mit dem Water Footprint Calculator: <https://www.watercalculator.org/water-footprint-of-food-guide/>

2.2. Interview mit Spitzenforscher Marco Springmann zum **Stand der Wissenschaft**

Didem: Google ich Marco Springmann bekomme ich einen Haufen Treffer. Vom Guardian bis zu CNN finde ich überall Deinen Namen. Du hast auf jeden Fall Gehör. Wer genau hört Dir zu?

Marco: Das Thema nachhaltige Ernährung stößt glücklicherweise seit einiger Zeit auf großes Interesse, was mich sehr freut. Mittlerweile habe in der Tat schon viele Bürger*innen davon gehört, dass sich etwas an unserer Ernährung und unserem Ernährungssystem ändern muss, um z.B. den Klimawandel ausreichend zu begrenzen. Aber leider fehlt es noch an entschiedenen Maßnahmen, das auch politisch ausreichend und eingehend zu fördern und anzustoßen.

Didem: Die „Oxfordstudie“, die sehr viel zitiert wurde, ist nun ein paar Jahre veröffentlicht, hat sich die Politik bzw. Landwirtschaft inzwischen verändert?

Marco: Es ist mittlerweile akzeptiert, dass sich unser Ernährungssystem grundlegend ändern muss, um sowohl nachhaltig als auch gesund zu sein. Es gibt schon seit Jahren überall gute Ansätze, insbesondere auf lokaler Ebene, aber leider hat sich die nationale und internationale Politik noch nicht ausreichend bewegt. Da ist es bisher bei Lippenbekenntnissen geblieben, und es gibt fast keine Politiker*innen, die die Wichtigkeit von Ernährungsumstellungen hin zu ausgewogenen und pflanzenbasierten Ernährungsweisen ausreichend verfolgen.

Didem: Was hat Dich am meisten überrascht?

Marco: Dass es ohne ziemlich drastische Ernährungsumstellungen wirklich nicht geht, innerhalb unserer planetaren Grenzen, z.B. die des Klimawandels und der Biodiversität, zu bleiben.

Didem: Wenn Du Deine Forschung in wenigen Sätzen zusammenfassen müsstest, was würdest Du sagen?

Marco: Ernährungsumstellungen zu ausgewogenen und mehrheitlich auf Pflanzen bezogenen Ernährungsweisen sind essentiell, um die umweltmäßigen, gesundheitlichen, und wirtschaftlichen Herausforderungen unseres Ernährungssystems substantiell anzugehen.

Didem: Wo ist die größte Baustelle in der Agrar- und Ernährungspolitik?

Marco: Oft ist die Agrarpolitik noch viel in dem Paradigma verfangen, mehr produzieren zu müssen, anstatt zu schauen, welche Agrarerzeugnisse und Anbauweisen nachhaltig und gesund wären. Natürlich geht es nicht ohne Wirtschaftlichkeit, aber ein zu enger Fokus auf Produktion ist ganz klar nicht geeignet, die derzeitigen Herausforderungen des Ernährungssystems ausreichend anzugehen. Eine stärkere Vernetzung mit anderen Ressourcen wäre daher wünschenswert, u.a. auch ein Abgleich mit Richtlinien der Ernährungspolitik.

Die ist in vielen Ländern, wie auch in Deutschland, ein recht zahnloser Tiger, d.h. es bleibt meist beim Informieren der Bürger*innen ohne die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass sich auch etwas z.B. am Lebensmittelkonsum ändern könnte. Hier bedarf es auf jeden Fall mehr als nationale Ernährungsempfehlungen anzupassen.

Didem: Und wenn Du ein einziges Gesetz schreiben dürftest, dass dann sofort in Kraft gesetzt wird, wie sähe ein solches Gesetz aus?

Marco: Ich würde für ein Gesetz plädieren, dass die externen Kosten unserer Ernährung in die Kosten der Lebensmittel einbezieht. Das würde dazu führen, dass ungesunde und unnachhaltige Lebensmittel und Ernährungsweisen teurer würden, während sich an den Kosten von gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln und Ernährungsweisen wenig ändern würde. Die Erlöse aus so einem Instrument könnten zudem dazu verwendet werden, die soziale Verträglichkeit zu steigern, z.B. dadurch, dass die Kosten von gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln weiter verringert würden, oder dass die Landwirtschaft bei einem nachhaltigen Umbau ausreichend unterstützt wird.

Didem: Was hältst Du von dem Hype um die Weidehaltung? Ist das wirklich nachhaltig oder Greenwashing?

Marco: Es gibt gerade viele Studien, die sich mit der CO₂-Speicherung in Weideböden beschäftigen, aber obwohl sich die Zeitungstitel dazu oft utopisch anhören, sind meiner Ansicht nach Zweifel angebracht. Die Speicherfähigkeit im Boden ist meist nach einem Jahr ausgeschöpft und nach allen Berechnungen wird niemals mehr Treibhausgase gespeichert werden können als die Kühe direkt durch ihre Mägen ausstoßen. Außerdem ist eine Ausbreitung der Weidehaltung eine der größten Bedrohungen von Biodiversität, weil dadurch oft natürlichere Biotope Platz machen müssen. Eine Renaturierung, die z.B. mehr Treibhausgase durch Baumwuchs beinhaltet, und eine gleichzeitige Ernährungsumstellung, die den Bedarf an hochemittenten tierischen Produkten dämmt, wären da viel nachhaltiger und auch gesundheitlich sinnvoller.

Didem: Es geht nächstes Jahr auf die Europawahlen zu. Was muss eine linke Partei auf jeden Fall auf die Agenda schreiben?

Marco: Die „Farm to Fork“ Strategie der EU beinhaltet sehr viel gute Sachen, aber es mangelt noch stark an deren Umsetzung und einem stärkeren Fokus auf die Ernährungsumstellung. Die wird zwar angesprochen, aber es wurden keine quantitativen Ziele verabschiedet, an denen man festmachen könnte, ob wir in die richtige Richtung steuern, und an denen man Politikmaßnahmen messen könnte. Ernährungsumstellungen so zu fördern, dass diese sozialverträglich möglich ist, ist meiner Meinung nach eine essentielle Aufgabe, die sich jede Partei stellen sollte. Das Gesetzesidee zu fairen und umweltmäßig und gesundheitlich angemessenen Preisen, die ich oben angesprochen habe, wäre da ein guter Anfang. Aber

2. Nahrungsversorgung, Umweltzerstörung, Tierleid

es gibt sicherlich noch eine Menge andere Maßnahmen, die man verfolgen könnte.

Didem: Wissenschaftler spekulieren nicht gerne, aber wie lange haben wir in Deutschland noch volle Supermarktregale?

Marco: Da ich in Großbritannien lebe, kann ich von teilweisen leeren Regalen durchaus berichten. Allerdings waren die auch dort nur eine kurzfristige Erscheinung, und ich glaube schon, dass das Handelssystem in Deutschland robuster ist, um die Engpässe, die es immer mal wieder geben wird, auszugleichen. Allerdings sollte man sich durchaus fragen, was für Engpässe in der Landwirtschaft auf uns zu kommen könnten. Gerade mit dem fortschreitendem Klimawandel wird es immer schwieriger werden, z.B. ausreichend Gemüse in der Mittelmeerregion zu produzieren. So etwas könnte mittelfristig in der Tat zu leereren Regalen führen, wenn wir unsere Landwirtschaft und Handelsketten nicht ausreichend anpassen.

Didem: FDP und co. setzen auf Technologien, die noch gar nicht erfunden sind. Gibt es im Bereich Nahrungsmittelproduktion Hoffnung?

Marco: In Europa sind wir schon ziemlich gut, was landwirtschaftlich Erträge angeht. Ein wunder Punkt ist noch, die Düngung nachhaltiger zu gestalten, so dass es nicht immer noch zu Ablauf von Düngemitteln in Flüsse führt. Da kann Technologie etwas helfen, besser zu messen, wieviel und wann man Düngemittel aufbringt. Allerdings kommt man wohl auch hier nicht um strukturelle Änderungen in dem, was produziert wird, herum. Denn auch hier gilt, dass die Erzeugung von tierischen Produkten viel mehr Düngemittel in Anspruch nehmen als die Erzeugung pflanzlicher Produkte. Wichtig ist also immer Anbaumaßnahmen mit der Zusammensetzung von dem, was erzeugt und nachgefragt wird, zusammen zu denken und nach ganzheitlichen Lösungen zu suchen.

Didem: Wenn wir eine „Zukunft ohne Hungern“ erreichen wollen, was ist die beste Strategie?

Marco: Ernährungsumstellungen spielen auch bei der Hungerbekämpfung eine große Rolle. Gerade werden ungefähr ein Drittel aller produzierten Getreide als Tierfutter verwendet. Das heißt, wenn weniger tierische Produkte produziert und nachgefragt würde, könnte man auf den frei werden Flächen ohne Probleme ausreichend Lebensmittel produzieren, um die Weltbevölkerung nachhaltig und gesund zu ernähren. Nichtsdestotrotz bedarf es aber auch einer Änderung in der Entwicklungspolitik, denn Hunger ist nicht nur rein Symptom von regionaler Nahrungsmittelknappheit, sondern in den allermeisten Fällen das Ergebnis von sogenannten andauernden Konflikten und fehlenden Regierungsstrukturen innerhalb von Staaten. Darauf mit einer angemessenen Entwicklungs- und Friedenspolitik zu reagieren ist mindestens genauso wichtig, wie das eigene Ernährungssystem nachhaltig und gesund zu gestalten.

„Gerade mit dem fortschreitendem Klimawandel wird es immer schwieriger werden, z.B. ausreichend Gemüse in der Mittelmeerregion zu produzieren.“

2. Nahrungsversorgung, Umweltzerstörung, Tierleid

2.3. Sebastian Szardien:

Der Gesundheitsaspekt

Oft werden Veganer*innen mit dem Vorwurf konfrontiert, dass eine vegane Ernährung nicht ausgewogen und ungesund sei und über kurz oder lang zu Mangelerscheinung führen würde. Dazu hier eine nüchterne und wissenschaftlich fundierte Betrachtung der Studienlage:

Was wissen wir? Man hat erstmals an einer japanischen Kohorte im frühen 20. Jahrhundert beobachtet, dass die Übernahme westlicher Ernährungsgewohnheiten das Risiko für Arteriosklerose erhöhten. Japaner, die in die USA oder nach Hawaii emigrierten, hatten ein ca. dreifach erhöhtes Risiko an Herzinfarkt, Schlaganfall oder sonstigen kardiovaskulären Erkrankungen zu erkranken wie die in Japan verbliebene Vergleichsgruppe. Genetische Faktoren konnten somit ausgeschlossen werden (Gordon T, 1957). Heute ist es durch zahlreiche Studien gut belegt, dass der in Industrienationen übliche übermäßige Fleischkonsum ein Hauptrisikofaktor für Zivilisationserkrankungen ist. Daher ist schon längere Zeit unbestritten, dass Ernährungsformen, die den Fleischkonsum drastisch reduzieren oder ganz ausschließen (die klassische ovo-lacto-vegetarische Ernährung) gesünder sind, zu einer geringeren Inzidenz von kardiovaskulären Erkrankungen und Krebserkrankungen führen und auch insgesamt die Lebensqualität erhöhen und die Lebenserwartung verlängern. Im Gegensatz zur vegetarischen Ernährung wurde die vegane Ernährung jedoch lange Zeit (und auch heute noch) von vielen Ernährungswissenschaftler*innen und Mediziner*innen abgelehnt und als „nicht empfehlenswert“ eingestuft.

Es gab aber auch erstmals Hinweise, dass eine rein vegane Ernährung mehr gesundheitliche Vorteile aufweist als andere Kostformen (Clarys P et al, 2014). Zur Erforschung des Einflusses veganer Ernährung eigneten sich sog. „blue zones“, Regionen, in denen Zivilisationserkrankungen besonders selten auftreten. Hierzu gehört u.a. die Gemeinde der Adventisten in Kalifornien, deren Mitglieder einen relativ homogenen Lebensstil pflegen: Sie trinken keinen Alkohol, rauchen nicht und ziehen eine überwiegend vegetarische, teils sogar vegane Ernährung vor. Die 2002 begonnene Adventist Health Study schloss über 96.000 Probanden aller Altersgruppen ein, besonders die recht große Gruppe an Veganern (>5.000) schnitt hinsichtlich der Ergebnisse überdurchschnittlich gut ab (Butler et al., 2008). Eine weitere sehr wichtige Studie war die EPIC-Oxford-Studie, die mehr als 65.000 Menschen hinsichtlich ihrer Kostform auf chronische Erkrankungen untersuchte (Davey et al, 2003). Auch in dieser Studie schnitt die vegane Gruppe wieder sehr gut ab. Es gab allerdings einige Limitationen dieser Studien: Erstens wurde Veganismus liberal definiert. In der Adventist-Studie durften z.B. gelegentlich Eier, Milchprodukte und Fisch/Fleisch konsumiert werden, allerdings weniger als 1x/Monat. Zudem scheint die Dauer der veganen Ernährung eine Rolle zu spielen. So wurden teilweise auch Menschen als Veganer klassifiziert, die erst wenige Monate vegan lebten, zuvor aber jahrzehntelang Fleisch aßen. Ein weiterer Störfaktor ist die Tatsache, dass Veganer insgesamt meist einen gesünderen Lebensstil pflegen, so dass es nicht immer eindeutig ist, welche Effekte auf die Ernährung zurückzuführen sind. Ein weiterer wichtiger Punkt: Die meisten größeren Studien wurden zu einem Zeitpunkt durchgeführt, als es praktisch noch keinen Markt für vegane Ersatzprodukte gab und die vegane Ernährung daher sehr traditionell mit überwiegend unverarbeiteten Produkten war.

Als Fazit der Studienlage kann man aber momentan Folgendes festhalten: Eine vegane Ernährung ist grundsätzlich erstmal gesund und kann das Risiko für Zivilisationserkrankungen senken. Vor allem die „klassische“ vegane Ernährung mit vielen unverarbeiteten Lebensmitteln ist wegen der geringeren Energiedichte, weniger „schlechter“ Fette, weniger Zucker und mehr Ballaststoffen gesundheitsfördernd. Diese Effekte werden durch den Konsum von industriell verarbeiteten Ersatzprodukten insbesondere hinsichtlich des Zuckers zum Teil aber aufgehoben, wobei der regelmäßige Konsum von veganen Ersatzprodukten auch noch nicht ausreichend erforscht ist und die Gruppe veganer Ersatzprodukte eine sehr inhomogene Gruppe an Lebensmitteln darstellt. Ein Teil der Ersatzprodukte kann ohne Weiteres als gesundheitlich unbedenklich klassifiziert werden, während es aber auch Ersatzprodukte gibt, die aufgrund des hohen Gehalts an Zucker, Salz und/oder gesättigten Fetten nicht regelmäßig und in größerem Maße konsumiert werden sollte.

Im Gegensatz dazu ist es jedoch unbestritten, dass der übermäßige Konsum tierischer Lebensmittel eindeutig gesundheitsschädlich ist und die Rate an kardiovaskulären

Erkrankungen, Krebserkrankungen und anderen Wohlstandserkrankungen signifikant erhöht. Wenn man aber den ethischen und ökologischen Aspekt ausklammert und die Ernährung rein aus gesundheitlicher Sicht betrachtet, dann muss man anhand der Studienlage klar feststellen, dass es derzeit keine Hinweise darauf gibt, dass ein geringer Verzehr (Fleisch z.B. einmal pro Woche) gesundheitsschädliche Effekte hat.

Dieser Punkt stellt jedoch aus meiner Sicht den falschen Ansatz dar: Es soll am Ende ja nicht darum gehen, ob eine Ernährung mit geringem Konsum tierischer Produkte gesund ist, sondern darum, ob eine rein vegane Ernährung aus medizinisch-gesundheitlicher Sicht unbedenklich und anderen Ernährungsformen nicht unterlegen ist. Denn rein ethisch betrachtet gibt es so viele Faktoren, die für eine vegane Ernährung sprechen, dass dies nicht das primäre Ziel der Betrachtung darstellen sollte.

Die vegane Ernährung ist gesund und bietet viele gesundheitliche Vorteile. Hinsichtlich der Ethik gibt es sowieso keine Zweifel. Wer auf eine ausgewogene Ernährung als Veganer achtet und einige Stoffe (in jedem Fall Vitamin B12, je nach Ernährung ggfs. weitere Vitamine und Mikronährstoffe wie Omega-3-Fettsäuren, Jod, Selen, Calcium) substituiert, möglichst wenige und ausgewählte Ersatzprodukte konsumiert, der wird sein Risiko für Zivilisationserkrankungen deutlich senken. Omnivoren hingegen, die sich überwiegend pflanzlich basierend ernähren und wenig tierische Produkte konsumieren, haben aber keinen gesundheitlichen Nachteil!

Literatur:

Butler, T.L et al. 2008. Cohort profile: the Adventist health study-2 (AHS-2). International journal of epidemiology, 37(2), pp.260-265.

Clarys, P. et al. 2014. Comparison of nutritional quality of the vegan, vegetarian, semi-vegetarian, pescovegetarian and omnivorous diet. Nutrients, 6(3), pp.1318-1332.

Davey, G.K. et al. 2003. EPIC-Oxford: lifestyle characteristics and nutrient intakes in a cohort of 33 883 meat-eaters and 31 546 non meat-eaters in the UK. Public health nutrition, 6(3), pp.259-268.

Gordon, T., 1957. Mortality experience among the Japanese in the United States, Hawaii, and Japan. Public health reports, 72(6), p.543

2. Nahrungsversorgung, Umweltzerstörung, Tierleid

2.4. Tobias Lechner:

Nachhaltige Aquakultur als Säule der Blue Economy – eine tierethische Kritik

Die von der EU gestützte sogenannte „Blue Economy“ verspricht sich von nachhaltiger Aquakultur, umwelt- und klimafreundliches Wirtschaftswachstum. Dabei geht der Aspekt des Fischwohlergehens komplett unter. Dieser wird hier hervorgehoben und in Relation zu Wildfischerei gesetzt. Fische haben auch in nachhaltiger Aquakultur wahrscheinlich leiderfüllte Leben, weswegen diese auch aus tierethischer Sicht abzulehnen ist. Sie stellt wahrscheinlich keine Verbesserung gegenüber der Wildfischerei dar. Solange Tierschutz keine relevante Rolle in der Umsetzung der Blue Economy spielt, bleiben Nachhaltigkeit und Fischwohlergehen konträr.

Blue Economy und Aquakultur

Die Grundidee der Blue Economy scheint aus klimapolitischer Sicht, Sinn zu ergeben. Es bringt nichts die Landmasse zu schützen, wenn der Himmel und die Ozeane außen vorgelassen werden, oder wie es der Hashtag ausdrückt: #BeGreenGoBlue. Seit Gunter Paulis Buch *The Blue Economy – 10 years, 100 innovation, 100 million jobs* im Jahr 2010 hat sich in der Tat einiges am klimapolitischen Verständnis getan. So hat sich die EU den Schutz der Ozeane auf die (blaue) Fahne geschrieben und begreift diesen als Teil des ausgerufenen Green Deals, mithilfe dessen die EU bis 2050 klimaneutral werden will ohne an Wirtschaftlichkeit einbüßen zu müssen. So heißt es vom EU-Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei Virginijus Sinkevicius: „Wir wollen sichergehen, dass der Wiederaufbau seinen Fokus von bloßer Ausbeutung hin zu Nachhaltigkeit und Resilienz verschiebt. Daher, um wirklich grün zu sein, müssen wir ebenso blau denken.“ [1] Gepaart ist die signalisierte Bereitschaft zu nachhaltiger Bewirtschaftung der Ozeane mit dem Versprechen, dass dies enorme wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen wird, darunter 4,5 Millionen Jobs und 650 Milliarden an Umsatz für Investor:innen [2]. Die Blue Economy stellt sich als ein gewinnbringendes Projekt für alle dar: das Klima, die Meere, Investor:innen und sogar Arbeiter:innen – alle sollen gewinnen.

Ein wichtiger Aspekt der Blue Economy betrifft die Art wie gefischt wird. Wildfischereien, also traditioneller Fischfang mit Netzen u.Ä. in offenen Gewässern, sind auf zwei Ebenen nicht nachhaltig. Durch Wildfischerei haben sich die Fischbestände im letzten Jahrhundert drastisch reduziert. Laut der Weltbank sind mittlerweile knapp 90% aller Fischbestände erschöpft oder zumindest überfischt (Überfischung bedeutet, dass sich die Fischpopulation nicht so schnell reproduzieren kann, wie ihr Fische entnommen werden) [3]. Dies hängt damit zusammen, dass rund 40% aller gefangenen Meerestiere Beifang ist, der verletzt oder tot zurück ins Meer geworfen wird [4]. Dies hat ökologische und ökonomische Folgen. Die ökologischen Probleme entstehen durch Ungleichgewichte in den Ökosystemen der Gewässer. So sind auch andere Spezies wie Schildkröten von Fischbeständen abhängig [5]. Zudem werden diesen Ökosysteme wichtige Rollen in der Kühlung unseres Planeten beigemessen [6]. Überfischung ist auch ökonomisch nicht nachhaltig, aus dem einfachen Grund,

dass es immer weniger Fische und Meerestiere zu fangen gibt, während die Nachfrage von Menschen danach steigt. So ist die Beendigung des Überfischens auch ein Bestandteil des Sustainable Development Goals 14: Life below water.

Aquakulturen sind 4-5.000 Jahre alt, und im letzten Jahrzehnt rasant weiterentwickelt worden. Mittlerweile stammen gut 50% aller Fische, die für menschlichen Konsum getötet werden aus Aquakulturen. Aquakulturen sind kleine wie auch riesige industrielle Anlagen („Fischfarmen“), in denen Fische eingezäunt leben. Wichtig hierbei ist, dass in Aquakulturen der Verlauf des Fischlebens weitgehend vom Unternehmen bestimmt wird: dass der Fisch überhaupt geboren wird, was er isst und wohin er schwimmen kann, sein reproduktives Verhalten, und natürlich der Zeitpunkt und die Art seines Todes. Es ist daher vergleichbar mit industrieller Massentierhaltung. Das große Versprechen von Aquakultur ist, dass sie die Probleme der Wildfischerei vermeidet. Es soll Überfischung vorbeugen und somit ihre umwelt- und klimafeindlichen Auswirkungen vermeiden. Nebenbei soll es durch ihre Rationalisierung günstige Proteine für die Menschheit liefern.

Im Jargon der Blue Economy wird selten von Aquakultur ohne das Adjektiv „nachhaltig“ gesprochen. So heißt es: „Proteine von nachhaltiger Aquakultur und Algen haben einen deutlich kleineren CO₂-Fußabdruck als Landwirtschaft auf Land.“ [7] Das Ziel ist eine Aquakultur die im Sinne der Kreislaufwirtschaft funktioniert, und somit (beinahe) klimaneutral wirtschaftet, dabei hohe Rendite abwirft und die Welt ernährt. Was könnte es Schöneres geben? In diesem Beitrag wird zunächst auf ökologische Risiken eingegangen die Aquakultur mit sich bringt, bevor auf die Perspektive derer eingegangen wird, die hauptsächlich davon betroffen sind: die Fische selbst. Zunächst wird begründet, dass Fische moralisch und politisch relevant sind, bevor auf das Fischwohlergehen in nachhaltiger Aquakultur eingegangen und mit Wildfischerei verglichen wird.

Gegenwärtige Aquakultur ist ökologisch verheerend

Aquakulturen wie wir sie heutzutage vorfinden können, halten die ökologischen Versprechen der Blue Economy keineswegs. Die ökologischen Auswirkungen von Aquakultur sind die folgenden:

Verschlechterung der Wasserqualität außerhalb der Aquakultur durch hohe Nitrat- und Phosphorwerte, Antibiotika und Fischexkrementa [8].

Negative Auswirkungen für Ökosysteme durch das Entkommen einzelner Fische, die dann als ‚invasive‘ Arten fungieren und Gleichgewichte im Ökosystem schädigen sowie durch Zerstörung von Sümpfen [9].

Hoher Energieverbrauch durch das Züchten von fleischfressenden Fischen. Diese benötigen wiederum Fische in ihrem Futter welche aus Wildfang oder weiteren Aquakulturen stammen [10].

2. Nahrungsversorgung, Umweltzerstörung, Tierleid

Aquakulturen sind gegenwärtig also keinerlei Segen für die Umwelt. Dadurch, dass nun mehr Aquakultur existiert als vorher sind die Gewässer verschmutzter und Ökosysteme geschädigt, wobei der Energieverbrauch angestiegen ist. Aquakultur scheint auch keine nachweislich positiven Auswirkungen auf Wildfang und Überfischung zu haben. Im Gegenteil: durch das Züchten fleischfressender Fische, wird gar weiterer Wildfang benötigt.

Es gilt allerdings zu erwähnen, dass die Blue Economy nicht bloß an Aquakultur, sondern an nachhaltiger Aquakultur interessiert ist. Die oben genannten Probleme hat sie also durchaus auf dem Schirm, und strebt eine Verbesserung dieser ökologischen Missstände an (z.B., durch einen Wechsel der Züchtung von carnivoren auf omnivore und herbivore Fische und die dadurch gegebene Möglichkeit zur Kreislaufwirtschaft) [11]. Die EU sei angehalten, dementsprechende Verordnungen zu erlassen. Nichtsdestotrotz muss die Frage gestellt werden, ob der Sachverhalt, dass gegenwärtige Aquakultur so sehr von ihrem Ideal abweicht, nicht darauf hindeutet, dass mit dem positiven Narrativ mit welchem Aquakultur begegnet wird, nicht ein ökologischer Dämon losgelassen wurde, der eben nur schwer wieder eingefangen werden kann.

Sehen wir jedoch einmal ab von den tatsächlichen ökologischen Folgen der Aquakultur und glauben wir dem Optimismus, dass die EU bald massenhaft ökologisch nachhaltige Aquakulturen fördert, und Menschen auf nachhaltige Weise massenhaft Proteine erhalten, wobei Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Was spräche dann denn noch dagegen? Nun, vlt. hätten die Milliarden an Fischen damit ein Problem, die als reine Nährstoffquellen gesehen werden. Doch müssen Fische überhaupt moralisch werden? Können sie überhaupt fühlen?

Fische sind moralisch relevant

Fischen wurde lange abgesprochen, dass sie ein Schmerzempfinden haben und daher moralische Berücksichtigung verdienen. Heutzutage lässt sich aus wissenschaftlichen Untersuchungen ableiten, dass sich diese Einstellung wohl eher auf die Unverbundenheit, die wir mit Fischen fühlen, als auf biologische Eigenschaften zurückführen lässt. Fische haben komplexe Nervensysteme, die mit ihrem Gehirn verbunden sind, was auf ein phänomenologisches Bewusstsein hindeutet [12]. Das bedeutet, dass der Fisch einen Schmerz erlebt. Anders als bei Pflanzen kann daher gesagt werden, dass der Fisch ein erlebendes Subjekt ist, für den es aufgrund seiner Erlebnisse relevant ist, was mit ihm passiert.

Dass Fische fühlen und dass dies ein Grund dafür ist, dass bestimmte Erlebnisse gut oder schlecht für sie sein können, sollte uns einen gewichtigen Grund dafür geben, sie in Entscheidungen, die sie direkt betreffen, moralisch zu berücksichtigen. Dies bedeutet im mindesten, dass das Wohlergehen der Fische moralisch relevant ist. Tierrechtstheorien streiten sich darüber, ob es über Auswirkungen auf das

Wohlergehen auch weitere moralische Übel geben kann, die wir berücksichtigen müssten. So würden manche sagen, dass die Ausbeutung des Fisches an sich ein moralisches Übel darstellt [13], während dies andere verneinen würden solange der Fisch kein Konzept und demnach auch kein Interesse an der Vermeidung von Ausbeutung haben kann [14]. Ebenfalls herrscht Dissens darüber, ob es für einen Fisch ein Übel darstellt, zu sterben, und ob es demnach moralisch falsch ist, Fische zu töten [15]. Nichtsdestotrotz, alle moralischen Theorien die nicht einen (un-) qualifizierten Speziesismus eingebaut haben, werden zustimmen, dass das Wohlergehen von Fischen moralischer und politischer Berücksichtigung bedarf. Auch nachhaltige Aquakultur und die Blue Economy muss sich daran messen lassen. Der nächste Abschnitt behandelt das Wohlergehen der Fischen in nachhaltiger Aquakultur.

Nachhaltige Aquakultur bedeutet nachhaltige Ausbeutung

Das Problem an nachhaltiger Aquakultur ist, dass im Begriff der Nachhaltigkeit das Wohlergehen der Fische nicht vorkommt. Mit Nachhaltigkeit ist ökologische, sowie ökonomische Nachhaltigkeit im Sinne des Fortbestehens der Möglichkeit zum Fischkonsum gemeint. Denn wenn die Fischbestände erschöpft sind, kann auch nicht mehr gefischt werden. Das Ziel ist hier also das langfristige Garantieren von Ausbeutung der Fischbestände im offenen Gewässer, sowie einzelner Fische in Aquakultur. Fische finden in den Überlegungen der Blue Economy keine Beachtung außerhalb ihres Nutzens für Mensch und Klima. Das zeugt von einer problematischen anthropozentrischen und speziesistischen Grundeinstellung. Andere fühlende Wesen sind demnach nur daher beachtenswert, weil sie einen instrumentellen Wert haben. Dass sie aber allein aufgrund ihrer Gefühle eigene moralische und politische Berücksichtigung verdienen, findet keinen Anklang. Wenn der eingangs zitierte EU-Kommissar Sinkevicius also von einem Ende der Ausbeutung redet, dann versteht er unter Ausbeutung lediglich das Entnehmen der Grundlage für Ausbeutung. Fischbestände gelten also nur dahingehend als ausgebeutet, als dass die Langfristigkeit ihrer Ausbeutung bedroht ist. Fische sollen weiterhin für uns (und die Umwelt) als Ressource da sein. Das ist die Nachhaltigkeit der Blue Economy.

Da das Wohlergehen von Fischen also kein Kriterium der propagierten nachhaltigen Aquakultur ist, gilt zu vermuten, dass ähnliche Probleme des Fischwohlergehens wie in gegenwärtiger Aquakultur zu erwarten sind. Solche Wohlergehensprobleme sind:

Dichte: Fische leben in Aquakulturen meist sehr eng mit wenig Bewegungsfreiheit. Zudem erhalten Fische oft nicht ihre benötigten Nährstoffe. Beides führt zu hohem Stress und Krankheiten [16].
Gesundheit: Fische leiden in Aquakulturen oft an Fischläusen. Auch Biofouling stellt ein gesundheitliches Problem dar [17].

Tötungsmethode: die Tötungsmethode verursacht oft Stress und Schmerzen, besonders, wenn Fische hierfür transportiert werden müssen [18].

Diese negativen Auswirkungen auf das Wohlergehen von Fischen treffen auf Aquakultur unabhängig davon zu, ob sie im Sinne der Blue Economy nachhaltig ist oder nicht. Wie viel Schmerz und Stress der Fisch bei der Tötung erfährt, spielt für ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit keinerlei Rolle. Wo es Korrelationen zwischen Nachhaltigkeit und Fischwohlergehen gibt, sind diese eher zufällig. Mögliche Synergien könnten beispielsweise darin bestehen, dass eine bessere Wasserqualität sowohl ökologisch nachhaltig als auch fischfreundlich ist. Es kann aber auch gegenteilig laufen: Je dichter Fische gehalten werden, desto energieärmer und somit nachhaltiger ist die Haltung des individuellen Fisches [19].

Ein wichtiger Punkt über Blue Economy ist, dass es kein De-Growth Konzept ist. Sie hat Wirtschaftswachstum zum Ziel, sieht das Meer als eine mindergenutzte Sphäre innerhalb der Möglichkeiten kapitalistischer Natur-Ausbeutung. Das Ziel ist also so viel nachhaltige Aquakultur wie möglich, da diese ja – bei propagierter Klimaneutralität – mächtige Einnahmen sowie Ernährungssicherheit verspricht. Das bedeutet, dass es durchaus im Sinne nachhaltiger Aquakultur ist, dass möglichst viele Fische, in möglichst vielen, oder möglichst großen Aquakulturen gezüchtet werden. Wenn Fische in diesen Aquakulturen aber andauernd Stress, Krankheit und Einschränkungen in der Wahrnehmung ihrer Interessen erleben, dann bedeutet dies, dass deren Leben so schlecht sind, dass wir gute Gründe zur Annahme haben, dass es moralisch besser ist, sie würden nie existieren (ähnlich wie es besser wäre, wenn keine Landtiere mehr in Massentierhaltung geboren werden). Die Expansion der Aquakultur bedeutet aber das Gegenteil. Nachhaltige Aquakultur verursacht die Existenz von Milliarden von Fischen (und des übrigen auch anderen Meerestieren wie Tintenfischen) deren Leben voller Leid sind. Das ist ethisch nicht zu rechtfertigen, und unter dem Denkmantel des sauberen blauen Wirtschaftens absurd. Wer blau liebt, sollte auch Fische lieben.

Angenommen, die EU würde Verordnungen erlassen, welche das Wohlergehen von Fischen in Aquakultur garantieren – so dass sie einigermaßen gute Leben haben, wie etwa in einem Gartenteich –, dann könnte unter Umständen, der Vorteil der Ernährungssicherheit stärker wiegen als moralische Gründe gegen diese Aquakultur. An dieser Argumentation gibt es allerdings zwei Probleme: Erstens lässt sich Ernährungssicherheit auch anderweitig herstellen, wie z.B. durch drastische Reduzierung der Massentierhaltung (und dadurch freiwerdende Agrarflächen, die als Menschen- und nicht Tierfutter benutzt werden können). Zweitens ist es unwahrscheinlich, dass sich eine solche „humane“ Aquakultur großflächig ökonomisch rentiert. Es wäre im ökonomischen Sinne also nicht nachhaltig, und somit nicht im Sinne der Blue Economy.

Auch nachhaltige Aquakultur beißt sich also grundlegend mit dem Wohlergehen von Fischen, da Fischwohlergehen im Nachhaltigkeitskonzept der Blue Economy keine Rolle spielt. Die Gefahr von nachhaltiger Aquakultur ist, dass eine riesige Anzahl an individuellen Fischen in die Welt gesetzt wird, die leidvolle Leben haben. Das Leid der Welt wird also vergrößert. die Welt nicht verbessert. Nachhaltige Aquakultur muss daher abgelehnt werden. Im Folgenden, letzten inhaltlichen Abschnitt wird darauf eingegangen, ob nachhaltige Aquakultur zumindest besser für Fischwohlergehen ist als die Wildfischerei.

Nachhaltige Aquakultur ist für Fische nicht besser als Wildfischerei

Die Blue Economy wirbt für eine Verlagerung der Fischerei vom Wildfischen hin zu Aquakulturen. Lässt sich diese Verlagerung Fischen gegenüber rechtfertigen? Ist moralisch etwas für die Fische gewonnen, wenn wir Wildfischerei durch nachhaltige Aquakultur ersetzen? Die ethische und politische Bewertung von Wildfischerei und Aquakultur ist zum einen von empirischen Annahmen, über die wir kein klares Bild haben und zum anderen von normativen Annahmen abhängig, also Annahmen darüber wie solche Praktiken generell zu bewerten sind.

Zum Beispiel ist es relevant das empirische Wissen darüber zu haben, wie schlimm die Leben der Fische in Aquakultur sind, und wie viel Leid Wildfischerei verursacht. Das ist schwer zu bewerten. Auch in der Wildfischerei werden die Wohlergehensansprüche der Fische grob missachtet. Selbst, wenn wir vom Töten absehen, so bedeutet das „Fischen“ viel Stress und in der Regel schmerzhaftes Tode für die gefangenen Zielfische und den Beifang. Die Fische werden im Fangprozess oft verletzt, ersticken an der Luft oder implodieren, wenn sie hochgezogen werden [20]. Auch Wildfischerei bringt also eine Reihe an schmerzhaften Erlebnissen für Fische und Beifang mit sich. Es ist allerdings nicht offensichtlich, wie sich diese zu denen in der Aquakultur verhalten. Es ist ebenfalls schwer zu bewerten, ob Aquakultur so gestaltet werden kann, dass die Fische darin ein gutes Leben haben, und ob solche Arten der Aquakultur politisch realistisch sind.

Auf normativer Ebene müssen wir uns fragen, ob wir lediglich das Wohlergehen der Fische in Betracht ziehen (Tierwohltheorien), oder ob es darüber hinaus auch relevant ist, dass wir sie instrumentalisieren und ihr ganzes Leben kontrollieren (Tierrechtstheorien). Tierrechtstheorien könnten Aquakultur allein deswegen moralisch verwerflicher finden, weil Aquakultur eine Institution ist, die den alleinigen Zweck verfolgt, Individuen zu züchten und zu töten. Die Fische würden ohne die Institution gar nicht existieren. Eine Institution wie Aquakultur, die das ganze Leben kontrolliert, und am laufenden Band Rechte verletzt, wäre dann schlimmer, als eine die ‚nur‘ für einen kurzen Moment Fischen schadet. Tierwohltheorien würden im Gegensatz dazu nicht auf die Zwecke der Institution

2. Nahrungsversorgung, Umweltzerstörung, Tierleid

schauen, sondern darauf, was das schlussendlich für das Wohlergehen der Fische bedeutet. Wenn die Leiden in Aquakultur also schlimmer sind als in Wildfischerei, dann ist Wildfischerei besser, und umgekehrt.

Eine ethische Bewertung des Ersetzens von Wildfischerei durch nachhaltige Aquakultur ist also kompliziert. Sie ist aber auch faktisch irrelevant, da es diese Ersetzung nur scheinbar gibt. Wie in Abschnitt zwei ausgeführt: Dadurch, dass es mehr nachhaltige Aquakultur gibt, gibt es noch nicht gleich weniger Wildfischerei. Selbst, wenn nachhaltige Aquakultur besser wäre als Wildfischerei, so dürften wir uns dadurch nicht dazu verleiten lassen, nachhaltige Aquakultur zu fördern, da das vor allem mehr nachhaltige Aquakultur und nicht weniger Wildfischerei bedeutet. Zugleich sollten wir bei Aquakultur vorsichtig sein, da wir möglicherweise Billionen an Fischen in eine Hölle voller Leid schicken.

Zusammenfassung

Dieser Beitrag hat die Förderung von nachhaltiger Aquakultur im Rahmen der Blue Economy unter Einbezug der moralischen Ansprüche individueller Fische untersucht. Der Begriff der Nachhaltigkeit hat für die Fische drei verheerende Nachteile: erstens, kommt Fischwohlergehen darin überhaupt nicht vor. Das Ziel ist ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit. Wie es Fischen dabei ergeht, ist egal. Zweitens bedeutet ökonomische Nachhaltigkeit, die Gewährleistung einer Zukunft der Fischausbeutung, nicht deren Abschaffung. Fische sollen auch in Zukunft als Ressource für Profite und andere Leckereien zur Verfügung stehen. Drittens ist es im Sinne ökonomischer Nachhaltigkeit, dass möglichst viele nachhaltige Aquakulturen entstehen. Da die Fische dort allerdings leiderfüllte Leben haben, bedeutet dies, dass Billionen von Individuen in eine Hölle hineingezüchtet werden. Im letzten Abschnitt wurde zudem gezeigt, dass nachhaltige Aquakulturen wahrscheinlich auch keine Verbesserung für Fische gegenüber Wildfischerei darstellen.

„Kein Green ohne Blue“ ist das Motto der Blue Economy – „Kein Blue ohne Tierschutz“ wäre eine nachhaltig wirksame Ergänzung.

[1] Putting the Blue into the Green - Sustainable Blue Economy (europa.eu)

[2] Ebd.

[3] <https://datatopics.worldbank.org/sdgatlas/archive/2017/SDG-14-life-below-water.html>

[4] Davies/Cripps/Nickson/Porter [WWF] (2009): "Defining and estimating global marine fisheries bycatch." Marine Policy.

[5] <https://shorturl.at/rEHYZ>

[6] <https://www.wwf.de/themen-projekte/meere-kuesten/fischerei/fischerei-und-klimawandel>.

[7] https://oceans-and-fisheries.ec.europa.eu/system/files/2021-05/2021-05-17-sustainable-blue-economy-factsheet_en.pdf

[8] <https://www.theblueeconomy.org/en/cas-30-aquaculture-with-chinese-medicine/>

[9] Harris, Craig (2017): „Seafood Ethics. The Normative Trias of Neptune's Treasure." In: Rawlinson/Ward (Hg.): The Routledge handbook of food ethics. London: Taylor&Francis, 315-328.

[10] Gigorakis, Kriton (2010): Ethical Issues in Aquaculture Production. Journal for Agricultural Environmental Ethics. 23(4), 345-370.

[11] <https://www.theblueeconomy.org/en/cas-47-farming-fish-without-feed/>

[12] Für die Diskussion von Evidenzen dafür, dass Fische Schmerz fühlen: Braithwaite, Victoria (2010): Do Fish Feel Pain? Oxford University Press; Rose, J. D. et al. (2014): Can Fish really Feel Pain. Fish and Fisheries. 15(1), 97-133; NewsRX LCC (2021): Do Fish Feel Pain? UTA Team says it's likely. Psychology&Psychiatry Journal, 216.

[13] Z.B. Abolitionistische Tierrechtstheorien: Schmitz, Frederike (2016): „Animal Ethics and Human Institutions: Integration Animals into Political Theory" In: Garner/O'Sullivan (Hg.) The Political Turn in Animal Ethics. Rowman et Littlefield International; Francione, Gary (2015): Animal Rights. The Abolitionist Approach. Exempla press.

[14] Z.B. Interessensbasierte Tierrechtstheorien: Ladwig, Bernd (2020): Politische Philosophie der Tierrechte. Suhrkamp; Cochrane, Alasdair (2012): Animal Rights without Liberation. Columbia University Press.

[15] Für einen Überblick über die Ethik des Tötens nicht-menschlicher Tiere: Višak/Garner (Hg.) (2016): The Ethics of Killing Animals. Oxford University Press.

[16] Gigorakis 2010.

[17] Cotte, S./Petersan P. (2009): Animal Welfare and Organic Aquaculture in Open System. Journal for Agricultural Environmental Ethics. 22(5), 437-461.

[18] Gigorakis 2010.

[19] Dies ist ein häufiger Widerspruch zwischen Tierwohlergehen und Klimaschutz: Sebo, Jeff (2022): Saving Animals, Saving Ourselves. Oxford University Press, Kapitel 6.

[20] <https://www.animal-ethics.org/fishing/>

„Der Begriff der Nachhaltigkeit hat für die Fische drei verheerende Nachteile...“

3. Agrarpolitik und das Europäische Parlament

3.1. Aktuelle Beschlüsse

Hier zeigt sich die Bewegung einer Partei

Beschluss des Parteivorstands vom 24. April 2022

Landwirtschaftsbetriebe und gute Ernährung retten, statt auf den Markt wetten – Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft mit gerechten Bodenbesitzverhältnissen

Der Bundestag muss in Zusammenarbeit mit den Ländern einen Plan beschließen, wie sie in der Landwirtschaft Klimaneutralität erreichen und dem Biodiversitätsverlust entgegenwirken will. Zudem braucht es Sofortmaßnahmen, um eine gesundheitsförderliche Ernährung auch für niedrigere Einkommen sicherzustellen. Dazu muss die erpresserische Marktmacht von Konzernen in der Lebensmittelkette gebrochen werden. Statt neue, langfristig nicht nachhaltige Pfadabhängigkeiten zu schaffen, müssen sowohl ein verändertes Konsumverhalten der Bevölkerung als auch klimatische Entwicklungen eine zentrale Rolle in der Agrarpolitik spielen. Langfristig braucht es eine Politik, die gesundheitsförderliche Lebensmittel für alle sichert und bezahlbar macht. Dazu gehört auch, Bodenspekulationen zu verhindern.

DIE LINKE setzt sich unter anderem für folgende Maßnahmen ein:

- die Beendigung der steuerlichen Vorteile für sogenannte Share Deals und Einführung einer Genehmigungspflicht von Anteilskäufen
- eine Deckelung von Kauf- und Pachtpreisen
- ein mehrgliedriges priorisiertes Vorkaufs- und Pachtrecht: für gemeinwohlorientierte, nicht kommerzielle Initiativen und kooperative Zusammenschlüsse, für regional verankerte Landwirt:innen, für Kommunen sowie für die Länder und den Bund zum Aufbau regional verankerter, öffentlicher Bodenfonds
- ein sofortiges Wegwerfverbot für zum Verzehr geeigneter Lebensmittel in allen Bereichen der Wertschöpfungskette
- die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das Anpflanzen von Hülsenfrüchten, sowohl zum Verzehr als auch zur Aufwertung von Böden, als Teil eines nachhaltigen Ackerbaukonzepts
- die Sozialversicherungspflicht für alle, d.h. auch für Saisonarbeitskräfte und im Betrieb mitarbeitende Familienangehörige
- die Einführung eines Ausstiegsprogramms aus der Tierhaltung
- kostendeckende Erzeugerpreise
- die Erstellung einer bundesweiten Wassermanagementstrategie, die sich an Gemeinwohlinteressen orientiert und einen Katastrophenplan beinhaltet
- ein Verbot des kommerziellen Exports und Imports von Wasser aus oder in Drittländer
- stärkere Anreize für gesamtgesellschaftliche Ökosystemleistungen und eine Ausrichtung auf den einheimischen Markt
- Förderprogramme für regionale Vermarktungsstrukturen und die Verwendung regionaler Produkte in öffentlichen Einrichtungen (Kantinen, Schulspeisung etc.)
- rechtliche Verbesserungen und Förderungen für gemeinschaftlich genutzte Agrarflächen
- eine Prämie für nichtkommerziell genutzte Gewächshäuser
- außerdem soll gemeinsam mit Landwirt:innen an einem runden Tisch eine zukunftsfähige Ernährungsstrategie erarbeitet werden, die zum Ziel hat, dass Deutschlands Lebensmittelversorgung unabhängiger von globalen Lieferketten wird und resilienter macht

3. Agrarpolitik und das Europäische Parlament

Beschluss der Parteivorstands vom 8. Juli 2023

Seriöse Klimaanpassung: Zeit die Lage ernst zu nehmen!

Hitze, Dürre, schwere Stürme etc. sind bereits jetzt Realität in Deutschland und werden sich nur weiter verstärken. Es ist 5 nach 12, wenn es um die Klimaanpassung geht. Infrastruktur und Kommunen wurden über Jahrzehnte kaputtgespart, anstelle an die Zukunft angepasst zu werden. Die Pläne der Regierung sind verwässert und verkennen den Ernst der Lage. Nicht zuletzt zeigt das die Nationale Wasserstrategie, aber auch das undurchdachte Vorantreiben einzelner Industrien, das sich zum Beispiel beim Wasserstoff, der enormen Wasserverbrauch hat, zeigt.

Noch immer werden beispielsweise auch an vielen Orten mehr Flächen versiegelt als entsiegelt, was nicht nur ein Problem für das Grundwasser und die Biodiversität ist, sondern zusätzlich Hitze speichert. In Städten werden weiterhin Grünflächen, die allen nutzen, zu Luxuswohnungen. Kälteschneisen werden vernichtet, Betonwüsten machen Gegenden um mehrere Grad heißer. In Städten gibt es kaum Raum, wo sich Menschen im Schatten aufhalten können, ohne unter Konsumzwang zu stehen, also etwas kaufen zu müssen. Nicht einmal genug Parkbänke gibt es. Von sogenannten Schwammstädten sind wir meilenweit weg. Dabei leiden gerade ärmere und ältere Menschen an den klimatischen Bedingungen. Während private Pools gefüllt werden, schließen vielerorts Schwimmbäder. Die Schere zwischen Arm und Reich wird weiter durch den Klimawandel verstärkt. Während einige sich weiterhin ein schönes Leben auf Kosten anderer machen, leiden viele Menschen gerade an der Hitze und wohl möglich zukünftig auch an Wassermangel. Schon jetzt gibt es jährlich zigtausende Tote aufgrund der Umweltzerstörung. In Südf frankreich gibt es bereits starke Restriktionen zum Wasserverbrauch. Dort wurde sogar das Wässern privater Gemüsegärten verboten. Das ist auch für Deutschland nicht mehr undenkbar - privaten Haushalten nahe der Tesla fabrik wurden mögliche Einschränkungen angekündigt. Für uns ist jedoch klar, dass wir keine Einschränkung bei der Selbstversorgung mit Lebensmitteln wollen. Das sind nur einige Beispiele, aber schon diese deuten auf riesige Probleme, die politisch beantwortet werden müssen. Neue Technologien alleine werden es nicht lösen, sondern nur massive Investitionen in gut geplante Anpassungsmaßnahmen. Der Klimawandel wird in allen Lebensbereichen eine Rolle spielen und es muss entsprechend agiert werden.

Wir fordern eine umfangreiche Strategie, die nicht daran orientiert ist, was profitabel ist und der Wirtschaft dient, sondern die, die Menschenrechte voranstellt. Unsere öffentliche Infrastruktur muss zukunftsfähig gemacht werden. Aus Knappheit wird eine Prioritätensetzung folgen, jedoch muss

diese lauten: Gemeinwohl vor Profitinteressen und Daseinsvorsorge vor Industrie. Ein gutes Leben darf nicht eine Frage der Kaufkraft sein.

Es muss jetzt endlich etwas geschehen, denn für uns ist klar: Forderungen nach kürzerem Duschen sind zutiefst unseriös, solange private Golfplätze bewässert werden dürfen. Sie lenken ab. Die Regierung soll endlich ihre Arbeit ernst nehmen.

DIE LINKE fordert:

- ein echtes, bundesweites Wassermanagement nach Vorsorge-Prinzip, nicht Recht des Stärkeren
- eine umfassende Überwachung von Menge und Qualität des Wassers sowie eine voraussorgende Planung
- keine Gewinnorientierung bei der Wasserversorgung
- alle Trinkwasser- sowie Abwasserversorgungsanlagen müssen auf den neuesten Stand gebracht werden
- den sofortigen Start einer Erneuerungskampagne für marode Wasserinfrastruktur mit Beteiligung des Bundes
- die Ausweitung von Wasserschutzgebieten, keine Umwidmungen
- Wasserentnahmen auf das ökologisch Verträgliche zu begrenzen
- ein Verbot des kommerziellen Exports und Imports von Wasser aus oder in Drittländer
- Brauchwasser muss in eine Klimaanpassungsstrategie eingeplant werden
- Rekommunalisierung aller Wasserbetriebe
- bundesweite Pläne zur Förderung von Schwammstädten, Unterstützung kleinerer Kommunen bei der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung
- das sofortige Vorantreiben der Flächenentsiegelung
- Angestellte bei Wasserbetrieben müssen sozialversicherungspflichtig eingestellt sein
- Aufstockung des Budgets für Feuerwehren und Katastrophenschutz
- im Zweifel Vertragskündigungen gegenüber Unternehmen zu Gunsten des Gemeinwohls
- einen umfassenden Plan zur Reduzierung von Schadstoffeinträgen ins Grundwasser
- ein Frackingverbot für das gesamte Bundesgebiet
- mehr Investitionen in den Erhalt und die Förderung von Mischwäldern
- eine Versorgungsstruktur mit kostenlosem Trinkwasser im öffentlichen Raum

„Gemeinwohl vor Profitinteressen und Daseinsvorsorge vor Industrie.“

3. Agrarpolitik und das Europäische Parlament

3.2. Andreas Manz:

Von der Leyens Tierschutz-Versprechen

Die Amtszeit der Kommission von der Leyens nähert sich ihrem Ende, da mit den bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament vom 06. bis 09. Juni 2024 auch eine Neubesetzung der Europäischen Kommission stattfinden wird.

Kommissionspräsidentin von der Leyen trat ihr Amt im Jahr 2019 mit großen Ambitionen an. In ihrem Regierungsprogramm legte sie sechs übergreifende Ziele fest, wobei der sogenannte Europäische Grüne Deal das Hauptaugenmerk bildet. Der Europäische Grüne Deal ist unverkennbar an Franklin D. Roosevelts New Deal angelehnt, der ab 1929 in den USA eingeführt wurde, um einen politischen Kurswechsel zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise einzuleiten. Dieser Kurswechsel beinhaltete nicht nur wirtschaftliche Programme, sondern auch sozialpolitische Maßnahmen und die Regulierung von Märkten.

Nicht weniger ambitioniert sind die Pläne von der Leyens. Der Grüne Deal soll das Fundament für ein klimaneutrales und nachhaltiges Europa bilden und somit die europäische Antwort auf die Klimakatastrophe darstellen: Ziel ist es, die Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen.

Was auf den ersten Blick abstrakt und entfernt erscheint, hat konkrete Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen. Am ehesten sichtbar wird dies vielleicht beim täglichen Essen. Denn die Art und Weise, wie in Europa Lebensmittel hergestellt werden, soll nachhaltiger und gesünder werden. Die Kommission hat dieses Ziel in der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ [1] formuliert und mit konkreten Maßnahmen hinterlegt.

Hier soll ein Blick auf die Maßnahmen zum Tierschutz geworfen werden. Denn die Kommission hat sich verpflichtet, EU-Tierschutzvorschriften zu überarbeiten, um ein höheres Tierschutzniveau zu gewährleisten.

Auf den ersten Blick mag dies überraschend sein, wird doch oft betont, dass die europäischen Tierschutzstandards zu den besten weltweit gehören. Was steckt also hinter dieser Selbstverpflichtung?

Die Kommission hat eine Überprüfung der aktuellen EU-Tierschutzvorschriften vorgenommen, auch als „Fitness-Check“ bezeichnet. Dabei wurde untersucht, ob die bestehenden Vorschriften ihren Zweck erfüllen. Diese Prüfungen sollten feststellen, ob im Laufe der Zeit ein übermäßiger Verwaltungsaufwand, Überschneidungen, Lücken oder Unstimmigkeiten aufgetreten sind oder ob bestimmte Maßnahmen mittlerweile veraltet sind.

Das Ergebnis war deutlich. Der Bericht der Kommission [2] zeigt, dass in der EU nach wie vor ein suboptimales Tierschutzniveau herrscht. Für ein selbst ausgestelltes Zeugnis im Bürokratensprech hört sich dieser Satz nicht gut an. Es wurde konkret festgestellt, dass Tiere, für die derzeit keine speziellen Rechtsvorschriften gelten, wie zum Beispiel

Milchkühe, am wenigsten geschützt sind. Darüber hinaus erfüllen die Vorschriften für die Haltung von Legehennen, Sauen und Kälbern nicht die gesellschaftlichen Erwartungen und gehen nicht genug auf die ethischen Bedenken ein. Sie berücksichtigen auch nicht aktuelle wissenschaftliche und technologische Entwicklungen sowie zukünftige Herausforderungen in Bezug auf Nachhaltigkeit. Zum Beispiel erlauben sie geschlossene Haltungssysteme, die die Bewegungsfreiheit der Tiere erheblich einschränken und ihr Wohlergehen beeinträchtigen.

Die EU-Tierschutzvorschriften konnten nicht sicherstellen, dass die europäischen Landwirte gleiche Rahmenbedingungen haben. Denn aufgrund erheblicher Unterschiede in den Ambitionen bei der Umsetzung und Durchsetzung der Richtlinien haben die landwirtschaftlichen Betriebe und damit die Tiere, die dort gehalten werden, in den einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedliche Tierschutzniveaus.

An dieser Stelle, liebe Leserin, lieber Leser, fragen Sie sich doch einmal selbst: Wo reiht sich Ihrer Meinung nach Deutschland im europäischen Ranking ein?

Um besser zu beurteilen, ob in Deutschland europäische und nationale Tierschutzgesetzgebung durchgesetzt werden, kann ein Beispiel aus der Schweinehaltung herangezogen werden. In der Ferkelaufzucht sowie bei Mastschweinen kommt es immer wieder vor, dass einige Schweine anderen Schweinen in den Schwanz beißen. Die Folgen sind Schwanz-Verletzungen, die mit schmerzhaften Entzündungen, Abszessen und abgestorbenem Gewebe einhergehen können. Aus Sicht der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) stellt Schwanzbeißen das größte Tierschutzproblem in der konventionellen Schweinemast dar [3].

Schwanzbeißen wird durch vielfältige Faktoren begünstigt [4]. Gründe können unter anderem unzulängliche Beschäftigungsmöglichkeiten, unzureichender Liegekomfort, mangelbehaftete Lüftungs- und Fütterungstechnik, überhöhte Belegdichten und Gruppengrößen sein. Auch tragen tierspezifische Faktoren wie Konstitution, Kondition, Genetik und Geschlecht der einzelnen Tiere zum Schwanzbeißen bei. Vereinfacht bedeutet dies, dass die üblichen Haltungsbedingungen in der intensiven Schweinehaltung aber auch die auf Leistung ausgerichtete Zucht der Schweine Schwanzbeißen verursacht oder fördert.

Die Antwort der Schweineproduzenten darauf war aber nicht die Anpassung der Haltungsbedingungen an die Bedürfnisse der Schweine, sondern die Anpassung der Schweine an die Haltungssysteme durch Schwanzkupieren. Rund 95 Prozent der Ferkel wird in den ersten Lebenstagen ohne Betäubung der Schwanz mit einem heißen Brenneisen abgetrennt. Die routinemäßige Amputation von Schweineschwänzen ist aber seit 1991 durch EU-Recht verboten [5]. Dennoch wird diese Maßnahme flächendeckend in Deutschland praktiziert. Mangelt es am politischen Willen, die gesetzlichen Vorgaben

3. Agrarpolitik und das Europäische Parlament

in den Betrieben zu kontrollieren und durchzusetzen?

Die Europäische Kommission hat im Februar 2018 eine unangekündigte Kontrolle durchgeführt, um die deutschen Maßnahmen zur Verhütung von Schwanzbeißen und zur Vermeidung des routinemäßigen Kupierens von Schwänzen bei Schweinen zu überprüfen [6]. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Strategien der Bundes- und Länderbehörden zur Reduzierung des Schwanzbeißen und zur Vermeidung des routinemäßigen Kupierens von Schwänzen bei Schweinen zu keinen konkreten Ergebnissen geführt haben und in Deutschland nach wie vor routinemäßig Schwänze kupiert werden.

Ein Punkt des Kontrollberichts verdient besondere Aufmerksamkeit: Die Checklisten für die Kontrollen enthalten keine Anforderungen in Bezug auf die Vermeidung des routinemäßigen Schwanzkupierens, weshalb diese überhaupt nicht durchgesetzt werden. Es wird bei den amtlichen Kontrollen nicht gewährleistet, dass nachgewiesene Schwanzverletzungen bewertet und vor dem Schwanzkupieren präventive Methoden angewandt werden.

Für das gewählte Beispiel kann im Ergebnis nur festgestellt werden, dass in Deutschland Tierschutzrecht systematisch missachtet wird und seit über 30 Jahren auch keine ausreichenden Anstrengungen unternommen werden, die ein Ende dieser Situation absehbar machen.

Die Kommission hat es schwarz auf weiß ins Hausaufgabenheft der Bundesregierung geschrieben: Nur durch eine Verbesserung der Unterbringungsbedingungen oder Haltungssysteme kann Schwanzbeißen reduziert und das routinemäßige Schwanzkupieren bei Schweinen vermieden werden. Meine Übersetzung: Die derzeitigen intensiven Schweinehaltungssysteme forcieren massiv Tierschutzprobleme.

Mit den aufgezeigten Missständen in der Schweinehaltung steht Deutschland nicht allein dar. Aber es wird anschaulich, dass die festgestellten Probleme auch Deutschland angehen. In Brüssel ist die Kommission aktuell dabei, die Überarbeitung verschiedener Tierschutznormen zu planen: die Richtlinie über den Schutz landwirtschaftlicher „Nutz“tiere, vier Richtlinien mit Mindestnormen für den Schutz von Legehennen, Masthähnchen, Schweinen und Kälbern sowie die Verordnungen über den Schutz von Tieren beim Transport und zum Zeitpunkt der Tötung.

Die Auswahl wurde in einem umfangreichen, aber auch transparenten Prozess getroffen. Meinungen und Erfahrungen von Bürgern, Landwirten und Interessenvertretern über die derzeitigen Vorschriften und zu Verbesserungsmöglichkeiten wurden eingeholt. Fast 60.000 Rückmeldungen konnte die öffentliche Konsultation [7] verzeichnen.

Auch im Hinblick auf die Überarbeitung der Tierschutzvorschriften hat die Kommission bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit verschiedene wissenschaftliche

Gutachten in Auftrag gegeben [8], die für die kommenden Änderungen der Tierschutznormen als wissenschaftliche Grundlage dienen sollen.

Das politische Gerangel um die neuen Standards ist bereits in vollem Gange. Hierbei werden nicht nur die Bedürfnisse der Tiere, sondern auch mögliche soziale und insbesondere wirtschaftliche Aspekte der neuen Gesetzgebung diskutiert. Das Wirtschaftlichkeitsargument wird oft gegen Tierschutzbelange ins Feld geführt. Dies geschieht vielleicht zu Unrecht. Eine Studie des IMPACT INSTITUTE [9] zeigt, dass die externen Kosten der tierischen Erzeugung in der EU für die Gesellschaft etwa siebenmal höher sind als der Produktionswert. Hierbei wurde das Modell der True Price Foundation [10] zur Monetarisierung einer breiten Palette von Sozial- und Umweltkosten verwendet.

Die Studie identifizierte drei Hauptfaktoren für die externen Kosten der tierischen Lebensmittelproduktion in der EU: schlechter Tierschutz (45%), ernährungsbedingte Krankheiten (28%) und Luftverschmutzung (12%).

Sie zeigt auch die bedeutenden Vorteile des Tierschutzes im Zusammenspiel mit einer Ausweitung der ökologischen Erzeugung und einer schrittweisen Umstellung der Ernährung auf mehr pflanzliche Lebensmittel für die Gesellschaft auf. Tierschutz trägt dazu bei, die menschliche Gesundheit zu fördern und die Umweltkosten im Zusammenhang mit tierischer Produktion zu verringern.

Die Frage zum Ende der Amtszeit von Kommissionspräsidentin von der Leyen lautet: Kann sie in Sachen Tierschutz ihren Worten überzeugende Taten folgen lassen, oder werden, wie bereits im Beispiel erläutert, Tierschutzbelange wieder hinten angestellt?

Ich wünsche ihr den Mut und die Führungsstärke bis Ende dieses Jahres einen ambitionierten Revisionsvorschlag vorzulegen, um ihren angekündigten politischen Kurswechsel gegen alle äußeren Widerstände umzusetzen. Ein solcher Abschluss wäre bemerkenswert.

[1] Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Vom Hof auf den Tisch“ – eine Strategie für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem; COM/2020/381 final

[2] Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, Eignungsprüfung (Zusammenfassung) - Die EU-Tierschutzvorschriften (SWD(2022) 329 final)

[3] Scientific Opinion of the Panel on Animal Health and Welfare on a request from Commission on the risks associated with tail biting in pigs and possible means to reduce the need for tail docking considering the different housing and husbandry systems. The EFSA Journal (2007) 611, 1–13

[4] Der praktische Tierarzt 12/2020: Schwanzbeißen – ein systeminhärentes Problem. A. Sundrum

[5] Richtlinie 2008/120/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen, Anhang I, Kap. 1 Nr. 8

[6] Bericht über ein Audit in Deutschland 12. bis 21. Februar 2018, Bewertung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verhütung von Schwanzbeißen und zur Vermeidung des routinemäßigen Kupierens von Schwänzen bei Schweinen (DG(SANTE)/2018-6445)

[7] Factual summary report of the online public consultation in support to the fitness check and revision of the EU animal welfare legislation; Ref. Ares (2022)2359311 – 30/03/2022

[8] Roadmap of future mandates to EFSA in the field of Animal Welfare; Ref. Ares (2021)6591231 – 26/10/2021

[9] External COSTS OF ANIMAL SOURCED FOOD IN THE EU, Study on the externalities attributed to current value chains of EU production and consumption of animal sourced food – and opportunities for change; Version 3.0 – 20/04/2023

[10] True Price is a social enterprise with the mission to realize sustainable products that are affordable to all by enabling consumers to see and voluntarily pay the true price of products they buy.; <https://trueprice.org>

3.3. Frederike-Sophie Gronde-Brunner:

Satt werden trotz Krisen – Lebensmittelversorgung für alle sichern!

Während der Covid-Pandemie ist überdeutlich geworden, wie anfällig und alles andere als krisensicher das Netz globaler Lieferketten ist. Geschlossene Grenzen, damit einhergehende Störungen in der Logistik- und Containerbranche sowie die zeitweise Einstellung der Produktion in zahlreichen Sektoren führten weltweit zu Lieferengpässen und Preissteigerungen. Besonders betroffen waren Güter der medizinischen Grund- und Intensivversorgung – insbesondere aufgrund der Abhängigkeit von China oder Indien – aber auch die Automobil- und Holzindustrie. Dazu kommt der seit Februar 2022 andauernde Krieg Russlands gegen die Ukraine, der in weiteren Branchen grenzüberschreitende Lieferketten unter Druck setzt, etwa in den Bereichen Maschinenbau oder in der Elektroindustrie.

Betroffen sind zunehmend auch Lieferketten im Agrar- und Nahrungsmittelbereich. So führten zum einen bereits die aufgrund der Covid-Pandemie gestiegenen Transportkosten zu einer Verteuerung von Nahrungsmitteln, die durch die gestiegenen Energiekosten zusätzlich befeuert wurde. Besonders betroffen war zuletzt das Grundnahrungsmittel Getreide: Hier brachte der Ukraine-Krieg eine weltweite Knappheit, da die Ukraine als einer der führenden Getreideexporteure aufgrund der Kriegshandlungen weniger anbauen konnte und auch die Exportwege gestört sind. Etwa 90 Prozent der ukrainischen Agrarexporte wurden vor dem Krieg über den Seeweg transportiert; die russische Blockade der ukrainischen Schwarzmeerhäfen traf die Exportwege deshalb massiv [1].

Last but not least führt auch die sich verschärfende Klimakatastrophe mit anhaltenden Dürren und Überschwemmungen und entsprechenden Ernteaufschlägen dazu, dass einige Nahrungsmittel zeitweise knapp und kostspieliger werden. Dabei sind es die Menschen im sogenannten Globalen Süden, die am stärksten von der zunehmend unsicheren Versorgung mit Lebensmitteln betroffen sind, genauso wie von steigenden Preisen, die auch aufgrund von Spekulation und unregulierter Märkte in die Höhe getrieben werden. Unter- und Mangelernährung steigen erneut, insbesondere in den ärmsten Ländern der Welt [2]. Über Jahrzehnte hinweg haben Organisationen wie der Internationale Währungsfonds (IWF), die Welthandelsorganisation (WTO) oder auch die EU sowie weltweit agierende Saatguthersteller diese Länder unter Druck gesetzt, ihre Landwirtschaft zunehmend auf den globalen Export hin auszurichten. Kleinbäuerliche Betriebe, die auf den Eigenanbau und lokale Märkte setzten, wurden so ihrer Existenz beraubt und durch Großkonzerne verdrängt, die auf großflächige Monokulturen und industrielle Landwirtschaft setzen. In der Folge sind diese Länder zunehmend auf Importe angewiesen, um ihre Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Länder Ostafrikas wurden durch den Krieg und die in die Höhe schnellenden Getreidepreise besonders getroffen, da sie rund 90 Prozent ihres Weizens aus Russland und der Ukraine beziehen [3].

Aber auch einkommensschwache Bevölkerungsgruppen im Globalen Norden bekommen die Nahrungsmittelkrise zuneh-

mend zu spüren, weil sie sich die gestiegenen Preise nicht mehr leisten können; so steigt beispielsweise die Anzahl der Menschen, die auf Unterstützung durch gemeinnützige Hilfsorganisationen wie etwa der Tafel angewiesen sind – die wiederum selbst auf Grund der sinkenden Spendenbereitschaft weniger Angebote für Hilfsbedürftige bereitstellen können [4].

Hier stellt sich also die Frage, wie die vielfältigen Ursachen für die massiven Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und deren Verknappung bekämpft werden können.

Im Fokus muss ein grundlegendes Umsteuern der Agrarpolitik und der internationalen Handelspolitik stehen, welches das Ziel der Ernährungssouveränität verstärkt anerkennen und in den Fokus rücken sollte. Auch die EU muss hier Verantwortung übernehmen und ihre Finanzhilfen zum Kampf gegen den Hunger im Globalen Süden aufstocken. Doch das allein reicht nicht. Um die Ursachen des Hungers zu bekämpfen, Abhängigkeiten zu mindern und die Agrar- und Ernährungssysteme dauerhaft resilienter zu gestalten, braucht es ein ganzes Bündel an Maßnahmen – darunter einen entschiedenen Umwelt- und Klimaschutz sowie den Schutz der Menschenrechte entlang der gesamten Lieferkette.

Um die eigene Bevölkerung zu ernähren, kann nicht jedes Land ausschließlich auf regionale Kreisläufe setzen. Wir werden weiterhin in Teilen auf globale Nahrungsmittel-Lieferketten angewiesen sein. Angesichts dessen müssen diese aber nachhaltiger und krisenfest gestaltet werden, und zwar so, dass die lokalen Landwirt:innen davon profitieren. Internationaler Handel mit Lebensmitteln darf hier nur ergänzend wirken und keinesfalls die Strukturen vor Ort zerstören. Agrar- und Ernährungssysteme müssen auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet und unabhängig von der Kontrolle durch Großkonzerne sein, sodass kleinbäuerliche Strukturen wieder möglich werden, der Zugang zu den Weltmärkten allen Landwirt:innen gleichermaßen offensteht und erzielte Gewinne in den Regionen verbleiben.

Nur intakte Ökosysteme können benötigte Rohstoffe bereitstellen und eine gesunde und sichere Ernährung auf Dauer ermöglichen, sowie dem Verlust der biologischen Vielfalt und dem Klimawandel entgegenwirken. Ein wichtiger Beitrag hierzu wäre unter anderem das geplante Renaturierungsgesetz, das durch konservative Kräfte im EU-Parlament versucht wurde zu blockieren. Eine Mehrheit aus linken, sozialdemokratischen und grünen Kräften stimmte aber dafür, sodass nun in einem weiteren Schritt über die endgültige Fassung verhandelt wird. Im geplanten Gesetz enthalten ist die Sanierung von mindestens 20 Prozent der geschädigten Land- und Wasserflächen in der EU bis 2030, darunter auch Agrarflächen. Bis zum Jahr 2050 sollen sich alle renaturierungsbedürftigen Ökosysteme auf dem Weg der Erholung befinden. Dies wäre neben weiteren geplanten und bereits auf den Weg gebrachten Maßnahmen wie der EU-Waldstrategie oder der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ ein entscheidender Schritt, um der

3. Agrarpolitik und das Europäische Parlament

Biodiversitätskrise entgegenzuwirken und die für die EU zum Ziel gesetzte Klimaneutralität bis 2055 zu erreichen.

Die Krisen Covid oder auch Lebensmittelpreisinflation haben vor allem bei den großen Lebensmittelhändlern für massive Übergewinne gesorgt, während ein Teil der Bevölkerung auf Grund der gestiegenen Preise nicht mehr weiß, wie sie sich ernähren sollen. Daher müssen zum einen die Preise für Grundnahrungsmittel stärker reguliert werden, bspw. durch die Einführung von Preisobergrenzen für gesundheitsfördernde Grundnahrungsmittel, wie Gemüse, Obst, Hülsenfrüchte oder Getreide. Hier müssen endlich gemeinschaftlich Regelungen getroffen werden, die für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen gelten und zugleich nicht nur die Bedürfnisse von Staaten im Globalen Norden aufgreifen, sondern auch die der Länder im Globalen Süden ernst nehmen. Zum anderen müssen Übergewinne von Konzernen endlich besteuert werden und das so eingenommene Geld in Klimaschutzmaßnahmen reinvestiert werden.

Zugleich muss die Erzeugung von Nahrungsmitteln diversifiziert und der Aufbau regionaler Märkte und Lieferketten vorangetrieben werden, damit einzelne Staaten nicht mehr fast ausschließlich vom Import an benötigten Grundnahrungsmitteln aus wenigen Staaten abhängig sind. Das gilt sowohl für die EU als auch die Staaten des Globalen Südens.

Um die Störanfälligkeit der Warenzirkulation zu minimieren, muss auch die Diversifizierung der Transportmittel und -wege vorangetrieben werden. Die geschlossenen Häfen während der Covid-Pandemie oder auch die tagelange Blockierung des Suezkanals durch das Containerschiff „Ever Given“ haben deutlich gezeigt, dass der Gütertransport dringend auf die Schiene verlagert werden muss. Dies wäre zugleich ein entscheidender Beitrag zum Klima- und Meeresschutz.

Wenn wir die Versorgung mit Lebensmitteln auf Dauer für alle Menschen gleichermaßen gewährleisten wollen, sind die bisher ergriffenen Maßnahmen bei weitem noch nicht ausreichend. Die EU oder auch die Mitgliedstaaten der UN haben schon einiges auf den Weg gebracht, um Klima und Umwelt sowie Menschenrechte zu schützen und der beschlossenen Klimaneutralität Schritt für Schritt näher zu kommen. Doch die besten EU-Strategien, die UN-Agenda 2030, globale Naturschutzvereinbarungen oder das Pariser Klimaschutzabkommen nutzen nichts, wenn die Umsetzung der Vereinbarungen durch die Mitgliedstaaten scheitert, bzw. wenn Staaten die Klimakatastrophe sogar noch weiter befeuern und es an entsprechenden Sanktionsmechanismen bei Verletzung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards mangelt. Hier muss ein umfassendes EU-Lieferkettengesetz ansetzen und Unternehmen in die Pflicht nehmen, Menschenrechte und Umwelt entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu schützen. Andernfalls müssen sie zur Verantwortung gezogen werden und bspw. entsprechend für die Opfer haften. Die Beweislast darf nicht bei den Kläger:innen liegen, da dies eine enorme Hürde für diejenigen darstellt, die von Men-

schenrechtsverletzungen durch europäische Unternehmen direkt betroffen sind. Es darf keine Ausnahmen mehr geben. Auf allen Ebenen, von der Kommune bis zur EU und auch global, ist entschiedenes Handeln dringend notwendig – der Kampf gegen die Klimakatastrophe duldet keinen Aufschub und erfordert verbindliche Regelungen bei der Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechten!

„...der Kampf gegen die Klimakatastrophe duldet keinen Aufschub...“

[1] <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/how-the-russian-invasion-of-ukraine-has-further-aggravated-the-global-food-crisis/>

[2] <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/landwirtschaft-fischerei/Unterernaehrung.html>

[3] <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/ostafrika-28-millionen-menschen-extremem-hunger-bedroht>

[4] https://www.diw.de/de/diw_01.c.854965.de/tafeln_in_deutschland__rund_1_1_millionen_nutzerinnen_im_jahr_2020__vor_allem_alleinerziehende.html

4.1. Friederike Schmitz:

Gerechte Transformation

Gekürzter Textauszug aus „Anders Satt. Wie der Ausstieg aus der Tierindustrie gelingt.“ Ventil Verlag, 2022

Ein neuer Gesellschaftsvertrag für die Landwirtschaft?

»Die Art, wie wir Bauern heute wirtschaften, wird vom Staat gefördert«, sagt Johannes Graef aus Bad Windsheim in Mittelfranken, als ich ihn und seine Frau Maike im Mai 2022 auf ihrem Hof besuche. Im Jahr 2011 hat Johannes den Hof als Schweinemastbetrieb mit 100 Hektar Ackerland von seinen Eltern übernommen. »Ich bin Landwirtschaftsmeister. Dafür habe ich eine staatliche Ausbildung gemacht, die wurde von Steuergeldern bezahlt. Die Schweineställe, die mein Vater gebaut hat, wurden damals mit 40 Prozent vom Staat gefördert – und die Förderregeln gibt es heute noch. Es ist also immer noch politisch gewünscht, dass wir Schweine auf diese Weise halten und günstig Fleisch produzieren. Deshalb fällt es uns so schwer zu sagen, wir machen jetzt einfach alles anders.« Trotzdem hat Johannes genau das getan. Nachdem er sechs Jahre lang die Schweinemast mit 1.700 Tieren weiter betrieben hatte, fiel 2016 die Entscheidung, die Ställe stillzulegen. »Ich habe sehr hart gearbeitet, hatte keine Zeit für meine Familie, war nie im Urlaub. Finanziell war es schwierig, und von der Gesellschaft wird man nur kritisiert. Ich hätte investieren müssen, um weiterzumachen, und das wollte ich nicht. Außerdem hat mich das Produkt, das ich hergestellt habe, das billige Fleisch, gar nicht zufrieden gemacht.«

Finanziell sei es eine dumme Entscheidung gewesen, mit der Schweinemast aufzuhören. Denn die Ställe, die der Vater gebaut hatte, waren noch nicht abbezahlt. Noch immer müssen die Graefs jedes Jahr 30.000 Euro an die Bank bezahlen. Trotzdem bereuen sie die Entscheidung nicht. Sie war der erste Schritt in einem langen Wandlungsprozess. Heute heißt der Hof von Maike und Johannes die »Krachmachermühle« und es leben wieder Schweine dort – allerdings nur ein paar wenige. Als ich zu Besuch bin, sind es fünf. Vier von ihnen wurden als Ferkel aus konventionellen Mast- und Zuchtanlagen gerettet. Hier spielen sie in einem Außengehege. Die Graefs kennen von jedem die individuellen Eigenschaften. »Fred zum Beispiel ist total sanftmütig und ruhig, er ist eher der Beobachter«, sagt Maike. »Fridolin ist unser Spaßvogel und Frida ist die Chefin der ganzen Gang.« Im benachbarten Gehege lebt der ehemalige Zuchteber Hans-Willi – ein Riese von 400 Kilogramm, der zugleich viel ruhiger und sanftmütiger erscheint als die vier jüngeren Schweine nebenan. Außerdem wohnen zwei ehemalige Masthühner und mehrere Enten auf der Krachmachermühle. Geschlachtet wird hier niemand mehr. Stattdessen wird die Versorgung der Tiere über Patenschaften finanziert.

»Unsere geretteten Tiere sind Botschafter«, sagt Maike Graef, die sich um die Tiere kümmert und die Öffentlichkeitsarbeit für die Krachmachermühle über die Social-Media-Plattform

Instagram betreibt. »Ich habe mich zum Beispiel total gefreut, als der Kindergarten die Patenschaft für Hans-Willi übernommen hat. Die kommen jetzt alle zwei Wochen für einen Vormittag vorbei und lernen hier jedes Mal etwas anderes: Einmal haben sie erfahren, was Schweine für Bedürfnisse haben und wie sie normalerweise leben müssen, ein andermal konnten sie ein Hochbeet mit Gemüse bepflanzen und bei ihrem nächsten Besuch wollen wir Wildkräuter sammeln. Es ist uns ein sehr wichtiges Anliegen, Bewusstsein zu schaffen dafür, wo Lebensmittel herkommen.« Landwirt Johannes Graef lehnt die Nutzung von Tieren für die Produktion von Fleisch, Milch oder Eiern nicht grundsätzlich ab – aber sein Blick hat sich verändert: »Als unsere jetzigen Schweine noch klein waren, haben sie bei uns im Haus gelebt. Ich bin öfter mit ihnen raus. Und alle haben sofort angefangen zu graben. Das ist ein absoluter Urinstinkt bei Schweinen. Da sind mir tatsächlich manchmal die Tränen gekommen, wenn ich daran gedacht habe, dass ich meinen Mastschweinen das jahrelang einfach genommen habe.« Zugleich tut Johannes Graef sich noch etwas schwer mit der Idee, dass die geretteten Tiere über Patenschaften und Spenden finanziert werden. »Ich will eigentlich keine Spenden bekommen, das passt nicht zu meinem Leistungsdenken.« Er verdient heute sein Geld vor allem als Angestellter einer landwirtschaftlichen Steuerberatung – die Ausbildung hat er gemacht, nachdem er die Schweinemast aufgegeben hatte. Außerdem bewirtschaftet er noch die 100 Hektar Ackerland. Auch dabei hat er neue Wege eingeschlagen: »Ich beschäftige mich mit regenerativer Landwirtschaft, mit dem Aufbau von Bodenleben«, sagt Johannes. »In der aktuellen Praxis der Landwirtschaft läuft viel schief. Ich versuche Dinge anders zu machen.« Dazu gehört für ihn auch, auf seinen Flächen, die lange primär zum Anbau von Futtermitteln dienten, mehr Nahrungsmittel direkt für Menschen zu erzeugen. »Dieses Jahr baue ich zum Beispiel Linsen an, später möchte ich Popcornmais machen, Amaranth, Quinoa, Lein und Hafer – ich habe Lust Verschiedenes auszuprobieren. Aber ob ich dafür auch genug Abnehmer finde, wird sich erst noch zeigen.« Wie kam es zu der Veränderung? Seitdem die Graefs die Schweinemast aufgegeben hatten, waren sie auf der Suche nach einem stimmigen Gesamtkonzept für den Hof. Maike ist gelernte Buchhändlerin, kümmerte sich aber zunächst vor allem um die beiden kleinen Töchter, während Johannes seinem Bürojob und dem Ackerbau nachging. Dann lernten die beiden im Herbst 2020 eine Familie kennen, die etwa 40 Kilometer südlich von Bad Windsheim einen veganen Lebenshofs betreibt. Sie kamen ins Gespräch und tauschten schon bald Ideen aus. Darüber trafen Maike und Johannes außerdem den Agrarökonom Timo Geuß, der sich im Verein »Begleitung zur veganen Landwirtschaft e.V.« engagiert. Dieser Verein berät Tierhalter*innen, die ihren Betrieb so umstellen wollen, dass keine Tiere mehr geschlachtet werden. »Timo Geuß hat vorgeschlagen, ich könnte doch Linsen anbauen«, sagt Johannes. »Damit hat er mir einen Floh ins Ohr gesetzt.« Entscheidend sei bei den Kontakten die offene Kommunikation gewesen. Sonst gebe es oft viele Feindbilder und Vorurteile zwischen Tierhaltern und Veganern. »Aber sie kamen uns mit Verständnis entgegen und zogen mit uns an einem Strang«, sagt Maike Graef. [...]

4. Agrarwende JETZT!

Wenn ein Hof aus der Tierhaltung aussteigt und sich zu einer nachhaltigen Landwirtschaft ohne sogenannte »Nutztiere« weiterentwickelt, gibt es dafür sogar schon einen Namen: TransFARMation. Erfunden hat den Namen die schweizerische Tierrechtlerin und Landwirtin Sarah Heiligtag. »Immer mehr Tierhalter suchen nach Alternativen«, erzählt sie mir bei einem Online-Gespräch. »Sie wollen das nicht mehr machen –den Kühen die Kälber wegnehmen, die Tiere zum Schlachter schicken. Sie sehen auch, dass diese Art mit Tieren umzugehen nicht zukunftsfähig ist.« [...] Dafür sei aber neben dem Engagement von Einzelnen dringend nötig, dass es bessere Anreize und Förderungsmöglichkeiten gebe für die umstiegswilligen Tierhalter*innen. Das lässt sich auf Deutschland übertragen. »Zwar gibt es auch hier, zumindest für kleinere Betriebe, theoretisch immer die Option aus der Tierhaltung auszusteigen«, sagt Timo Geuß, der den Verein »Begleitung zur veganen Landwirtschaft« gegründet hat. Zuvor hatte er Ökolandbau studiert und ein halbes Jahr auf Hof Narr gearbeitet. »Viele Tierhalter denken aber nicht daran, dass es auch anders gehen könnte.« Oft braucht es persönliche Bekanntschaften und Gespräche, bevor Bäuerinnen und Bauern ernsthaft erwägen, einen anderen Weg einzuschlagen – so wie bei den Graefs aus Bad Windsheim. »Und dann kostet es viel Mut und Energie, einen landwirtschaftlichen Betrieb umzubauen«, erklärt Timo. Auch Johannes Graef ist davon überzeugt, dass viele Tierhalter*innen aussteigen oder die Tierhaltung zumindest reduzieren würden, wenn sie echte Alternativen sähen. »Du bist aber gefangen in dem System. Du hast investiert und musst die Schulden abbezahlen. Tierställe werden auf 20 oder 25 Jahre geplant, so lange müssen sie weiterlaufen, wenn man nicht auf den Schulden sitzen bleiben will.« Es gibt auch ganz praktische Schwierigkeiten dabei, neue Einnahmequellen zu finden: »Das Problem ist die Vermarktung«, sagt Johannes.

»Auf meinen Böden kann ich Linsen sehr gut anbauen, das haben hier in der Gegend früher alle gemacht, auch mein Urgroßvater. Heute bin ich der Einzige, der das probiert. Die Linsen, die hierzulande gegessen werden, sind fast alle importiert zum Beispiel aus Kanada oder der Türkei. Ich habe 40 Leute angerufen, um jemanden zu finden, der mir Linsen abkaufen will. Erst mit dem 41. konnte ich etwas verabreden.« Die Linsen sollen jetzt über einen Online-Shop und einen Unverpackt-Laden vertrieben werden. Ob genug Leute den höheren Preis für die heimische Produktion bezahlen, wird sich erst zeigen. »Wenn ich Weizen als Schweinefutter anbaue, ist das etwas ganz anderes«, erzählt Johannes. »Dann rufe ich da drüben den Bauern an und frage, nimmst du 40 Tonnen von mir, und wenn der ja sagt, ist das erledigt. Und wenn er nein sagt, rufe ich die Bäuerin um die Ecke an. Das ist einfach und sicher.« Für die Vermarktung von Lebensmitteln für Menschen fehlen dagegen vielfach regionale Verarbeitungsstrukturen. »Die Mühle hier in der Nähe wird jetzt geschlossen. Die müsste jemand kaufen und dann mit den Bauern in der Umgebung zusammenarbeiten, um deren Erzeugnisse zu vertreiben«, erzählt Johannes. Eine Direktvermarktung zum Beispiel über einen Hofladen sei dagegen sehr

aufwändig, dafür hätte kaum jemand Zeit, auch er nicht: »Ich bin Bauer, kein Müller, kein Verarbeiter, kein Einzelhändler.« Johannes arbeitet noch immer fast zwei Vollzeitjobs, tagsüber macht er die Steuerberatung und abends und am Wochenende den Ackerbau. Maike Graef absolviert neben dem Einsatz für die Krachmachermühle eine Ausbildung zur Heilpraktikerin für Psychotherapie, zugleich hat sie immer wieder mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. Es bleibt für die Familie eine große Herausforderung, die Schulden und laufenden Kosten zu bezahlen und alle Projekte unter einen Hut zu kriegen. Ob und wie weit Maike und Johannes die Krachmachermühle in die Richtung eines veganen Betriebs bewegen werden, der auch die Tierrechtsidee klar nach außen vertritt, wird sich erst noch zeigen. In jedem Fall blicken die beiden mit großer Hoffnung und Enthusiasmus auf die Zukunft ihres Hofes. Johannes betont immer wieder, dass auch viele andere Landwirte bereit wären, anders zu wirtschaften – wenn es entsprechende Anreize gäbe, also wenn die jeweiligen Leistungen nachgefragt und bezahlt würden. »Es hat ja niemand total Spaß daran, mehrere tausend Schweine zu halten oder mit der großen Güllespritze übers Feld zu fahren. Das wird gemacht, weil es sich so rechnet.« Johannes hat recht. Und eine wirklich andere Landwirtschaft ist nur möglich, wenn sich dieses System ändert. Denn so inspirierend die Geschichten von Menschen wie Johannes und Maike sind, die aufgrund eigener Motivation ihren landwirtschaftlichen Betrieb umkrepeln – das geht nicht für alle. Viele Schweinemastbetriebe mit mehreren tausend Schweinen oder große Hühnerfabriken, zumal wenn sie über wenig eigenes Land verfügen, können sich kaum aus eigener Kraft zum Getreide- oder Gemüsehof wandeln. Und es gibt natürlich noch genug, die das bislang gar nicht wollen – die vielleicht mit ihrer konkreten Situation unzufrieden sind, aber gern weiter Tiere halten und schlachten lassen wollen. Ein neuer Gesellschaftsvertrag für die Landwirtschaft? Für Johannes Graefs Entscheidung, die Schweinemast aufzugeben, spielten finanzielle Gründe eine wichtige Rolle – es lohnte sich nicht mehr. Die wirtschaftliche Lage vieler Tierhaltungsbetriebe ist heute äußerst prekär: Nicht nur der Milchpreis ist seit langem im Keller. Schon seit Jahrzehnten gilt in der Landwirtschaft die Devise »Wachsen oder Weichen«: Kleinere Betriebe müssen sich vergrößern und immer effizienter wirtschaften, um weiter konkurrenzfähig zu sein – oder aufhören. Immer mehr entscheiden sich für das Aufhören. Seit der Jahrtausendwende hat sich die Zahl der Höfe in Deutschland etwa halbiert [1]. Die Zahl der tierhaltenden Betriebe ist allein zwischen 2010 und 2020 in Deutschland um 22 Prozent gesunken. Wie Johannes Graef haben in diesem Zeitraum um die 47.000 Tierhalter*innen das Geschäft mit Tieren beendet [2]. Die Zahl der Tiere, die für Fleisch, Milch und Eier gehalten werden, ist allerdings nicht entsprechend gesunken, im Falle der Hühner hat sie sogar zugenommen. Es gibt also deutlich weniger, dafür aber größere Betriebe. Dieser Prozess lässt sich zum einen durch Globalisierung und Wettbewerb erklären: Futter- und Nahrungsmittel werden international gehandelt, die Betriebe konkurrieren miteinander und sind von Weltmarktpreisen

abhängig. Dadurch stehen sie ständig unter dem Druck weiterer Produktivitätssteigerungen und sind zugleich anfällig für Krisen: Als zum Beispiel China im Jahr 2020 wegen der Schweinepest einen Importstopp für deutsches Schweinefleisch verhängte, stürzten die Preise ab – Betriebe ohne finanzielle Polster konnten sich nicht halten. Dieser wirtschaftliche Druck beförderte technologische und organisatorische Entwicklungen: Durch sie wurde die Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten immer »effizienter« in dem Sinne, dass immer mehr Lebensmittel mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft erzeugt werden können. Im Ackerbau werden große Maschinen eingesetzt und Inputs wie Düngemittel und Pestizide sichern hohe Ernten. Moderne Tierställe sind stark technisierte Anlagen, in denen Tierzucht und Tiermedizin für hohe »Leistungen« sorgen – trotz der für die Tiere extrem leidvollen Bedingungen. Eine Arbeitskraft in der Landwirtschaft ernährt auf diese Weise heute rechnerisch 140 Menschen, während es im Jahr 1949 nur zehn Menschen waren[3]. Dieser Wandel in der Landwirtschaft wurde aber auch politisch gefördert. Es fließen jedes Jahr immense Subventionen in die Branche. Und gerade Investitionen in große Ställe ebenso wie in schwere Maschinen und Gülletechnik bekamen und bekommen massive staatliche Zuschüsse. Zugleich muss man sich solche Investitionen erst mal leisten können, was große Betriebe bereits bevorteilt. Außerdem entsteht so eine gewisse Festlegung und Pfadabhängigkeit: Betriebe spezialisieren sich auf bestimmte Sparten, in denen sich die Investitionen rechnen müssen, und können daher weniger flexibel auf veränderte Bedingungen reagieren. Die Entwicklung hat insgesamt durchaus bedeutende Vorteile gehabt: Heute ist eine große Menge und Vielfalt an Nahrungsmitteln vergleichsweise günstig verfügbar. Insbesondere deutsche Verbraucher*innen profitieren von sehr niedrigen Lebensmittelpreisen – nur 11 bis 12 Prozent des Haushaltseinkommens wird für die tägliche Ernährung ausgegeben[4]. Aber wie wir gesehen haben, werden die wahren Kosten anderswo als an der Supermarktkasse bezahlt: Tierleid, Artensterben, Klimakatastrophe, Gesundheitsgefahren und neokoloniale Ausbeutung sind alle mit dem aktuellen System der Landwirtschaft direkt verbunden. Und auch für viele Landwirtinnen und Landwirte hat sich die Situation in den letzten Jahren eher verschlechtert – wenn sie ihre Betriebe nicht schon verkauft haben, stehen sie unter hohem wirtschaftlichen Druck bis hin zur Existenzangst. Das gilt allerdings offensichtlich nicht für alle: Viele große Agrarbetriebe verdienen weiterhin gut. Außerdem gibt es zahlreiche Profiteure der Entwicklung im direkten Umfeld der Landwirtschaft: Die Fleischkonzerne zum Beispiel. Der Chef des Schlachtunternehmens Tönnies, Clemens Tönnies, verfügt Schätzungen zufolge über ein Vermögen von ca. 1,5 Milliarden Euro [5]. Oder nehmen wir die Brüder Paul-Heinz und Erich Wesjohann: Der eine hat den Konzern hinter der Marke Wiesenhof mit aufgebaut, der andere einen global agierenden Geflügelzuchtkonzern. Zusammen besitzen sie mit ihren Familien schätzungsweise 11,4 Milliarden Euro [6]. Zu denjenigen, die vom aktuellen Agrarsystem profitieren, gehören außerdem die Unternehmen, die Agrarchemikalien

und Maschinen produzieren, ebenso wie die großen Lebensmittelkonzerne und Supermarktketten. Durch die Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel können letztere den Landwirt*innen geringe Preise zahlen, aber selbst gut verdienen. Der Gründer von Lidl zum Beispiel führt mit einem Vermögen von über 50 Milliarden Euro die Liste der reichsten Deutschen an, auf den oberen Plätzen finden sich außerdem die Chefs von Aldi [7]. Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten oder gerne arbeiten würden, haben dagegen nicht nur mit niedrigen Preisen zu kämpfen. Ein weiteres Problem liegt im Zugang zu Land. Landwirtschaftliche Flächen werden immer knapper und teurer – zum einen, weil immer mehr Flächen versiegelt werden: Für Straßen- und Siedlungsbau verschwinden im Schnitt jeden Tag 60 Hektar Boden unter Stein und Beton, das ist so viel wie ein durchschnittlicher Agrarbetrieb. Außerdem fungiert Land zunehmend als interessantes Anlageobjekt, das Investoren erwerben und damit den Preis nach oben treiben. Junge Landwirt*innen, die einen eigenen Betrieb aufbauen wollen, können sich das benötigte Land nicht leisten – bzw. sie müssen sich hoch verschulden und dann möglichst effizient im rein wirtschaftlichen Sinne arbeiten, um die Schulden zurückzahlen zu können. Nicht zuletzt macht vielen Bäuerinnen und Bauern die zunehmende Kritik aus der Gesellschaft zu schaffen. Wer sich für die eigene Arbeit nicht wertgeschätzt fühlt, hat auch weniger Motivation weiterzumachen. Eine Umfrage ergab im Jahr 2019, dass ein Drittel der Schweinehalter*innen ihren Betrieb aufgeben wollen. Als Hauptgrund wurde dabei neben der fehlenden wirtschaftlichen Perspektive die »gesellschaftliche Stimmung« genannt [8]. Die grundlegende Verunsicherung in der Landwirtschaft ist bei vielen Gelegenheiten deutlich zu spüren – ebenso wie die Unzufriedenheit. Wenn ich mit Landwirt*innen diskutiere, erlebe ich das immer wieder: Viele sind richtig sauer, weil sie viel arbeiten, dabei oft vergleichsweise wenig Geld verdienen und zugleich das Gefühl haben, von allen Seiten nur beschimpft und drangsalieren zu werden. Und als Drangsalierung empfinden sie dabei oft auch die Tierschutz- und Umweltauflagen, unter anderem wegen der damit verbundenen Bürokratie – der Aufwand, den Landwirt*innen mit Formularen, Anträgen und Dokumentationen betreiben müssen, ist tatsächlich immens.[...] Vor diesem Hintergrund ist immer wieder davon die Rede, dass es einen »neuen Gesellschaftsvertrag mit der Landwirtschaft« brauche: Eine Strategie, um die Interessen der Landwirt*innen mit den Erwartungen der Gesellschaft in Einklang zu bringen – also dafür zu sorgen, dass Landwirt*innen von ihrer Arbeit gut leben können, dafür wertgeschätzt werden und dabei genau die Leistungen im Hinblick auf Klima-, Umwelt- und Tierschutz erbringen, die von der Gesellschaft zu Recht eingefordert werden [9]. Aus meiner Sicht ist die Grundidee dabei genau richtig. Das Problem besteht nur darin, dass in den öffentlichen Debatten oft nicht anerkannt wird, wie fundamental die Änderungen sein müssen: Viele Menschen in Politik, Parteien, NGOs und auch in den Agrarverbänden tun so, als würde es ausreichen, die Tierhaltung zu etwas mehr »Tierwohl« umzubauen und den Fleischkonsum in moderatem Maße zu verringern. Ich habe

4. Agrarwende JETZT!

stattdessen dafür argumentiert, dass wir den realen Herausforderungen nur gerecht werden, wenn wir einen umfassenden Ausstieg aus der Tierindustrie organisieren. Und das bedeutet, die aktuelle Landwirtschaft nicht nur ein bisschen anzupassen, sondern komplett umzukrempeln: Heute halten über 60 Prozent aller Agrarbetriebe in Deutschland Tiere und ebenfalls mehr als 60 Prozent der Erlöse aus der Landwirtschaft stammen aus der Nutztierhaltung und dem Anbau von Futtermitteln [10]. Die allermeisten Betriebe sind in der einen oder anderen Weise wirtschaftlich von der Tierhaltung abhängig – auch die reinen Ackerbauern bauen regelmäßig Futtermittel an. Es ist auch deshalb offensichtlich keine Option, die Transformation ohne oder gar gegen die Bäuerinnen und Bauern umzusetzen: Das wäre nicht nur unfair, sondern auch unklug, da wir ja auf ihre Betriebe, Flächen und auch ihr Wissen und ihre Fähigkeiten weiterhin angewiesen sind. Was es in dieser Situation braucht, ist ein »gerechter Übergang«: Dieses Konzept, auf Englisch A Just Transition, stammt aus der Klimapolitik. Bislang wird es vor allem auf andere Wirtschaftsbereiche angewandt.

Die Juristin Dr. Charlotte Blattner aus der Schweiz hat einen Aufsatz veröffentlicht, in dem sie fordert, das Konzept auf die Landwirtschaft zu übertragen [11]. Darüber habe ich mit ihr gesprochen. »Wenn Kohlekraftwerke abgeschaltet werden, verlieren Kohlearbeiter*innen ihre Arbeit und ganze Regionen sind von sinkenden Steuereinnahmen, Verfall der Infrastruktur und der lokalen Dienstleistungen bedroht«, sagt Blattner. »Just Transition ist eine Antwort auf diese Herausforderungen. Man erkennt an, dass ein Wandel zu einer klimafreundlichen Wirtschaft unvermeidbar ist, aber man will dabei die Arbeiter*innen unterstützen, die von der ökonomischen Umstrukturierung betroffen sind.« Das Konzept beruht im Kern auf der Idee, dass man die Lasten von ökonomischen Transformationen nicht denjenigen Individuen und Gemeinschaften aufbürden darf, die zuvor der restlichen Bevölkerung wertvolle Dienste geleistet, also zum Beispiel Kohle gefördert haben. Stattdessen liegt es in der Verantwortung der Bevölkerung als ganzer, einen gerechten Übergang zu gewährleisten. Und das gilt eben nicht nur für die Kohle- und Bergbau-Industrie. »Wenn wir eine klimaneutrale Welt erreichen wollen, müssen auch andere Bereiche transformiert werden – darunter die Landwirtschaft«, sagt Blattner. Dabei sei die Tierhaltung »die neue Kohle«, weil sie ähnlich klimaschädlich ist. »Es muss daher analog anerkannt werden, dass ein Ausstieg aus der Tierhaltung notwendig ist, und dann gilt es, diesen gerecht zu gestalten.« [...] Es muss darum gehen, eine ernsthaft klimafreundliche, ethisch vertretbare, gesundheitsförderliche Landwirtschaft zu erreichen, und das funktioniert nur ohne Tierindustrie. Wir als Gesellschaft haben die Verpflichtung, dafür faire Bedingungen zu schaffen. Die Landwirt*innen ihrerseits müssen sich auf die Veränderungen einlassen – und im Rahmen einer gerechten Transformation zum Wohle aller kann das von ihnen durchaus verlangt werden. Ähnlich wie der Kohleausstieg könnte der Ausstieg aus der Tierindustrie einem klaren Schritt-für-Schritt-Plan folgen. Die Bundesregierung würde dafür zeitlich gestaffelte Reduktionsziele für die

Tierzahlen festlegen, die mit sinnvollen Zielen zur Ernährungswende korrespondieren. So könnte sie beispielsweise vorsehen, die Tierbestände innerhalb von fünf Jahren um 30 Prozent, innerhalb von zehn Jahren um 70 Prozent und innerhalb von fünfzehn Jahren um 95 Prozent zu reduzieren. Um eine solche Transformation umzusetzen, braucht es eine geeignete Kombination aus verschiedenen Maßnahmen.

Entschädigungen, Entschuldung und Umstiegshilfen

[...] Unser Nachbarland zeigt aber [...] Angeboten Ansätze dafür auf, wie die Tierzahlen auch in Deutschland schnell und deutlich reduziert werden könnten, wenn der politische Wille dafür vorhanden wäre. Tatsächlich ist das Interesse an Ausstiegs- und Entschädigungsprogrammen hierzulande groß. Die Universität Kiel hat untersucht, ob und unter welchen Bedingungen Schweinehalter*innen in Deutschland sich an einem solchen Programm beteiligen würden. Das erstaunliche Ergebnis: 60 Prozent wären zu einem bezahlten Ausstieg bereit [12]. Allerdings hängt die Bereitschaft auch von den genauen Bedingungen ab, die also attraktiv gestaltet werden müssten. Außerdem sind größere Betriebe mit viel Fläche und hohen Tierzahlen tendenziell weniger interessiert. Daher besteht die Gefahr, dass ein Entschädigungsprogramm für sich genommen den ohnehin laufenden Strukturwandel verschärfen könnte: Die kleinen Betriebe, die sowieso in wenigen Jahren aufgeben würden, lassen sich ihren Ausstieg bezahlen, während die großen Tierfabriken weitermachen oder sich sogar noch vergrößern könnten. Um das zu verhindern, könnte man wie die Niederlande begrenzte Produktionsrechte einführen, die mit jedem Ausstieg verringert werden. Weil nicht wenige Tierbetriebe heute Ställe nutzen, deren frühere Investitionskosten noch gar nicht abbezahlt sind, müssten dafür Entschuldungsprogramme aufgesetzt werden. Heute zwingt der Staat umgekehrt Tierhalter praktisch dazu, weiterzumachen – eine Geschichte darüber hat mir Johannes Graef von der Krachmachermühle erzählt: Ein Landwirtschaftskollege von ihm verstarb tragisch mit Mitte zwanzig bei einem Arbeitsunfall. Zwei Jahre zuvor hatte seine Familie einen neuen Schweinestall gebaut und dafür mehrere hunderttausend Euro staatliche Förderung erhalten. Nach dem Tod des jungen Mannes wollte der Vater die Schweinehaltung beenden – konnte das aber nicht tun, weil er dann dieses Geld an den Staat hätte zurückzahlen müssen. Denn die Förderungsregeln schreiben vor, dass die bezuschussten Ställe mindestens zehn Jahre betrieben werden müssen. So war der Vater gezwungen, weitere acht Jahre lang Schweine zu mästen. Sinnvoll wäre auch, in Rahmen der neuen Programme nicht nur reine Stilllegungsprämien zu vergeben, sondern wenn möglich Bäuerinnen und Bauern dabei zu unterstützen, auf die Produktion von pflanzlichen Nahrungsmitteln einerseits oder Naturschutz andererseits umzusteigen, sofern sie über entsprechende Flächen verfügen. Je nach Vorhaben können dabei auch die bestehenden Ställe weitergenutzt werden: Ein ehemaliger Schweinemäster in Ostfriesland hat zum Bei-

spiel schon 2020 seinen Schweinestall umgebaut, um dort Edelpilze auf Substrat zu züchten. Er hatte dafür finanzielle Gründe: Eine Futtermittelvergiftung tötete seine Schweine und er konnte es sich nicht leisten, neue anzuschaffen. Mit den Pilzen lebt er nun aber besser als zuvor von den Schweinen – auch wenn er viel Neues dazulernen und Vermarktung und Verkauf selbst aufbauen musste [13]. Wenn viel mehr Tierhalter*innen ihre Betriebe umgestalten sollen, braucht es spezifische, vielfältige Programme sowie gute und kostenlose Beratungs- und Schulungsangebote für die unterschiedlichen Möglichkeiten. Natürlich müssen auch die landwirtschaftliche Ausbildung und die Studiengänge so schnell wie möglich entsprechend ergänzt und bald komplett umgestellt werden. Der Neubau von Tieranlagen müsste umgekehrt komplett unterbunden werden. Wie bereits erwähnt gibt es dafür heute ja sogar noch Zuschüsse und Förderkredite. Das muss nicht nur aufhören, sondern es darf auch der Umbau bestehender Anlagen nicht weiter finanziell unterstützt werden – auch nicht, wenn es dabei um vermeintliche »Tierwohl«-Ställe geht, wie es zum Beispiel die Borchert-Kommission empfiehlt (siehe Buch S. 66). Es macht auch dann keinen Sinn, Umbauten zu fördern, wenn diese eine leichte Verringerung der Tierzahlen mit sich bringen. Denn auch dabei geht es um Investitionen, die sich nur lohnen, wenn die neuen Ställe noch mehrere Jahrzehnte weiterlaufen. Ein Stall mit 1.500 Schweinen ist zwar besser als einer mit 2.000, aber auch der mit 1.500 ist ethisch und ökologisch unvertretbar. Eine Mastanlage für Hühner bedeutet auch bei etwas geringerer Belegung Tierquälerei und Gesundheitsrisiken. Für einen drastischen Abbau der Tierbestände in kurzer Zeit müssen schon in den nächsten Jahren sehr viele Ställe geschlossen, nicht nur verkleinert werden. Und ich halte es sogar für unfair, mit Förderprogrammen für »Tierwohl«-Ställe jetzt Anreize dafür zu schaffen, dass Landwirt*innen noch mal in die Tierhaltung investieren, obwohl dieser Bereich längst nicht mehr zukunftsfähig ist und jederzeit von gesellschaftlichen Entwicklungen überholt werden kann. Entschuldungs- und Entschädigungsprogramme können einzelnen Betrieben den Ausstieg erleichtern. Daneben müssen sich die Anreizstrukturen und Vorschriften umfassend verändern, um tierhaltungsfreie Formen der Landwirtschaft attraktiver zu machen und Tierfabriken rasch auslaufen zu lassen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Umschichtung von Subventionen.

[1] Schneidewind, U. (2019). Die Große Transformation, Fischer Verlag, S. 256.

[2] Deter, A. (2021). Seit 2010 haben 47.300 Tierhalter aufgegeben!, auf topagrar online.

[3] Deter, A. (2021). Ein Landwirt ernährt heute 137 Personen, auf topagrar online.

[4] Schneidewind (2019). Die Große Transformation, Fischer Verlag, S. 256.

[5] Forbes (2022). Clemens Toennies. Verfügbar via www.friederikeschmitz.de/AS/415

[6] Bakir, D. (2021). Kim Kardashian und Co: Wer jetzt alles Milliardär ist – und wo Donald Trump landet, auf Stern.

[7] Statista (2022). Die 25 reichsten Deutschen im Jahr 2022 nach Vermögen.

[8] Polke, F. (2019). Immer mehr Betriebe denken ans Aufhören, auf Westfälische Nachrichten.

[9] Siehe z. B.: Lehmann, N. (2020). 10-Punkte-Plan für einen Gesellschaftsvertrag mit der Landwirtschaft, auf agrarheute.

[10] Gemeinsam gegen die Tierindustrie (2021). Milliarden für die Tierindustrie. Wie der Staat öffentliche Gelder in eine zerstörerische Branche leitet, S. 20–23.

[11] Blattner, C. (2020). Just Transition for Agriculture? A Critical Step in Tackling Climate Change. Journal of Agriculture, Food Systems, and Community Development 9 (3).

[12] Schröder, D. et al. (2021). Bezahlter Ausstieg aus der Schweinehaltung: Raus aus der Sackgasse? Verfügbar via www.friederikeschmitz.de/AS/427

[13] Pahlke, M. (2022). Einkommensalternative: Pilze anbauen statt Schweine mästen, auf agrarheute.

4. Agrarwende JETZT!

4.2. Alina Gieseke:

Der biozyklisch-vegane Anbau - für die Transformation des Ernährungssystems

„Mein Gemüse braucht Tiere“ hört man dieser Tage regelmäßig vom grünen Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Deutsche Presse-Agentur, 2022). Und auch große Teile der Biobewegung in Deutschland propagieren immer wieder, dass sogenannte Nutztiere – allen voran Wiederkäuer, wie Kühe – für eine gelingende ökologische Landwirtschaft unerlässlich seien. Schließlich würde sich der Nährstoffkreislauf nur über die Düngung mit Gülle und Mist schließen lassen.

Dies ist ein Trugschluss. Denn zum einen sind innerbetriebliche Nährstoffkreisläufe in der Landwirtschaft nie wirklich geschlossen, da (nährstoffreiche) Produkte ver- und Düngemittel zugekauft werden (Hülsbergen et al., 2019) und auch die menschlichen Ausscheidungen derzeit nicht als Teil des Kreislaufs genutzt werden. Und zum anderen stammen die Nährstoffe, die über die tierischen Exkremente auf Äcker und Beete ausgebracht werden, aus dem Boden und sind erst über die Futterpflanzen in die Tiere gelangt. Tiere erzeugen

also keine neuen Nährstoffe, sondern scheiden manche von ihnen lediglich am Ende des Verdauungsvorgangs wieder aus. Und auch die zur Düngung benutzten Schlachtabfälle, wie Hornspäne, Feder- oder Borstenmehl, enthalten einzig und allein die aus den Pflanzen gewonnenen und in den Körpern der Tiere umgewandelten und eingebauten Nährstoffe aus dem Boden. Insofern ist es logisch, dass der Nährstoffkreislauf auch ohne diesen Umweg über Tiere und somit rein pflanzlich gut funktionieren kann.

Im biozyklisch-vegane Anbau, einer kontrollier- und zertifizierbaren Form des veganen Ökolandbaus, wird die Nutzung und Schlachtung sogenannter Nutztiere kategorisch ausgeschlossen, und auch der Einsatz von Düngemitteln tierischen Ursprungs ist nicht erlaubt. Stattdessen wird neben einem gelungenen Management der Fruchtfolge vor allem auf Leguminosen, auch Hülsenfrüchte genannt, gesetzt. Im Ökolandbau ist dies meist eine Mischung aus Klee

(Leguminose) und Gräsern, aber auch Erbsen, Linsen und Bohnen zählen dazu. Die meisten Vertreter dieser Pflanzenfamilie besitzen nämlich die wertvolle Eigenschaft, mithilfe von im Boden lebenden Bakterien Stickstoff aus der Luft binden und nutzen zu können. Eine zusätzliche Düngung mit Stickstoff ist hier also nicht nötig. Auch die nachfolgende Kultur kann in den meisten Fällen von diesem Stickstoff mitversorgt werden. Im Fall von Klee gras ergibt sich überdies die Möglichkeit, die Schnitte als sogenannten Transfermulch von einem Geberfeld auf ein Nehmerfeld zu übertragen und somit das Schnittgut selbst als Dünger zu verwenden. Darüber hinaus gibt es, je nach Betrieb, viele weitere Arten, die bedarfsgerechte Versorgung mit Nährstoffen sicherzustellen. Dies beinhaltet unter anderem Kompost, Biozyklische Humuserde, Gärreste aus pflanzlichem Biogassubstrat, Reste aus der Lebensmittelverarbeitung wie Trester und Kartoffelfruchtwasser sowie vegane Zukaufdünger aus dem Fachhandel.

Der biozyklisch-vegane Anbau vermeidet durch seine Kombination aus Eigenschaften des ökologischen und veganen Landbaus nicht nur die Nachteile der konventionellen und tiernutzenden Landwirtschaft, sondern bietet darüber hinaus einige weitere Vorteile, die sich aus der Anwendung der Biozyklisch-Veganen Richtlinien ergeben.

Durch seine ökologische und regenerative Ausrichtung, insbesondere durch den Verzicht auf konventionelle Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel, werden zum einen Nitratauswaschung und Trinkwasserverschmutzung vorgebeugt und zum anderen dem Vogel- und Insektenaussterben Einhalt geboten, deren Hauptursachen auf die intensive Landwirtschaft zurückgehen (Rigal et al., 2023).

Der vegane Aspekt bietet neben der Ausräumung zahlreicher tierethischer Bedenken den Vorteil, dass der Flächenverbrauch aufgrund von Tiernutzung minimiert wird. Allein in Deutschland werden ca. 50 % des Ackerlands für den Anbau von Tierfutter genutzt (Umweltbundesamt, 2017). Die biozyklisch-vegane Flächen stehen demgegenüber ausschließlich der Erzeugung von Nahrungsmitteln für den menschlichen Konsum zur Verfügung. Dadurch leistet diese Form der Landwirtschaft nicht zuletzt einen wertvollen Beitrag zur Ernährungssicherheit. Darüber hinaus reduziert der biozyklisch-vegane Anbau klimaschädliche Emissionen über zwei wichtige Eigenheiten: Es werden keine Tiere gehalten, die Treibhausgase direkt (z.B. Methan) oder indirekt (z.B. Lachgas) über die Ausbringung ihrer Exkremente emittieren. Zudem werden keine Futtermittel in Drittländern auf Flächen angebaut, die einer Landnutzungsänderung – teils Primärregenwald zu Acker – zum Opfer gefallen sind und so weiter zur Klimakatastrophe beitragen. Doch durch eine Umstellung auf veganen Ökolandbau würde durch eine Senkung der Treibhausgasemissionen nicht nur weniger Schaden angeichtet. Weltweit würden außerdem 75 % der landwirtschaftlichen Flächen frei und könnten renaturiert werden (Poore & Nemecek, 2018). Einige dieser renaturierten Flächen, zum Beispiel Moore, könnten dann als Kohlenstoffsinken die-

nen und einen positiven Effekt auf das Klima haben. Durch vegane Landwirtschaft könnten die gesamten menschlichen Treibhausgasemissionen faktisch um 28 % reduziert werden (ebd.).

Im Fokus des biozyklisch-vegane Anbaus steht die Förderung der pflanzlichen Biodiversität auf und neben dem Acker sowie das Gedeihen der heimischen Fauna explizit durch das Schaffen von Futtergrundlagen, Habitaten und Nistmöglichkeiten. Außerdem wird großer Wert auf die Steigerung der Bodenfruchtbarkeit gelegt. Dies geschieht unter anderem durch den bereits geschilderten Anbau von Leguminosen. Auch die Vermeidung von Erosion, also dem Verlust von fruchtbarem Oberboden, durch eine dauerhafte Bedeckung mit Kulturpflanzen oder Mulch spielt eine wichtige Rolle. Das Einbringen von pflanzlicher organischer Masse und eine schonende Bodenbearbeitung steigern überdies den Humusgehalt und fördern das Bodenleben.

Auf politischer Ebene müssen zudem wichtige Impulse gesetzt werden, um eine Transformation des Landwirtschafts- und Ernährungssystems weiter voranzutreiben. Neben speziellen Förderprogrammen für den veganen Ökolandbau sollen auch Forschungsvorhaben zum biozyklisch-vegane Anbau angestoßen und die Möglichkeit für Umstellungsprämien für Landwirt*innen geschaffen werden. Zudem sollen Praxen des veganen Ökolandbaus Teil der landwirtschaftlichen Ausbildungen und Studiengänge werden. Außerdem setzt sich der Förderkreis dafür ein, dass eine geplante Reduktion der Tierzahlen über den Ausstieg aus der Tierhaltung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Tätigkeiten („Transformation“) erreicht wird. Zusätzlich befürwortet er die Umverteilung von Agrarsubventionen hin zu klimafreundlichen, solidarischen und veganen Formen der Landwirtschaft.

Für mich ist also klar: Mein Gemüse braucht keine Tiernutzung.

Literatur:

Deutsche Presse-Agentur (2022, 29.08.). Landwirtschaftsminister Özdemir: „Mein Gemüse braucht Tiere“. Süddeutsche Zeitung. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/agrar-laetzen-landwirtschaftsminister-oezdemir-mein-gemuese-braucht-tiere-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220828-99-545121>.

Hülsbergen, K.-J., Chmelíková, L. & Schmid, H. (2019). Strategien für geschlossene Nährstoff-Kreisläufe. *Ökologie & Landbau*, 04 | 19, 12.

Poore, J., & Nemecek, T. (2018). Reducing food's environmental impacts through producers and consumers. *Science*, 360(6392), 987–992.

Rigal, S., Dakos, V., Alonso, H., Auninš, A., Benko, Z., Brotons, L., ... & Devictor, V. (2023).

Farmland practices are driving bird population decline across Europe. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 120(21), e2216573120.

Umweltbundesamt (2017). Quantifying the land footprint of Germany and the EU using a hybrid accounting model. Dessau-Roßlau 39.

4.3. Kerstin Eisenreich:

Bananen in Deutschland? Klimaanpassung in der Landwirtschaft

Was witzig klingt und bei der einen oder dem anderen spontan dazu führt zu sagen warum nicht, ist genauer betrachtet ein sehr ernsthaftes Problem. Extremwetterereignisse wie Starkregen, Dürre, steigende Temperaturen, jahreszeitliche Verschiebungen der Niederschläge, stärkere Sonneneinstrahlung – die veränderten Witterungs- und Klimabedingungen sind für alle, die mit offenen Augen durch die Welt gehen, deutlich spürbar.

Dieser Artikel soll auf der Grundlage der Onlineveranstaltung im November 2022 mit dem Agroforstbeauftragten der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Mitteldeutschland, Daniel Fischer, einige Strategien und Maßnahmen von der Bodenbearbeitung, Erosionsschutz, Wassermanagement bis hin zu Anbauverfahren und Kulturen aufzeigen, die erforderlich sind und auch schon praktisch umgesetzt werden. Ergänzen möchte ich dies um eigene Gedanken, die sich in meiner parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit im Austausch mit Wissenschaft, Forschung und Praxis geformt haben. Dabei geht es mir nicht um Vollständigkeit, sondern mit diesem ersten Aufschlag möchte ich zu weiteren Diskussionen anregen.

Die Landwirtschaft in Deutschland und ganz Europa wird schon jetzt von veränderten Witterungs- und Klimabedingungen, wie Temperaturen und Niederschlägen, beeinflusst. Die Auswirkungen des Klimawandels werden in den nächsten Jahrzehnten voraussichtlich zunehmen und die Umweltbedingungen für Pflanzen, Böden und sogenannte Nutztiere werden immer schwieriger.

Betrachtet man den Boden als wichtigstes Produktionsmittel in der Landwirtschaft, so sind die Verluste enorm: Zum einen fällt immer mehr landwirtschaftliche Nutzfläche Siedlungs-, Infrastruktur- und Gewerbeprojekten zum Opfer, wobei zusätzlich zum Verlust für die Landwirtschaft noch deren massive Versiegelung hinzu kommt, mit all den negativen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt. Desweiteren führen Starkregen aber auch Starkwinde zu starker Erosion der fruchtbaren Bodenschicht, und schließlich wirken sich vor allem künstliche Düngung und der Einsatz von Pestiziden negativ auf die im Boden lebenden Organismen und damit die Bodenstruktur aus. Hinzu kommt Versalzung durch intensive Bewässerung mit minderwertigem Wasser usw. Wir erleben weltweit eine zunehmende Bodendegradation, wodurch die Bodenfruchtbarkeit und auch die Fähigkeit des Bodens, Wasser und Kohlenstoff zu speichern, zurückgehen.

Dies passiert zugleich vor dem Hintergrund, dass Millionen Menschen auf der Erde an Hunger und Mangelernährung leiden, durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, aber auch Bürgerkriege, Diktaturen und Korruption Hilfslieferungen ausbleiben, ganze Ernten bereits heute durch Kriege und Dürre vernichtet werden.

Zum Schutz der Ressourcen Boden, Luft und Wasser, und zur Sicherung der Erträge sowie deren Qualität und damit der

Ernährung der Bevölkerung muss die Landwirtschaft einerseits zur Verringerung der CO₂e-Emissionen beitragen und sich andererseits den veränderten Bedingungen anpassen. Das ist eine riesige Herausforderung, die nur gemeinsam und mit den Landwirt*innen bewältigt werden kann, um erfolgreich zu sein.

Eine immer weitere Reduzierung von landwirtschaftlichen Nutzflächen und auch deren Versiegelung muss eingedämmt werden. Siedlungs- und Verkehrsflächen dehnen sich immer weiter über die bisherigen Siedlungsgrenzen aus statt innerörtlicher Nachverdichtungen, Entsiegelung alter Flächen usw. Boden ist begrenzt und keine erneuerbare Ressource. Er darf nicht zu Lasten von Natur, Umwelt und Landwirtschaft aufgebraucht werden.

Deutschland gilt bisher als Gunststandort für die Erzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, denn wir haben zu großen Teil Böden mit hohen Bodenwertzahlen und gemäßigttes Klima. Doch neben den zunehmenden klimatischen Veränderungen führen auch Fehler der Vergangenheit zu immer stärkerer Erosion durch Wind und Wasser, zum Verlust von Humus. Bei Starkregenereignissen kommt es dazu, dass Schlamm-massen von den Feldern Straßen blockieren oder verunreinigen. Das mag für den Straßenverkehr misslich sein, für die Felder ist dies ein herber Verlust. Doch Gründe, warum dies passiert, liegen oft in der Bodenbearbeitung, indem z.B. vorhandene Randstreifen und Feldraine immer weiter reduziert werden, bis sie gänzlich verschwinden, um das Maximum an Anbaufläche herauszuholen. Diese Feldraine haben jedoch eine wichtige Funktion: Sie sind Pufferfläche sowohl zum Schutz für den Boden als auch für angrenzende Gewässer und natürliche Lebensräume. Wir brauchen daher wieder ausreichende Randstreifen, die zugleich aus ökologischer Sicht und für den Erhalt der Biodiversität wertvoll sind. Außerdem sind immergrüne Pflanzendecken generell ein wichtiger Garant gegen Bodenerosion.

Eine weitere Maßnahme, die von dem Landwirt und jeder Landwirtin umgesetzt werden kann, ist die Berücksichtigung des Bodenreliefs beim Anbau, mit doppeltem Effekt. So ist es nicht sinnvoll, in hügeligem oder gar steilem Gelände die Kulturen so anzupflanzen, dass das Wasser einfach wegfließen kann und die Erde bei Starkregen weggespült wird. Die Anpflanzung quer zum Hang wirkt dem entgegen, auch wenn der Einsatz von Maschinen mitunter erschwert wird.

Und entscheidend sind eben auch Anbaumethoden mit reduzierter Bodenbearbeitung. Insbesondere Mulchbewirtschaftung und Direktsaat helfen, indem durch Mulchen mit Pflanzenresten bzw. Stehenlassen der abgeernteten Pflanzenreste eine Mulchdecke verbleibt. Diese sorgt dafür, dass die Kraft des aufprallenden Regens reduziert wird und mehr Wasser in den Boden aufgenommen werden kann, wodurch der Abfluss an der Oberfläche vermindert wird. Insbesondere bestimmte Zwischenfrüchte, z.B. Phacelia, sind besonders geeignet und führen zusätzlich zur Bodenverbesserung. Bei einem Feldtag

4. Agrarwende JETZT!

zu diesem Thema konnte ich mich davon überzeugen, dass bei funktionierendem Boden, einschließlich Mikrofauna selbst so starke Stängel wie von Sonnenblumen, die im Vorjahr als Mulch ausgebracht wurden, im Sommer des Folgejahres fast nicht mehr erkennbar, also gut zersetzt waren.

In einigen Regionen, z.B. in Sachsen-Anhalt und Brandenburg finden wir teilweise sehr große Felder, die dem Wind eine gute Angriffsfläche bieten. Optisch sehen wir geradezu ausgeräumte Landschaften. Dabei war es bereits seit den 1950er Jahren bekannt und Praxis, Windschutzstreifen anzupflanzen. Leider sind in den letzten Jahrzehnten diese Streifen vernachlässigt worden und zahlreiche Pflanzungen haben ihr biologisches Maximum erreicht. Zudem haben auch hier die Trockenheit und klimatische Veränderungen zum Absterben geführt, besonders markant sind die abgestorbenen Pappeln, die momentan wirklich überall gut sichtbar sind. Diese Windschutzstreifen unterbrechen große Feldflächen, sind aber zugleich auch für den Wasserschutz erforderlich, da sie sich häufig an Wasserläufen befinden und den Eintrag organischer und anorganischer Stoffe in die Gewässer puffern. Leider trifft man heute in der Praxis immer wieder auf die Meinung, dass diese Pflanzungen den angebauten Kulturen das Wasser entzögen und diese dadurch nicht wachsen. Fakt ist, dass zwar die unmittelbar an der Grenze zu den Windschutzstreifen angrenzenden Pflanzen weniger Wasser abbekommen, doch mit zunehmender Entfernung die Pflanzen aufgrund der Schutzwirkung gegen unproduktive Verdunstung besser mit Wasser versorgt sind und die Verluste im Randbereich ausgeglichen werden, wie zahlreiche Feldversuche zeigen. Generell bedürfen diese Systeme einer guten Planung, um die Nachteile der Konkurrenz um Wasser, Licht und Nährstoffe zu minimieren.

Was ich hier mit einfachen Worten beschrieben habe, ist ein Beispiel der sogenannten Agroforst-Systeme, eine Bewirtschaftung, bei der Landwirtschaft und Gehölze (Forst) kombiniert werden. Die Vielfalt dieser Systeme ist recht groß und kombiniert sowohl Ackerbau als auch Viehzucht mit Gehölzen, die ebenfalls bewirtschaftet werden können. Dabei sind Agroforstsysteme längst keine Erfindung der Neuzeit. Die Beweidung von Streuobstwiesen oder sogenannte Hutewälder kannten schon unsere Vorfahren. Richten wir den Blick nach Spanien, so ist es dort üblich Schweine unter Stein- und Korkeichen zu halten.

In den Agroforstsystemen entstehen potentielle Wechselwirkungen, die ökonomisch und ökologisch relevant sind. Der Deutsche Fachverband für Agroforstwirtschaft (DeFAF) bietet auf seiner Website zahlreiche Informationen rund um Agroforstsysteme [1]. So sieht er Vorteile von Agroforstsystemen durch die Erhöhung der Flächenproduktivität, den Schutz der Ackerkrume vor Winderosion und Erhaltung oder Steigerung der Bodenfruchtbarkeit, u.a. durch Humusanreicherung durch Gehölze. Natürlich können die Erträge für Landwirt*innen diversifiziert werden, da nicht nur die Ackerfrüchte, sondern auch die Gehölze z.B. als Hackschnitzel oder bei Obst-/Nussgehölzen sowohl

deren Früchte als auch deren Holz verkauft werden können. Gleichzeitig werden Schad- und Nährstoffeinträge in den Boden reduziert, die Biodiversität im Vergleich zu konventionellen Anbausystemen erhöht. Auch das Mikroklima kann verändert, die oberirdische und unterirdische Kohlenstoff-Bindung erhöht und der Einsatz von Agrochemikalien und -düngern reduziert werden. Also alles positive Effekte, von denen letztendlich nicht nur der Landwirt und die Landwirtin profitieren, sondern auch unsere Umwelt.

Und ja, Agroforstsysteme sorgen auch dafür, dass die Agrarlandschaft wieder ansprechender aussieht. Gleichzeitig kann die regionale Wertschöpfung erhöht werden [2].

Dessen ungeachtet bedürfen diese Systeme generell einer sorgfältigen Planung, um die Nachteile der Konkurrenz um Wasser, Licht und Nährstoffe zu minimieren [3], und erfolgreich in die Kulturlandschaft und Anbausysteme integriert werden zu können.

Abschließend noch einmal zurück zum Titel „Bananen in Deutschland“. Der Titel provoziert und sollte zum Lesen animieren. Doch auch bei den Ackerkulturen werden in der Landwirtschaft Veränderungen notwendig. Pflanzen und deren Saaten, einschließlich Aussaattermin müssen den klimatischen Verhältnissen Rechnung tragen, wenn weiterhin erfolgreich Landwirtschaft betrieben und ein möglichst hoher Selbstversorgungsgrad erreicht werden sollen. Längere Vegetationszeiten, Verschiebungen von Niederschlagszeiten, höhere Verdunstung und höherer Wasserbedarf durch höhere Temperaturen und Dürreperioden werden die Entscheidungen über anzubauende Kulturen ebenso beeinflussen wie die Frage, ob und welche Insekten die erforderlichen Bestäubungsleistungen erbringen können. Auch das verstärkte Überleben und Auftreten von Schädlingen wirft die Frage nach geeigneten Kulturen auf. Hinzu kommen Bodenbearbeitungsverfahren und Wassermanagement, die allein umfangreiche Themen sind.

Und dann bleibt eine entscheidende Frage: Wem gehört eigentlich der Boden? All diese Fragen und Herausforderungen bedürfen einer Betrachtung und umfassenden Diskussion aus wissenschaftlicher, praktischer, politischer, aber auch gesamtgesellschaftlicher Sicht.

[1] Vgl. <https://agroforst-info.de/>

[2] Vgl. <https://agroforst-info.de/haeufig-gestellte-fragen/#toggle-id-10>

[3] Vgl. <https://agroforst-info.de/haeufig-gestellte-fragen/#toggle-id-13>

„Boden ist begrenzt
und keine erneuerbare
Ressource.“

4.4. Kristin Kroneberger:

Vegan gegen den Welthunger

Hunger ist ein globales Problem, das Millionen von Menschen betrifft. Es ist eine Tragödie, dass es in einer Welt mit so viel Überfluss immer noch so viele Menschen gibt, die hungern. Derzeit leiden rund 690 Millionen Menschen an Hunger, und es wird geschätzt, dass weitere 130 Millionen durch die COVID-19-Pandemie in extreme Armut gedrängt wurden. Es gibt viele Ursachen für Welthunger, darunter Armut, Klimawandel, Konflikte und politische Instabilität. Auch die industrielle Landwirtschaft und die Fleischproduktion tragen zur Nahrungsmittelknappheit bei, da sie riesige Mengen an natürlichen Ressourcen wie Land, Wasser und Energie erfordern. Dies führt zu einer ungleichen Verteilung von Ressourcen, die für eine nachhaltige Ernährung aller Menschen auf der Welt notwendig sind. Die Lösung für das Problem des Welthungers liegt nicht darin, mehr Land für den Anbau von Lebensmitteln zu erschließen oder mehr Ressourcen für die industrielle Landwirtschaft und „Tierproduktion“ zu verwenden. Stattdessen liegt die Lösung darin, eine nachhaltige, pflanzenbasierte Ernährung zu fördern. Eine pflanzenbasierte Ernährung kann dazu beitragen, den Welthunger zu bekämpfen, indem sie die Ressourcen effizienter nutzt.

Im Vergleich zur Tierhaltung erfordert der Anbau von Pflanzen viel weniger Land, Wasser und Energie. Eine vegane Ernährung würde es ermöglichen, mehr Menschen auf der Welt zu ernähren, indem sie die verfügbaren Ressourcen besser verteilt. Darüber hinaus kann eine pflanzenbasierte Ernährung dazu beitragen, den Klimawandel zu bekämpfen, der zu Dürren, Überschwemmungen und anderen extremen Wetterereignissen führt, die die Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion beeinträchtigen können. Indem man kein Fleisch und tierische Produkte konsumiert, trägt man dazu bei, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und damit den Klimawandel zu bekämpfen.

Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass nicht jeder Mensch auf der Welt Zugang zu einer pflanzenbasierten Ernährung hat, insbesondere in Ländern mit begrenztem Zugang zu Nahrungsmitteln. Daher ist es wichtig, dass Regierungen und internationale Organisationen zusammenarbeiten, um eine gerechtere Verteilung von Nahrungsmitteln und Ressourcen zu fördern und den Zugang zu einer nachhaltigen Ernährung für alle Menschen auf der Welt zu gewährleisten. Insgesamt ist Veganismus ein wichtiger Teil der Lösung für das Problem des Welthungers und der nachhaltigen Ernährung. Indem wir Konsum von Fleisch und tierischen Produkten ablehnen und uns für eine pflanzenbasierte Ernährung entscheiden, können wir dazu beitragen, all diese Problematiken zu bekämpfen. Die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung stellt uns vor immer größere Herausforderungen. Wir müssen Nahrungsmittel produzieren, die nicht nur ausreichend sind, um alle Menschen zu ernähren, sondern auch umweltverträglich und nachhaltig. In diesem Zusammenhang ist Veganismus ein Weg, effektiv Ressourcen zu schonen und die Ernährung der Menschheit zu sichern. Tierhaltung benötigt eine immense Menge an Ressourcen, einschließlich Land, Wasser und Futtermittel. Es wird geschätzt, dass rund ein Drittel

der weltweiten Ackerfläche für den Anbau von Futtermitteln genutzt wird, um „Nutz“tiere zu füttern. Diese Flächen könnten stattdessen für den Anbau von pflanzlicher Nahrung für den menschlichen Verzehr genutzt werden. In vielen „Entwicklungsländern“ gibt es jedoch auch noch genügend unbestelltes Land, das für den Anbau von Pflanzen genutzt werden könnte.

Durch die Ablehnung von Tierprodukten könnten wir auch die Wassernutzung drastisch reduzieren. Laut einem Bericht der FAO verbraucht die Tierhaltung etwa ein Drittel des weltweiten Wasserbedarfs. Die meisten Pflanzen erfordern nur einen Bruchteil des Wassers, das für die Produktion von Tierprodukten benötigt wird. Durch den Verzehr von pflanzlichen Nahrungsmitteln können wir also erhebliche Mengen an Wasser sparen. Darüber hinaus sind Tierproduktion und Fleischkonsum auch für einen großen Teil der Treibhausgasemissionen verantwortlich, die zur globalen Erwärmung beitragen. Laut einem Bericht der Vereinten Nationen trägt die Tierhaltung mit rund 14,5 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen erheblich zur Klimakatastrophe bei. Veganismus ist somit auch ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels [1]. Ein weiterer Vorteil des Veganismus ist die potenzielle Verbesserung der Gesundheit. Eine pflanzliche Ernährung kann dazu beitragen, viele Krankheiten zu vermeiden oder zu behandeln, wie z.B. Herzerkrankungen, Diabetes und Krebs. Dies ist insbesondere in Ländern mit einem hohen Anteil an chronischen Krankheiten und begrenztem Zugang zu medizinischer Versorgung von großer Bedeutung. Insgesamt trägt Veganismus also in vielen Bereichen dazu bei die Ernährung der Menschheit nachhaltig sicherzustellen. Dieser Text behandelt den positiven Zusammenhang der tierproduktfreien Lebensweise auf die Problematik des Welthungers. Veganismus ist jedoch eine tierethische Lebensweise.

Tierhaltung und Tierproduktekonsum sind mit Tierquälerei, massivem Biodiversitätsverlust und katastrophaler Umweltzerstörung verbunden. Durch die Ablehnung dieser Produkte schonen wir also nicht nur Ressourcen und schützen die Umwelt, sondern setzen auch ein Zeichen für mehr Mitgefühl und Respekt für Tiere und unsere gesamte Ökosphäre. Der Anbau von Futtermitteln für die „Nutz“tierhaltung hat gravierende Auswirkungen auf die Biodiversität. Ein Großteil der landwirtschaftlichen Flächen weltweit wird für den Anbau von Futtermitteln wie Soja, Mais und Getreide verwendet, die in der Regel als Tierfutter dienen. Der Anbau dieser Futtermittel hat zur Entwaldung von Wäldern und anderen Ökosystemen beigetragen, was zu einem Verlust von Tier- und Pflanzenarten führt. Die Entwaldung und Umwandlung von natürlichen Lebensräumen in landwirtschaftliche Flächen führt auch zur Fragmentierung von Lebensräumen, was die Mobilität von Wildtieren einschränkt und ihre Fähigkeit beeinträchtigt, sich zu ernähren, zu reproduzieren und zu überleben. Die Verwendung von Pestiziden und Herbiziden zur Bekämpfung von Schädlingen und Unkräutern trägt zur Beeinträchtigung der Biodiversität bei, indem es die Populationen von Bestäubern, wie Bienen und Schmetterlingen, reduziert und die Nahrungs-

4. Agrarwende JETZT!

quellen von Vögeln und anderen Tieren beeinträchtigt. Der Anbau von Futtermitteln für die „Nutz“tierhaltung führt auch zu einem hohen Wasserverbrauch und zur Verschmutzung von Wasserressourcen durch den Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden. Die Überdüngung von landwirtschaftlichen Flächen führt zur Verschmutzung von Flüssen, Seen und anderen Gewässern, was die Wasserqualität beeinträchtigt und die Gesundheit von Mensch und Tier gefährdet. Veganismus trägt dazu bei, den Anbau von Futtermitteln zu reduzieren, indem er den Konsum von Tierprodukten wie Fleisch, Milch und Eiern ablehnt. Dadurch wird weniger Land & Wasser für den Anbau von Futtermitteln benötigt und es können ökologisch wertvolle Flächen, wie Wälder und Feuchtgebiete, erhalten bleiben. Insgesamt trägt der Wechsel zu einer pflanzenbasierten Ernährung dazu bei, den Druck auf die Umwelt zu reduzieren und die Biodiversität zu erhalten. Es ist wichtig, dass wir uns bewusst werden, wie unsere Ernährung die Umwelt beeinflusst, und dass wir uns für eine nachhaltige und ressourcenschonende Ernährung entscheiden.

Veganismus beinhaltet die Ablehnung von Ausbeutung, Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Diese Werte sind Kernthemen der linken Bewegung. Erstens geht es beim Veganismus um den Schutz von Tieren. Linke Personen setzen sich für soziale Gerechtigkeit ein und kämpfen gegen jede Form von Unterdrückung. Tiere sind ebenso fühlende Lebewesen, die Schmerzen und Leid empfinden können. Indem man tierische Produkte ablehnt, verweigert man sich der Ausbeutung und dem unnötigen Leid, das mit der Tierhaltung und der Tiertötung verbunden ist. Zweitens hat Veganismus auch positive Auswirkungen auf die Umwelt. Linke sind oft Umweltschützer und treten für Nachhaltigkeit und den Schutz der Natur ein. Die industrielle Tierhaltung ist einer der Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen, Entwaldung, Wasserverschmutzung und Artensterben. Durch die Ablehnung tierischer Produkte leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks und zum Kampf gegen den Klimawandel. Des Weiteren sind soziale Gerechtigkeit und Ernährungsgerechtigkeit eng miteinander verknüpft. Der weltweite Tierkonsum führt zu einer ungleichen Verteilung von Ressourcen, da große Mengen an Getreide und Wasser zur Tierfutterproduktion verwendet werden. Dies steht im Widerspruch zur (linken) Vorstellung einer gerechten Ressourcenverteilung und zur Bekämpfung des Welthungers. Veganismus ermöglicht eine effizientere Nutzung der begrenzten Ressourcen und trägt dazu bei, den globalen Nahrungsmittelbedarf fairer zu decken. Schließlich geht es beim Veganismus um Solidarität und Mitgefühl. Linke streben nach einer Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt und ohne Ausbeutung leben können. Diese Solidarität sollte auch auf nicht-menschliche Tiere ausgedehnt werden, indem man ihre Rechte und ihr Wohlbefinden anerkennt. Veganismus ist ein Ausdruck des Mitgefühls und der Sorge um das Wohl aller Lebewesen, unabhängig von ihrer Spezies. Insgesamt bietet der Veganismus eine Möglichkeit, die Werte des linken Denkens in den Alltag umzusetzen. Indem man tierische Produkte meidet, trägt man zur Tierrechtsbewegung, zum Umweltschutz, zur

sozialen Gerechtigkeit und zum Aufbau einer solidarischen Gesellschaft bei. Vegan leben ist eine einfach umzusetzende Möglichkeit, die eigenen Überzeugungen in die Tat umzusetzen und eine positive Veränderung in der Welt zu bewirken.

„Die industrielle Tierhaltung ist einer der Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen, Entwaldung, Wasserverschmutzung und Artensterben.“

Literatur:

www.awellfedworld.org

<https://ourworldindata.org/environmental-impacts-of-food>

<https://journals.plos.org/climate/article?id=10.1371/journal.pclm.0000010>

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/umweltfreundlich-leben-worauf-es-ankommt>

<https://www.theguardian.com/environment/2022/nov/12/replace-animal-farms-micro-organism-rewilding-food-precision-fermentation-emissions>

<https://land-der-tiere.de/bessere-haltung/> <https://m.youtube.com/watch?v=ACazLpzkipc&feature=youtu.be>

https://m.youtube.com/watch?v=Z_p9yYXZuCl

[1] Anmerkung der Redaktion: 14,5% ist ein sehr niedriger Wert, der sich daraus ergibt, dass die Studie viele Emissionen nicht miteinbezieht.

4. Agrarwende JETZT!

4.5. Julia Schramm und Chat GPT:

Von Wandlungen und Widerstand

In einer Welt, wo Klima schutzbedürftig fleht,
Erstrahlt das Vegane als ein Bollwerk wahr,
Im Kampf gegen Ausbeutung, das Tierrecht steht,
Ein antikapitalistischer Akt, so klar.

Doch vielen fällt es schwer, den Weg zu gehen,
Die Ernährung, ein Labyrinth individuell,
Scham und Ängste, die sie mit sich sehen,
Die Gewohnheiten halten fest, wie ein Quell.

Ein gestörtes Verhältnis zum Essen bebt,
Dopamin sie suchen, im Fleisch es ruht,
Auf Veganer oft mit Aggression man klebt,
Ein Spiegel der eigenen Kämpfe, so tut.

Doch lasst uns verstehen, mitfühlend und weit,
Die Liebe zum Wandel, im Herzen bereit.

Für Klimaschutz und Tierwohl, Veganismus wirkt,
Der CO2-Fußabdruck¹ reduziert sich klar,
Die Rettung der Natur, die Hoffnung erstirbt,
Ein Akt des Widerstands, der Kapitalismus wahr.

Doch die individuelle Reise ist kein leichtes Spiel,
Ernährungsvielfalt prägt die Menschen fern und nah,
Viele kämpfen mit Scham und Angst im Gefühl,
Die alten Gewohnheiten, sie halten fest und wahr.

Ein gestörtes Verhältnis zum Essen, tief verwurzelt,
Dopamin jagen sie, im Fleisch es scheint zu ruhn,
Aggression erwacht, wenn vegan man verhüllt,
Doch sieh in ihnen den Spiegel, das eigene Tun.

Verstehen wir ihre Ängste, die Herzen so weit,
Liebe zum Wandel, gelebt in Mitgefühl und Freud.

In jedem Veganer steckt ein Ruf nach Veränderung,
Ein Streben nach Gerechtigkeit, das Tierwohl im Blick,
Doch lasst uns die Brücke schlagen, ohne Verdrängung,
Gemeinsam den Dialog suchen, ohne Hast und Tück.

Das Dopamin lockt, doch lasst uns tiefer blicken,
Erfüllen wir unsere Bedürfnisse auf anderem Pfad,
Die vegan lebenden Seelen, sie wollen nichts ersticken,
Mit Liebe und Wissen, begegnen wir ihnen, statt Sturm und Had.

Im Herzen die Gewissheit, dass Veganismus die Wahl,
Für Klima, Tiere und Erde, eine klare Tat,
Lasst uns gemeinsam vorangehen, in Einheit und Zahl,
Mit Verständnis und Respekt, das ist unser Pfad.

In jedem Sonett schimmert die Hoffnung, so weit,
Die Liebe zum Wandel, die Welt in neuer Herrlichkeit.

4.6. Didem Aydurmus:

**#Kartoffeldeckel
oder wie schaffen wir es,
dass Menschen sich ange-
messen ernähren können?**

Kartoffel(preis)deckel – ein polemischer Aufschlag

Während bei der Energieversorgung von Preisdeckeln gesprochen wird und selbstverständlich Konzepte vorliegen, reden wir selten über Ernährungssicherheit - trotz Menschenrechts auf angemessene Ernährung (Art. 20 UN-Sozialpakt). Jahrzehnte der vollen Regale mit vermeintlich billigen Produkten könnten der Grund sein. Die Zukunft bringt aber u.a. Erntekatastrophen und den globalen Kampf um stets schrumpfende Ressourcen. Von den realen Bedingungen ausgehend muss die Politik langfristig bezahlbare, gesundheitsförderliche Nahrung gewährleisten. Schon jetzt greifen wir zu Produkten, die sich nicht signifikant von Müll unterscheiden. Preis, Verfügbarkeit und Bequemlichkeit sind entscheidend beim Einkauf. Nudeln, Weizenbrot und Billigfleisch sorgen zwar für einen vollen Bauch. Leeren Kalorien folgt jedoch leicht Mangelernährung. Mängel schaden Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden. Dem Kampf gegen Hunger und für eine Agrarwende stehen Traditionen und die Macht der Lebensmittel- und Tierindustrie entgegen. Verantwortungsbewusste Politik erfüllt deshalb vier Kriterien: Sie sorgt für ausreichend Nährstoffe, lokal zugänglich, bezahlbar und nachhaltig. Dem kommt die Bundesrepublik nicht nach. Wir sind extrem abhängig von Agrarimporten. Gleichzeitig machen Umweltfaktoren Angebot und Preis volatiler. Ein kluger Preisdeckel könnte maßgeblich zur Ernährungssicherheit beitragen, indem er zentrale Nährstoffe bezahlbar hält und die Agrarwende unterstützt.

Den Markt regeln

Ein typisches Gegenargument ist dabei, dass eine Preisbindung den Markt zerstöre. Allerdings ist es ein seltsamer Fetisch einen Markt erhalten zu wollen, der nur der Profitmaximierung dient, in dem 1/5 der Schweine vorzeitig verenden, weil das die profitabile Produktionsart ist. Gegen Preisdeckel sprächen „künstliche“ Nachfragesteigerungen. Die Nachfrage hat hier allerdings aufgrund begrenzter Magenkapazitäten eine natürliche Grenze. Auch das Preisdeckel zur Verknappung führten, kann hier nicht gelten. Knappheit bei pflanzlichem Essen bedeutet, dass nicht genug produziert wird. Andere Gegenargumente lassen sich auflösen, indem wir Krisengewinner wie Aldi oder Lidl in die Pflicht nehmen. Einzelne Märkte mögen schlecht laufen, allgemein geht es den Giganten aber gut. Es gibt Spielräume. Profite bei Obst und Gemüse können saftig sein. Es braucht eine Liste zudeckender, lebenswichtiger Nährstoffe staatlich vorgegeben und Supermärkte zu einer Bedarfsdeckung mit fixen Verkaufspreis verpflichtet werden. Vorstellbar als Vorschlag für einen Wochenkauf, könnten die Märkte dabei bestimmen was sie anbieten, solange der Bedarf gedeckt ist, womit sie flexibel ihr Angebot z.B. auf Saisonalität einstellen können.

4. Agrarwende JETZT!

Grenzen der Deckelung

Wie es jetzt in Frankreich geschieht Tierprodukte zu deckeln, mag als populistische Strategie für eine Partei funktionieren, ist aber mehrfach problematisch. Erstens ist es nicht übertragbar, da Tierprodukte dort teurer (näher am „wahren Preis“) sind. Zweitens stecken schon jetzt 13 Milliarden jährlich vom Staat in der Tierindustrie und drittens dominieren miese Arbeitsbedingungen, fehlender Arten-, Seuchen-, Tier- und Umweltschutz die Branche, was bereits nicht mit geltendem Recht vereinbar ist. Wie Probleme bewältigt werden sollen - mit Deckel für Tierprodukte - kann niemand erklären. Noch zahlen die meisten Kosten andere, insbesondere Menschen im Globalen Süden (e.g. Brandrodung zum Sojaanbau für den deutschen Trog). Die Massenproduktion und Unterwanderung jeglicher Standards führte zu billigen Preisen. Selbst wenn wir Milliarden für Investitionen in Biobutter ausgeben, wären die Umweltkosten enorm. Biotierprodukte sind ohnehin gängiges Greenwashing, deshalb ist faktenbasierte Politik wichtig. Auch ist es Unsinn Produkte zu fördern, die der Gesundheit eher schaden. Preisdeckel auf Tierisches sind eine Absage an den Arten-, Seuchen-, Tier- und Umweltschutz und an gute Arbeit. Diese zu fordern ist ewiggestrig, undurchdacht und verantwortungslos. Langfristig werden dadurch die Weichen für leere Regale gestellt und die Versorgungssicherheit gefährdet. Der Selbstversorgungsgrad von Obst und Gemüse in Deutschland ist lächerlich. Wir müssen in Ernährungssicherheit investieren. Noch mehr Geld in den Status quo, egal wie wichtig Eutersekrete für einige Traditionen erscheinen, unterläuft die überfällige Agrarwende.

Links mit Mut

Für eine Zukunft ohne Hungern müssen Zielkonflikte zur Prioritätensetzung führen. Gerade die analytische Unterscheidung von Grundbedürfnissen und geschaffenen Wünschen zeichnet links aus. Kluge Politik baut auf Wissenschaft und ist gemeinwohlorientiert. Preisdeckel zur Grundbedarfsdeckung und damit eine Bedürfnisorientierung könnten nach 30 Jahren Neoliberalismus ein notwendiges Korrektiv sein.

#Kartoffeldeckel - eine Skizze

Denkanstoß zur Sicherung des „Menschenrechts auf angemessene Ernährung“, Konzeption eines Lebensmittelpreisdeckels #Kartoffeldeckel

Ziel:

Allen Bevölkerungsteilen einen Zugang zu ausreichenden Nährstoffen sichern, Bezahlbarkeit, Planbarkeit (gerade für Familien, geringe Einkommen), Zukunftsfähigkeit

Problemstellung:

Ernährungsarmut wird zu einem wachsenden Problem. Insbesondere die Preise gesundheitsförderlicher Lebensmittel sind oft relativ hoch und schwanken extrem. Der Klimawandel, die Verschlechterung der Bedingungen in der Landwirtschaft (wie zum Beispiel Bodenerosion und Biodiversitätsverlust), geringe Erzeuger*innenpreise bei gleichzeitigen Krisengewinn für die Supermarktriesen, die hochsubventionierte Tierindustrie verstärken die Ernährungsarmut. Arme Haushalte haben schon heute Schwierigkeiten Probleme sich ausgewogen zu ernähren. Viele fordern jetzt eine Mehrwertsteuersenkung, das allein zeigt jedoch Ideenlosigkeit und mangelndes Problembewusstsein. Es ist auch deshalb kein seriöser Vorschlag, da die Steuer nur ein einziges Mal auf Null gesenkt werden kann. Sie ist kurzfristig, strategielos, ohne Garantien und gleicht nicht mal die Inflation aus.

Konzeption:

1. Bedarf an ausreichenden Nährstoffen:

Eine Kommission aus Expert*innen aus Ernährungswissenschaft, Gesundheit und Medizin erarbeitet eine Liste von notwendigen Nährstoffen und ihren Mengen für die Versorgung eines durchschnittlichen Menschen für eine Woche.

2. Bezahlbarkeit und Planbarkeit durch Preisdeckel:

Ein Preis wird festgesetzt für den dieser Bedarf (Wochen-einkauf) immer gedeckt werden muss. Der Preisdeckel wird so gesetzt, dass die Bezahlbarkeit für alle Haushalte gewährleistet werden kann.

3. Krisengewinner in die Pflicht:

Supermärkte werden verpflichtet den bedarfsgerechten Wocheneinkauf zu ermöglichen. Diese können dies beispielsweise, indem sie wöchentlich eine Vorschlagsliste herausgeben mit welchen Produkten der wöchentliche Bedarf unter dem Preisdeckel liegt. Supermärkte sind also flexibel müssen jedoch eine Pflicht erfüllen als Bestandteil zentraler Infrastruktur für die Daseinsvorsorge.

Effekte:

Menschenrechtssicherstellung, ein Deutschland ohne Hungern, bessere Gesundheit, weniger Kosten für Gesundheitssysteme, mehr Chancengleichheit durch bessere Versorgung.

„Kluge Politik baut auf Wissenschaft und ist gemeinwohlorientiert.“

4.7. Patrizia Stein:

Gib mir Tomaten und ich bin glücklich

...und das trifft seit 40 Jahren zu!

Mit Pasta, Salat, Suppe, mit Mozzarella oder einfach so auf dem Brot – täglich ein kleines rotes Stück Glück.

Ein billiges und effektives Gemüse – bis jetzt? Nee, vor Kurzem aber auf jeden Fall! Was ich vor einigen Jahren noch mit ein paar Cent erwerben konnte, auch am Ende des Monats, wird zunehmend zu einem Luxusgut! Nicht nur für mich.

Ich sehe es täglich beim Einkauf wie die Preise, vor allem für gesunde Lebensmittel steigen und steigen - auch der Preis für meine geliebte Tomate steigt unaufhörlich in die Höhe.

Es ist etwas, dass ich mir nicht erklären kann. Es ist nicht nachvollziehbar, dass gesundes Essen, also Gemüse so teuer ist.

Jetzt ist mein Lieblingsessen, Vollkornpasta mit frischen Tomaten nur noch 1x pro Woche – Zukunft ungewiss.

Und ich bin zunehmend unglücklich.

5. Sonstiges

5.1. Die Autor*innen

Aydurmus, Didem, Dr:

hat zu Klimapolitik promoviert und beschäftigt sich ihr Leben lang mit der Bekämpfung von Armut und der Verwirklichung von Menschenrechten. Sie ist als Mitglied des Parteivorstands zuständig für Agrar- Umwelt- und Klimapolitik, sowie Tierschutz und Internationale Politik. Sie gibt Kurse und managt Konferenzen zu Internationalen Beziehungen und Diplomatie, insbesondere also zu „Frieden schaffen ohne Waffen“.

Kontakt: didem@posteo.de

Eisenreich, Kerstin, MdL:

Kerstin (DIE LINKE) ist Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt und agrarpolitische Sprecherin sowie Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstandes der Linken und Kommunalpolitikerin.

Kontakt: kerstin.eisenreich@dielinke.landtag-lsa.de

Gieseke, Alina:

Alina (M.Sc.) ist Agrarwissenschaftlerin und Tierethikerin und arbeitet beim Förderkreis Biozyklisch-Veganer Anbau e.V. als Projektkoordinatorin, Beraterin für veganen Ökolandbau und im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Sie setzt sich für ein friedliches Zusammenleben von Menschen und anderen Tieren ein und unterstützt daher eine Transformation des Agrar- und Ernährungssystems.

Kontakt: alina.gieseke@biozyklisch-vegan.org

Gronde-Brunner, Frederike-Sophie:

Frederike ist gelernte Fachfrau für Hotelmanagement. Die prekären Arbeitsverhältnisse in der Gastronomie und Hotellerie, sowie ihre Liebe zur Natur und zum Meer steigerten ihr politisches Interesse und Engagement. Um ihr Wissen zu vertiefen, studierte sie Sozialwissenschaften. Sie ist ehrenamtlich Kommunalpolitikerin im Bereich Umwelt, Verkehr und Integration & Partizipation und arbeitet für einen Europaabgeordneten der LINKEN, sowie als Europareferentin für die Linksfraktion im Landtag Brandenburg.

Kontakt: frederike.gronde-brunner@linksfraktion-cw.de

Hillermann, Tessa Maria, Dr.:

Tessa ist Juristin und arbeitet zu Fragen des Umwelt- und Antidiskriminierungsrechts. Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder.

Kontakt: tessahillermann@gmail.com

Kronenberg, Kristin:

Kristin ist Jahrgang 1980, gebürtige Thüringerin und lebt jetzt in Ostsachsen mit zwei Kindern. Sie ist seit 2013 Veganerin.

Kontakt: tofuwabohu@posteo.de

Lechner, Tobias:

Tobias schreibt derzeit seine Philosophie Master-Arbeit an der Humboldt-Universität zu Berlin, hat davor Philosophie und Politikwissenschaft in Frankfurt a. M., Toronto und London mit dem Schwerpunkt Tier-/KI-/Medizin-/Klimaethik und internationaler Politik studiert. Er ist Gründer des Tierethiknetzwerkes (tierethiknetzwerk.wordpress.com), Organisator zweier Tierethikkonferenzen und interessiert an der Gestaltung sozial gerechter Tierpolitik.

Kontakt: tobiasj.lechner@gmail.com

Mantz, Andreas:

Agrarpolitik und Tierschutz bestimmen seit über 20 Jahren Andreas berufliches Leben. Nach dem Studium des öffentlichen Rechts arbeitete er in der niedersächsischen Agrarstrukturverwaltung bevor er Ende 2005 zur landwirtschaftlichen Interessenvertretung wechselte. Als Referent für Wirtschafts- und Strukturpolitik betreute Andreas den Themenkomplex nationale und europäische Agrarpolitik. Ab 2009 war er als Geschäftsführer für den Bauernverband auf Kreisebene in Mecklenburg-Vorpommern tätig. Seit 2014 ist Andreas bei einer gemeinnützigen Nichtregierungsorganisation, der Tierschutzstiftung VIER PFOTEN, tätig. Dort war er für Projekte im Bereich tiergerechte Landwirtschaft mit Privatwirtschaft und Politik verantwortlich, bevor Andreas 2017 nach Brüssel wechselte wo er als Farm Animal Policy Coordinator für den Politikbereich Landwirtschaft inklusive Tierschutz sowie die Gemeinsame Agrarpolitik auf EU-Ebene verantwortlich ist.

Kontakt: andreas.manz@gmx.ne

Schmitz, Friederike, Dr.:

Friederike ist promovierte Philosophin und Publizistin. Sie arbeitet zu den Themen dieser Ausgabe. Sie ist seit langer Zeit in verschiedenen Bewegungen aktiv, insbesondere bei der Tierrechts- und Klimaschutzbewegung. Vor kurzem hat sie zusammen mit anderen Wissenschaftler*innen die Organisation FABa e.V. gegründet, der sich ebenfalls mit den Themen dieser Ausgabe beschäftigt.

Kontakt: kontakt@friederikeschmitz.de

Schramm, Julia:

Julia ist schreibende Politikerin und politische Schriftstellerin. Sie arbeitet derzeit in der Bundestagsfraktion der Partei Die LINKE. Sie war mal bei den Piraten. Sie ernährt sich pflanzlich und hat eine nerdige Seite. Deswegen hat sie ChatGPT ein Sonett über Veganismus und den Widerstand in der Gesellschaft verfassen lassen.

Kontakt: mail@juliaschramm.de

Sebastian, Marcel, Dr.:

Marcel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Umweltsoziologie mit dem Schwerpunkt Transformationsforschung an der TU Dortmund. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählt die Soziologie der Mensch-Tier-Beziehungen. Im Herbst 2022 ist sein Sachbuch „Streicheln oder Schlachten. Warum unser Verhältnis zu Tieren so kompliziert ist und was das über uns aussagt“ erschienen.

Kontakt: kontakt@marcelsebastian.de

Springmann, Marco, Dr.:

Marco forscht zu den gesundheitlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Dimensionen der globalen Lebensmittelsysteme, häufig mit Systemmodellen, um quantitative Schätzungen zu lebensmittelbezogenen Fragen zu erarbeiten. Er hat eine Professur für „Climate Change, Food Systems and Health“ und ist Co-Director des Centre on Climate Change and Planetary Health an der London School of Hygiene & Tropical Medicine. Er ist zusätzlich Senior Researcher für Umwelt und Gesundheit am Environmental Change Institut der Universität Oxford.

Kontakt: marco.springmann@ouce.ox.ac.uk

Stein, Patrizia:

Patrizia hat in den 80er schon Häuser besetzt und ernährt sich seitdem vegetarisch. Die erste Biowurst im Kollektiv Kraut und Rüben war für sie der Anfang vom Ende. Dann ging sie für lange Zeit nach England. In ihrem Leben hat sie schon ganz verschiedene Sachen gemacht und ärgert sich leidenschaftlich mit Behörden. Zu recht.

Kontakt: pattiistein@gmail.com

Szardien, Sebastian, Dr.:

Sebastian ist seit 2020 niedergelassener Kardiologe in einer Gemeinschaftspraxis mit fünf Kolleg*innen und 2 Standorten in Limburg und Diez. Neben der kardiologischen Tätigkeit hat er sich auf Ernährungsmedizin und hierbei im Besonderen auf vegane Ernährung spezialisiert und berät deutschlandweit Menschen, die sich vegan ernähren oder ihre Ernährung auf vegan umstellen wollen.

Kontakt: s.szardien@cclld.de

5. Sonstiges

5.2. In eigener Sache

Impressum

Herausgeber: Sprecher*innenrat der Ökologischen Plattform;
ISSN 2195-027X
Redaktion: tarantel@oekologische-plattform.de
(ausschließlich für Belange der Tarantel)
Layout: SALZIG Design
Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE;
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
E-Mail: oekoplattform@die-linke.de
Internet: www.oekologische-plattform.de

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in maschinenlesbarer Form per E-Mail einsenden oder das Formular auf <https://www.oekologische-plattform.de/publikationen/tarantel/> benutzen. Ein Anspruch auf Rückgabe unverlangt eingesandter Beiträge in Papierform wird ausgeschlossen. Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecher*innenrat, der sich sinnwahrende Kürzungen und ggf. Umformulierungen vorbehält.

Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben unter www.oekologische-plattform.de/publikationen/tarantel

Bestellung/Adressänderung:
kontakt@oekologische-plattform.de oder
<https://www.oekologische-plattform.de>
Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Partei DIE LINKE;
IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00; BIC: BEVODEBB;
Verwendungszweck: Ökologische Plattform

Kontakte Bundesebene

Ökologische Plattform SprecherInnenrat:
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin,
oekoplattform@die-linke.de
<https://www.oekologische-plattform.de>
<https://www.oekologische-plattform.de/mitgliedschaft/Anmeldung>

Mailverteiler:
<https://www.oekologische-plattform.de/newsletter/>

BAG Tierschutz und Tierrechte
bag.tierrechte@die-linke.de
BAG Klimagerechtigkeit
bag.klimagerechtigkeit@die-linke.de
<https://www.dielinke-klima.de>

Bundestag
Ralph Lenkert,
Tel. 030 227-72636, Fax 030227-76638,
ralph.lenkert@bundestag.de

Kontakte Landesebene

Baden-Württemberg
Wolfgang Kämmerer, Strohberg 36, 70180 Stuttgart,
WolfgangKaemmerer@outlook.de

Bayern
LAG Umwelt, Röntgenstraße 41a, 85055 Ingolstadt,
eva@bulling-schroeter.de
Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de
AG Ökosozial München
sprecher.ag.oekosozial@die-linke-muc.de

Berlin
AK Rote Beete, Karl-Heinz Ludewig,
karl-heinz.ludewig@die-linke-kreuzberg.de
AK Rote Beete (West), Dennis Egginger-Gonzalez,
Tel. 0176 47182144, ak-rotebeete-west@posteo.de

Brandenburg
LAG Umwelt, c/o Peter Engert,
K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde,
peterengert@t-online.de

Bremen
Helmut Kersting, helmutkersting@die-linke-bremen.de

Hamburg
Gilbert Siegler,
Braamwisch 41, 22175 Hamburg,
g.siegler@web.de

Hessen
Achim Lotz, Ref. Umweltpolitik, Ressourcen- und
Naturschutz, Forst, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz,
DIE LINKE im Hessischer Landtag,
Tel. 0611 350 60-87, a.lotz@ltg.hessen.de,

Mecklenburg-Vorpommern
LAG ÖPF Schwerin,
Madeline Cords, madeline_cords@posteo.de
Carmen Ziegler, carmen_ziegler@gmx.net

Niedersachsen
LAG ÖPF,
Karsten Färber, Karsten.farber@kabelmail.de
Heinz Preuß, Sedanstraße 6, 31787 Hameln,
hpborusso@posteo.de

Nordrhein-Westfalen
Rosa-Luxemburg-Stiftung-Regionalbüro NRW,
Rainer Nickel, Hedwigstraße 30-32, 47058 Duisburg,
rainer.nickel@rls-nrw.de, Tel. 0203 3177392

Rheinland-Pfalz
LAG ÖPF RP, Wolfgang Huste, whuste@aol.com
Marion Morassi, Walporzheimer Straße 5, 53474 Ahrweiler,
marion-morassi@t-online.de

Saarland
Ralf Georgi, umweltpolitischer Sprecher Landtag
des Saarlandes,
Tel. 0681 5002429, r.georgi@landtag-saar.de,
ralf.georgi@linksfraktion-saar.de

Sachsen
Marco Böhme, MdL,
marco.boehme@linksjugend-sachsen.de
Dr. Jana Pinka, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,
jana.pinka@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt
AG Umwelt, Frigga Schlüter-Gerboth,
Frank Roßband, Ernst-Haeckel-Straße 5, 06122 Halle,
Tel. 0345 29418-63, frank.rossband@web.de

Schleswig-Holstein
Bernd Friedrich, Augrund 7, 24321 Lütjenburg
friedrich_bernd@t-online.de,
Hans-Jürgen Schulze, Öhlmüllentallee 1, 24306 Plön,
hajueschulze43@gmail.com,

Thüringen
Helmut Bessner, Robert-Koch-Straße 10, 98527 Suhl,
Tel. 03681 804346, helmut.bessner@gmail.com

